PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 4. März 1975 fertiggestellt.

6. März 1975 Jg. 3 Nr. 9 50 Pfennig

18 000 Arbeiter demonstrierten gegen die geplante Stillegung von Audi – NSU

Neckarsulm/Heilbronn:
Über 15 000 Arbeiter demonstrierten am 3. März gegen die geplante Stillegung des VW-NSU-Werkes in Neckarsulm.

Die IG-Metall-Bezirksleitung hatte zu dieser Kundgebung aufgerufen. Monatelang gingen Gerüchte über teilweise Schließung oder Stillegung des gesamten Werkes umher. Bürgerliche Parteien aller Schattierungen versuchten in letzter Zeit ihr Süppchen auf der Not der NSU-Arbeiter zu kochen. Keine Partei, die nicht vorgab, die Belange der Arbeiter zu vertreten und sich für den Erhalt des Werkes einzusetzen. Die Landesregierung gab dem Bund für die derzeitige Situation die Schuld, die SPD der Landesregierung usw.

Auf dieser Kundgebung haben die Arbeiter aus Neckarsulm/Heilbronn gezeigt, daß sie sich nicht einfach zum Spielball der bürgerlichen Parteien machen lassen, daß die NSU-Arbeiter nicht allein stehen in ihrem Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

100 Arbeiter aus der Stadtverwaltung Neckarsulm kamen zu der Kundgebung mit einem Transparent: "ÖTV – Solidarität mit den NSU-Arbeitern" und "NSU-Kollegen, wir unterstützen Euch". Die Redner auf dieser Kundgebung haben zwar versucht, eine klare Frontstellung zu verwischen, indem sie von Fehlern dieser oder jener Regierung und Partei sprachen oder davon, daß die Unternehmer soziale Verantwortung gegenüber den Arbeitern zeigen sollten. Aber die NSU-Arbeiter konnten in den letzten Monaten erfahren, wer der Gegner ist, und sie haben auch gelernt, wie man ihm entgegentreten kann.

Die IG Metall hat einen Drei-Phasen-Plan vorgelegt: Erstens wurden Plaketten gegen die Stillegung verteilt, zweitens die Kundgebung durchgeführt und drittens sollen Warnstreiks gegen die geplante Stillegung organisiert werden.

Dieser Plan der IG Metall wird von den NSU-Arbeitern gut genutzt werden können, um den Kampf mit der Gewerkschaft gegen die Stillegung zu führen und sich mit allen VW-Arbeitern zusammenzuschließen. In den Diskussionen nach der Kundgebung war so auch immer wieder zu hören, daß die Zeit der Rederei vorbei sein müsse. Viele Kollegen sagten, daß sie nichts mehr zu verlieren haben, in einer Situation, in der die Kapitalisten ihre Arbeitskraft jahrelang ausbeuteten und jetzt wegschmeißen wollen. Sie hielten Streiks und Solidaritätsstreiks für das richtige Mittel im Kampf für ihre Arbeitsplätze.

Am Dienstag, dem 4. März, wurden im VW-Werk Wolfsburg Meldungen bekannt, die besagten, daß die Produktion zumindest im Werk Wolfsburg auf Einschichtbetrieb umgestellt werden soll.

Aus diesem Grund soll für Freitag, den 7. März, eine Sitzung des Vorstands mit dem Gesamtbetriebsrat der VW-Werke AG einberufen werden.

Zur Zeit stehen zwei Produktionsbänder im Werk Wolfsburg still, die dann mit in Betrieb genommen werden sollen.

Die Umstellung auf Einschichtbetrieb bedeutet, daß 15 000 Arbeiter (ein Drittel der Wolfsburger Belegschaft) ohne Arbeit wären, durch die Inbetriebnahme der zwei Bänder lägen die notwendigen Entlassungen oder Kurzarbeit etwas niedriger.

Als Grund soll der Vorstand angegeben haben, daß er kein Geld mehr hätte, um alle Löhne auszuzahlen.

Der Weg des VW-Konzerns in der Krise: Rationalisierungen, Stillegungen, Massenentlassungen Seite 4



Die Arbeiter von Audi-NSU in Neckarsulm bei der Kundgebung gegen die Stillegungspläne

Kambodscha: USA raus, dann ist der Krieg zu Ende

US-Außenminister Kissinger und US-Kriegsminister Schlesinger gestehen in inoffiziellen Gesprächen schon ein, daß für den US-Imperialismus die Schlacht um Kambodscha selbst mit zusätzlichen 200 Millionen für Waffen und Munition verloren ist. Für die Beendigung der Kriegsverbrechen bedeutet es soviel, wie Kissingers "in entspannter Stimmung schon öfters geäußerte Meinung, daß unsere Gesellschaftsform wahrscheinlich keine lange Lebensdauer mehr hat" (Die Welt, 25.2.). Er verteidigt sie umso verbissener.

Für die Manager des US-Imperialismus ist klar, daß die Niederlage in Kambodscha seinen Untergang enorm beschleunigen wird. Thieu wird sich gegen das Volk kaum mehr lange halten können. Und Thailands Ankündigung, die US-Stützpunkte in 18 Monaten zu schließen, ist nicht nur eine Warnung an den US-Kongreß, die US-Regierung im Krieg gegen Kambodscha zu unterstützen – der Abzug der USA aus Kambodscha wird sofort ein Anwachsen der Bewegung gegen die US-Stützpunkte im thailändischen Volk zur Folge haben.

Deshalb haben die USA am 27.2.1975 eine zweite gigantische Luftbrücke von Saigon aus eröffnet, neben der von Thailand aus. Und Lon Nol muß erneut "bedingungslose Verhandlungen" den 'Roten Khmer' anbieten und fragen, welche Regierungsform sie wünschen und wen als Verhandlungspartner. Eingeständnis der unübersehbaren Niederlage, dient es doch dazu, die US-Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit zu verwirren, um ein paar kostbare Tage oder Wochen zu gewinnen, um über die Trockenperiode bis Mai/Juni hinwegzukommen. Denn daß die GRUNK die Regierung des kambodschanischen Volkes ist und es nur darum geht, daß sie in Phnom Penh die Macht übernimmt, ist auch den US-Imperialisten und Lon Nol klar. So kann es auch keine Verhandlungen mit der Verräterclique um Lon Nol geben, die niemals einen Teil des kambodschanischen Volkes repräsentierte. Verhandlungen kann es nur geben mit demjenigen, der den völkermörderischen Krieg gegen das kambodschanische Volk führt, der US-Regierung, und da auch nur über deren bedingungslosen Abzug.

Nordvietnam und die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams haben sich entschieden hinter das kambodschanische Volk gestellt und die sofortige Einstellung der US-Luftbrücke gefordert und erklärt, das Volk in Südvietnam würde kraft seiner Solidarität mit dem kambodschanischen Volk diesen erneuten Aggressionsakt der USA und der Thieu-Clique bestrafen. Außerdem würde zum Ausgleich der US-Luftbrücke über nordvietnamesischem Gebiet und dem der Provisorischen Revolutionären Regierung eine entsprechende Versorgung über Land für chinesische Güter nach Kambodscha eingerichtet.

Die Volksbefreiungsstreitkräfte haben in den vergangenen Tagen weitere wichtige Siege errungen, die wichtigsten, die Einnahme dreier Stützpunkte: Prek Luong, Ang Dok und Tuol Leap, schaffen eine Verbindung der Nord- und Ostfront und die Kontrolle über die wichtigste Verteidigunsstellung der US-Söldner für den Flugplatz von Phnom Penh. Bei der Einnahme der Stadt Kompong Speu wurde der Marionettengeneral Hem Pao, Artilleriespezialist unter den Henkersknechten der USA, getötet und bei der erneuten Befreiung der alten Hauptstadt Oudong auch der Provinzgouverneur Oberst Haug Yiv. In Battambang nahmen demonstrierende Studenten den Kommandeur des Luftwaffenstützpunktes als Geisel und erzwangen die Freilassung von 100 Studenten.

Am 24. und 25. Februar tagte in der befreiten Zone der 2. nationale Volkskongreß. Er beschloß, die sieben Marionettenhäuptlinge Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Than, Cheng Heng, In Tam, Long Boret und Sostene Fernandez vor ein Volksgericht zu stellen und als Strafe für die unsagbaren Leiden, die der US-Imperialismus durch ihre Kollaboration über das kambodschanische Volk bringen konnte, hinzurichten. An alle übrigen richtete er den Appell, sich dem Volk anzuschließen und die Unterstützung der US-Marionettenclique aufzugeben.

H.L.



Ungefähr 5 000 demonstrierten trotz Verbot am letzten Samstag in Westberlin gegen den § 218. Weitere Berichte auf Seite 9.

Ein Vorschlag zum Kampf gegen den § 218 Seite 9

Ausplünderung und Ausbeutung in den revisionistischen Ländern

Die Ausplünderung der Volksmassen in den revisionistischen Ländern durch die Inflation nimmt zu. Neben den neuen Ausbeuterklassen in den revisionistischen Ländern bereichert sich vor allem die neue Ausbeuterklasse der UdSSR.

Immer wieder wird von den Propagandisten der neuen bürgerlichen Führer in den revisionistischen Ländern behauptet, es gebe in diesen Ländern keine Inflation. Eine Nachprüfung dieser Behauptung erschweren sie dabei durch die sorgfältige Abschirmung ihrer Länder. Dennoch wird immer deutlicher, daß ihre Behauptungen nicht wahr sind. Auch in den osteuropäischen Ländern,mit Ausnahme des sozialistischen Albaniens, werden die Volksmassen mittels der Inflation auf dem Warenmarkt ausgeplündert. Wie die Arbeiter in den Fabriken ausgebeutet werden.
In einigen dieser Länder gelingt es noch durch Intensivierung und Rationalisierung in den Fabriken die Produkte zu verwohlfeilern – bei gleichbleibenden Preisen. Aber dieser Methode, mehr aus den Arbeitern herauszuholen, sind Grenzen gesetzt – mehr als drei Schichten kann in einer Fabrik nun einmal nicht gearbeitet werden. Eine andere Möglichkeit, hintenherum die Preise zu erhöhen, findet dagegen breite Anwendung: die Einstellung der Produktion billiger Waren des täglichen Bedarfs und ihre Ersetzung durch teurere Produkte, die sich jedoch von den billigeren nur durch kleine Änderungen unterscheiden. Korrespondenten aus der DDR berichten dieser Tage über das Verschwinden billiger Angebote bei Textilien, Haushaltswaren und Lederwaren (Göttinger Tageblatt, 1.2.1975).
Und wo mit dieser Methode nicht mehr genug herausgeholt werden kann, wird zu offenen Preissteigerungen übergegangen. Auf einer im Herbst 1974 in Mailand stattgefundenen Ökonomenkonferenz räumten polnische Wissenschaftler ein, daß schon Ende der fünfziger Jahre in Polen die durchschnittliche jährliche Inflationsrate 9 % betrug (Neue Zürcher Zeitung 31.10.1974). Ende 1970 stürzte bekanntlich die Regierung Gomulka über dem Versuch, die Lebensmittelpreise um 20 bis 30 % zu erhöhen. Laut der in Krakau erscheinenden Zeitschrift "Zycie Literackie" stiegen die Preise 1974 erneut um 12 % (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1975). Selbst die amtliche Statistik räumte für die ersten neun Monate des Jahres 1974 eine Steigerung von 10 % ein.
Und wie sieht es 1975 in Polen aus? Am 18.12.1974 meldet die DKP-Zeitung "Unsere Zeit" etwas verwirrt – da sie doch sonst immer behauptet, es gebe in den Ländern Osteuropas überhaupt keine Preissteigerungen –, daß der polnische Ministerrat für 1975 einen Preisstopp beschlossen habe. Wofür? Für Fleisch, Brot, Mehl, Milch, Käse, Fette, Zucker und Salz. Auf die "Verwirklichung" dieses Beschlusses mußte nicht lange gewartet werden: am 10.2.1975 wurden die Preise für "emaillierte oder verzinkte Blechwaren" – sprich: sehr viele Haushaltsgegenstände erhöht.
Ähnlich sieht es in Ungarn aus. Zu Jahresbeginn wurden folgende Preise erhöht: 3 % bei Fahrrädern, 3,2 % bei Möbeln, zwischen 8 % und 31 % bei Toilettenartikeln, 3 % bei Baumwollstoffen, 18 % bei Wollstoffen. Die gleichzeitig angekündigten Preissenkungen bei einigen Waren sind reiner Schwindel, sieht doch die amtliche Planung einen Anstieg der gesamten Lebenshaltungskosten um 3,6 % vor – die Wirklichkeit wird diese Planung weit hinter sich lassen.
Die Preissteigerungen in Jugoslawien übertreffen noch die Lautstärke, mit der von Seiten der Führungen der UdSSR und der DDR der "vorbildliche sozialistische Aufbau" in diesem Land gepriesen wird. 1974 erreichte die Inflation in Jugoslawien die stolze Höhe von 30 % (Neue Zürcher Zeitung, 28.11.1974) und stieg im Januar noch schneller um 30,5 % (Neue Zürcher Zeitung, 12.2.1975). Am 10.2.75 wurden erneut die Preise erhöht, so z. B. für Zigaretten und Kaffee um je 22 %. Eine besonders schöne Variante fand dabei das Prinzip, durch gleichzeitige Preissenkungen bei einigen Waren die Ausplünderung zu bemänteln: die Preise für Personenwagen(!) wurden gesenkt.

Natürlich vermehrt diese Ausplünderung, wie die Ausbeutung der Arbeiter in den Fabriken, den Reichtum der neuen Ausbeuterklassen. Es ist verständlich, daß diese darüber keine Angaben veröffentlichen. Ganz verheimlichen läßt es sich jedoch nicht, wie kürzlich bei der neuen "Sondersteuer" in Polen (vgl. KVZ 8/75). Aber bei ihrem Versuch, ihre eigene Bereicherung zu verheimlichen und dennoch eine Erklärung für die Ausplünderung zu geben, machen die neuen Ausbeuterklassen in den osteuropäischen Ländern etwas Interessantes: sie offenbaren einige Tatsachen über das Ausmaß, in dem die neue Ausbeuterklasse, die in der UdSSR herrscht, die osteuropäischen Länder zu Ader läßt. Die UdSSR erhöht nämlich laufend die Preise für ihre Rohstofflieferungen und beruft sich dabei auf die gestiegenen Weltmarktpreise für Rohstoffe (vgl. KVZ 7/75). Eine neue Preissteigerung dieser Art wurde schon vor einigen Wochen bekannt. Allmählich jedoch dringen genauere Informationen durch und enthüllen das Ausmaß.
Die Preissteigerungen betreffen Erdöl, Kohle, Stahl, Elektrizität, Schwefel, Zink u.a. Der Preis für Erdöl wird gegenüber 1974 um 130 bis 150 % erhöht. Im Durchschnitt verteuern sich die Rohstofflieferungen um 52 % (die ungarische Zeitung "Neszabadsag" laut "Neue Züricher Zeitung" vom 25. Februar). Demgegenüber erhöhen sich die Preise für Fertigprodukte, mit denen die osteuropäischen Länder die Rohstofflieferungen bezahlen, nur um 15 % ("Neue Züricher Zeitung" vom 22./23. Februar). Das heißt: Nachdem die UdSSR schon in den letzten Jahren die Preise für Rohstoffe mehrfach erhöht hatte, kommen 1975 bei etwa 57 Millionen Tonnen Rohöllieferungen weitere 1,26 Milliarden Rubel Mehreinnamen für die UdSSR dazu, allein 1,7 Milliarden Mark aus der DDR.

Welchen Grund für die Preissteigerungen bei Rohstoffen von seiten der UdSSR gibt es? Überhaupt keinen. Kein Mensch kann behaupten, daß sich zum Beispiel die Förderkosten für Rohöl in der UdSSR, dem größten Ölfördererstaat der Welt, erhöht hätten. Im Gegenteil. Wäre die UdSSR ein sozialistisches Land, würde sich die Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit in einer Verwohlfeilerung, Verbilligung der Produkte ausdrücken. In der UdSSR ist jedoch der Kapitalismus restauriert, und so nützt die neue Ausbeuterklasse der UdSSR ihre Monopolstellung als Rohstofflieferant gegenüber den osteuropäischen Ländern rücksichtlos zur Ausplünderung aus.

Und was geschieht in der UdSSR mit diesen riesigen Extraprofiten? Ihre Herkunft, die schamlose Ausbeutung und Ausplünderung der osteuropäischen Länder, bestimmt auch ihr Ziel: die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Kontrolle, der Ausbeutung und Ausplünderung. Der Rubel rollt in die Rüstung, in die Kriegsschiffe, U-Boote, Internkontinentalraketen und die Hunderttausende Panzer, die die neue Ausbeuterklasse in der UdSSR braucht, um ihre Herrschaft über die Völker der UdSSR und die in Abhängigkeit gehaltenen Länder aufrechtzuerhalten und auszuweiten.

Mo.

Herbst 1974 in Mailand stattgefundenen Ökonomenkonferenz räumten polnische Wissenschaftler ein, daß schon Ende der fünfziger Jahre in Polen die durchschnittliche jährliche Inflationsrate 9 % betrug (Neue Zürcher Zeitung 31.10.1974). Ende 1970 stürzte bekanntlich die Regierung Gomulka über dem Versuch, die Lebensmittelpreise um 20 bis 30 % zu erhöhen. Laut der in Krakau erscheinenden Zeitschrift "Zycie Literackie" stiegen die Preise 1974 erneut um 12 % (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.2.1975). Selbst die amtliche Statistik räumte für die ersten neun Monate des Jahres 1974
in den Fabriken, den Reichtum der neuen Ausbeuterklassen. Es ist verständlich, daß diese darüber keine Angaben veröffentlichen. Ganz verheimlichen läßt es sich jedoch nicht, wie kürzlich bei der neuen "Sondersteuer" in Polen (vgl. KVZ 8/75). Aber bei ihrem Versuch, ihre eigene Bereicherung zu verheimlichen und dennoch eine Erklärung für die Ausplünderung zu geben, machen die neuen Ausbeuterklassen in den osteuropäischen Ländern etwas Interessantes: sie offenbaren einige Tatsachen über das Ausmaß, in dem die neue Ausbeuterklasse, die in der UdSSR herrscht, die osteuropäischen
diesen riesigen Extraprofiten? Ihre Herkunft, die schamlose Ausbeutung und Ausplünderung der osteuropäischen Länder, bestimmt auch ihr Ziel: die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Kontrolle, der Ausbeutung und Ausplünderung. Der Rubel rollt in die Rüstung, in die Kriegsschiffe, U-Boote, Internkontinentalraketen und die Hunderttausende Panzer, die die neue Ausbeuterklasse in der UdSSR braucht, um ihre Herrschaft über die Völker der UdSSR und die in Abhängigkeit gehaltenen Länder aufrechtzuerhalten und auszuweiten.
Mo.

Die Bürgerlichen und die VR–China

Die Bürgerlichen kommen mit der VR-China nicht klar

Am 7.2.1975 wurde in mehreren 3. Programmen ein Film über die **Volksrepublik China mit anschließender Diskussion gezeigt. Diskutiert haben bürgerliche Politiker und Wissenschaftler.**

Zunächst muß man sagen, daß solche Sendungen gut für uns Kommunisten sind. Denn die Bürgerlichen mußten zugeben, daß die Chinesen planvoll und mit größtem Erfolg arbeiten, sowohl im Inland als auch im Ausland bei der Entwicklungshilfe, ebenso daß die Volksrepublik China nicht aggressiv ist und keine Truppen im Ausland hat. Allerdings kamen die Bürgerlichen mit einigen Eigenschaften der Volksrepublik China nicht klar, z. B. damit, daß es keine Hungersnot gibt. Einer der Diskutierenden sagte, daß in China wegen der geographischen Lage und des Bevölkerungswachstums eigentlich die größte Hungersnot herrschen müßte. Er mußte aber zugeben, daß der Hunger an der Grenze der Volksrepublik China halt macht. Dies versuchten die Bürgerlichen darauf zurückzuführen, daß die Chinesen von Natur aus besonders geschickt sind. Sie können einfach nicht begreifen, daß das daran liegt, daß in der Volksrepublik China die Arbeiter und Bauern die Macht im Staate haben und deshalb nach ihren Interessen produziert wird. Deshalb begreifen sie auch nicht, daß die Volksrepublik China keine kapitalistische Außenhandelspolitik treibt. Sie schlugen der Volksrepublik China allen Ernstes vor, sie solle ihre Produkte ändern, um sich einen Markt in Europa zu erschließen. Die Bürgerlichen begriffen nicht, daß in China die Massen die Politik machen und sich mit einzelnen Personen nicht die Politik ändert.
Solche Sendungen sind deshalb gut für uns, weil die Menschen in der BRD, wo es über 1 Million Arbeitslose gibt, wie es in der Volksrepublik China aussieht, wo es ein Recht auf Arbeit gibt und keine Kurse gibt. Sie werden fragen weshalb. Wir können sagen, daß in China die Macht in den Händen des Volkes ist.

–G.U., Sehnde–

Der Kampf um Markanteile

Die "Frankfurter Rundschau" vom 28. Februar bringt dazu unter der Überschrift "Gefahr eines weltweiten Schraubenkrieges" einen aufschlußreichen Artikel. Eine Spezialistengruppe in den USA machte jetzt Vorschläge, bei Schrauben die ISO-Normen der Gewinde abzuschaffen und eine eigene US-Norm einzuführen. Das brächte den US-Kapitalisten große Vorteile auf dem eigenen Markt. Autos europäischer Hersteller mit "unsicheren" Gewinden dürften nicht mehr in die USA verkauft werden. Müßte die Industrie der Bundesrepublik, die den amerikanischen Markt beliefern will, die neuen US-Gewinde übernehmen, so würde das allein die Produktion um etwa ein Prozent verteuern. In der "Frankfurter Rundschau" heißt es weiter: "Jedes industriell gefertigte Erzeugnis würde nur wegen anderer Gewinde kostspieliger, obwohl dieses Erzeugnis in technischer Hinsicht um keinen Deut besser würde. Denn technische Argumente für das US-System gibt es nicht." Die Einführung wurde sogar ein erhebliches Sicherheitsrisiko bedeuten, weil das US-System und das ISO-System leicht zu verwechseln sind. Aber darum kümmern sich die von den Kapitalisten bezahlten Spezialisten nicht; ihre Aufgabe ist es, Möglichkeiten zu ersinnen, wie der Marktanteil der US-Kapitalisten vergrößert werden kann.

H.G., Frankfurt

Gräfliche Lüge

In seiner Rede vor dem Bundestag am 20.2.1975 stellt Graf Lambsdorf (FDP) fest:
"Wir müssen dem arbeitslosen Metallarbeiter in Bochum klar machen, daß er in der Bundesrepublik eher wieder einen Arbeitsplatz erhält als in irgendeinem anderen Land der Welt." (Fernsehübertragung)
In allen kapitalistischen Ländern

materielle Unterstützung im Alter und im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit."
Dies steht nicht nur auf dem Papier, sondern ist in der Volksrepublik China Wirklichkeit. Möglich ist es deshalb, weil im Sozialismus nicht der Profit die Produktion bestimmt, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Das chnesische Volk kämpft dafür,

Gräfliche Lüge

In seiner Rede vor dem Bundestag am 20.2.1975 stellt Graf Lambsdorf (FDP) fest:
"Wir müssen dem arbeitslosen Metallarbeiter in Bochum klar machen, daß er in der Bundesrepublik eher wieder einen Arbeitsplatz erhält als in irgendeinem anderen Land der Welt." (Fernsehübertragung)
In allen kapitalistischen Ländern
herrscht Arbeitslosigkeit, in der Bundesrepublik mehr als 5 %. Nicht so in den sozialistischen Ländern, wie z. B. der Volksrepublik China. Dort gibt es weder Arbeitslosigkeit noch Kurzarbeit. In der neuen Verfassung vom 17. Januar 1975 ist in Artikel 27 Absatz 2 festgelegt:
"Die Bürger haben das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung. Die Werktätigen haben das Recht auf Erholung und das Recht auf
materielle Unterstützung im Alter und im Fall von Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit."
Dies steht nicht nur auf dem Papier, sondern ist in der Volksrepublik China Wirklichkeit. Möglich ist es deshalb, weil im Sozialismus nicht der Profit die Produktion bestimmt, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Das chnesische Volk kämpft dafür,
"mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher" den Sozialismus aufzubauen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wird jeder Mensch gebraucht.
Für den Herrn Grafen scheinen die sozialistischen Länder aus einer anderen Welt zu sein, denn zu "seiner" kapitalistischen Welt gehört die Arbeitslosigkeit als ein unvermeidliches Schicksal.

–Sozialistische Studentengruppe Hamburg, M.–

Bundeskongress der Jungsozialisten:

Im reformistischen Lager wachsen die Widersprüche

Einen Tag nach Abschluß des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Wiesbaden bescheinigte das Handelsblatt , Organ der westdeutschen Kapitalistenverbände, der Juso-Vorsitzenden Wieczorek-Zeul und der Mehrheit des Kongresses, sie hätten "das völlige Abgleiten der Jungsozialisten in politisches Sektierertum verhindert". Worin hätte nach Auffassung des "Handelsblattes" das völlige Abgleiten ins Sektierertum bestanden? Es hätte bestanden in der Zustimmung zu der Feststellung Friedrich Engels, wonach der moderne Staat "was auch seine Form, eine wesentlich kapitalistische Maschine ist, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist". Diese Feststellung von Engels hatte eine Minderheitengruppe auf dem Jungsozialistenkongress in einem ihrer Beschlußanträge hineingenommen. Und sie hatte die daraus folgende Erkenntnis hinzugefügt, das sei unabhängig davon, welche Partei über die Mehrheit im Parlament verfüge.
Der Jungsozialistenkongress hat diese Feststellung abgelehnt, nicht weil sie falsch ist, sondern weil "sich dann die Arbeit in der SPD wohl kaum lohne" (Frankfurter Rundschau vom 3.3.1975). Der Jungsozialisten-Bundesvorstand hat demgegenüber einen Beschlußantrag eingebracht und dafür die Mehrheit gewonnen, der unter dem Gesichtspunkt geschrieben worden ist, die Arbeit in der SPD weiterhin lohnend erscheinen zu lassen. Damit haben sich die Jungsozialisten nun auch beschlußmäßig auf den traditionellen Reformismus festgelegt. Ökonomisch erstreben sie eine "demokratische Wirtschaftsordnung". Von Beseitigung der Ausbeutung ist keine Rede mehr. Stattdessen unternehmen sie Planspiele zu Fragen der "Wirtschaftslenkung": Über die "Vergesellschaftung der strukturbestimmenden Bereiche" unter Kontrolle der Belegschaft und der Gebietskörperschaften, d. h. des Staates; über "gesamtgesellschaftliche Planung der Investitions-, Forschungs- und Entwicklungsprioritäten bei relativer Autonomie der einzelnen Unternehmen"; und sogar über den Markt soll das vonstatten gehen. Die Jungsozialisten wollen den Markt "nutzen ... als Mittel der Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen auf die Endverbraucher und der Rückkoppelung von Verbraucherwünschen mit der Produktion". Die für jeden Sozialisten entscheidende Frage, ob die Arbeitskraft weiterhin eine Ware bleibt mit allen damit erwachsenden Folgen für die Arbeiterklasse, stellen sie erst gar nicht.
In Hinblick auf den Staat haben sie sich dessen "Demokratisierung" zum Ziel gesetzt, worunter sie verstehen die "Entfaltung grundlegender Freiheitsrechte". Von den einstigen Spielereien mit dem imperativen Mandat, also der engeren Bindung des Abgeordneten an den Willen seiner Wähler, ist keine Rede mehr. Die Jungsozialisten haben sich vollkommen abgefunden mit dem bürgerlichen Staat in der Form der parlametarischen Republik. Und ihren "demokratischen Sozialismus", in dem die Ausbeutung der Arbeiterklasse fortbesteht mitsamt dem bürgerlichen Staat wollen sie "mit den Mitteln der Reform" verfolgen, wodurch "entscheidende Machtverlagerungen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung" durchgesetzt werden.
"Die Jungsozialisten bleiben gute Sozialdemokraten" überschreibt die Frankfurter Rundschau einen Bericht über den Wiesbadener Juso-Kongress. Darin hat die Frankfurter Rundschau vollständig recht.
Aber gerade deswegen geraten sie auch in wachsende Schwierigkeiten und Widersprüche. Der Bundesvorstand konnte für seine Position etwa 60 % der Delegiertenstimmen bekommen. Allerdings sind die Gegenstimmen keineswegs Stimmen, die mit dem Reformismus und seinen Widersprüchen Schluß gemacht haben. Die Minderheit hat der Position des Bundesvorstandes schließlich nicht mehr eine richtige Position entgegengehalten, sondern der Vorwurf der Erpressung, weil der Bundesvorstand seine erneute Kandidatur von der Zustimmung zu seiner Position abhängig gemacht hatte. Auf einen derart unsinnigen Einwand kann nur kommen, wer selbst den Verbleib in der SPD für wesentlich richtiger hält als den Kampf für die richtige Sache und der deshalb vor allem darauf aus ist, toleriert und integriert zu werden. Wer aber selbst nicht gerade steht, kann nicht daran denken, die Arbeiterklasse zur selbständigen Politik gegenüber der Kapitalistenklasse zu führen.

–W.M.–

Leserbrief zur Steuerreform

Als ich letzte Woche meine Lohnabrechnung erhielt, war ich sehr gespannt, welcher Anteil der von der Regierung vielgepriesenen und oft zitierten 14.000.000.000 DM, die die Steuerreform für die arbeitende Bevölkerung bringen soll, wohl für mich abfallen würde.

Tatsächlich waren es 25 DM mehr, die dabei heraussprangen. Das sah zunächst recht gut aus, denn im Jahr sind das immerhin 300 DM. Aber dann machten mich die Kollegen darauf aufmerksam, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Nach der nächsten Tariferhöhung, die noch zu erwarten ist, werde ich in eine der nächsten, höheren Gruppen innerhalb der Lohnsteuertabelle eingestuft werden, selbst wenn die Erhöhung nur 6–7 % beträgt. So werden es nur noch ca. 20 DM sein, die ich mehr erhalte, also 240 DM im Jahr. Außerdem hat es für mich gar keinen Sinn mehr, im nächsten Jahr einen Antrag auf Auszahlung der zuviel bezahlten Steuern zu stellen. Denn in die neue Lohnsteuertabelle sind viel höhere Freibeträge für Arbeitnehmer und "Pauschalbeträge für Werbungskosten und Sonderausgaben" eingerechnet, so daß ich nicht mehr den Mindestbetrag für eine Rückzahlung erreichen kann. So gehen mir weitere 150 DM durch die Lappen. Damit bleiben schließlich nicht mal 100 DM mehr im Jahr über. Angesichts des Rummels, der um die Steuerreform gemacht wurde, ist das ein erbärmliches Ergebnis.
Die Kollegen, mit denen ich das durchrechnete, hatten ähnliche Erfahrungen gemacht. Einige sprachen sogar von einer verkappten Steuererhöhung, was in manchen Fällen auch zutrifft.
Meine Erfahrung jedenfalls ist, daß ich im Augenblick zwar etwas mehr Geld habe, aber unterm Strich sieht das ganz anders aus. Dabei muß man auch berücksichtigen, daß die angeblichen Vorteile der Steuerreform von Regierung und Kapitalistenverbänden dazu benutzt wurden, die Lohnforderungen zu drücken. So nutzt diese Steuerreform lezten Endes nicht mir etwas, sondern den Kapitalisten. So eine Steuerreform brauche ich aber nicht.

Aus: Ortsbeilage Goslar 6/75 –ju–

Das Ergebnis der Wahl in Westberlin

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung am 2. März in Westberlin ist die CDU als stärkste Partei mit 43,9 % hervorgegangen, gegenüber 38,2 % 1971. Die SPD hat statt 50,4 % 1971 nur 42,7 % der Stimmen erhalten. Der Anteil der Stimmen für die FDP ist um über 1 % auf 7,2 % zurückgegangen. Trotz der Senkung des Wahlalters ist die Zahl der Wahlberechtigten gesunken, was daran liegt, daß Westberlin überaltert ist und daß mehr Facharbeiter abwandern als zuwandern. Die Wahlbeteiligung ist um 1 % niedriger als bei den letzten Wahlen. Doch hat sich auch in Westberlin wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen in der Bundesrepublik gezeigt, daß das bürgerlich-parlamentarische System noch stabil ist. Die SPD, CDU und FDP hatten gemeinsam dazu aufgerufen, demokratische Parteien zu wählen, und sie konnten sich darauf stützen, daß trotz wachsender Unzufriedenheit mit ihrer sich verschlechternden Lage die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten Westberlins noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien und zu der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sieht. Die Unzufriedenheit, die da ist, entlädt sich vor allem auf die regierende Partei, die SPD. Sie hat das Vertrauen eines Teils der Wähler verloren. Ihre Behauptungen, die sie noch im Sommer aufgestellt hatt, daß Berlin krisenfrei sei und daß sie Reformen größeren Umfanges vor allem im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens vornehme, haben sich angesichts der Wirklichkeit – Rationalisierung, Arbeitshetze, immer mehr Arbeitslose, Kürzung des Schuletats, Streichung der Krankenhausbetten usw. – als Sprechblasen herausgestellt. In ihrer Wahlwerbung hat sie durchweg Westberlin als weltoffene und blühende Stadt herausgehoben und die Probleme, die sich den Arbeitern Westberlins tatsächlich stellen, verschwiegen. Die CDU dagegen hat ihre Sprecher bei den Fernsehwahlsendungen vor leeren Fabrikhallen reden lassen, hat vieles, was die Massen in den letzten Monaten und Jahren empört hat, auf den Tisch gepackt: Arbeitslosigkeit, Bauskandale, Aufblähung der staatlichen Bürokratie und Verfilzung des SPD-Parteiapparates mit dem Staatsapparat. Sie ist der wachsenden Unruhe durch steigende Unsicherheit der Existenz begegnet mit der Forderung nach mehr Sicherheit, womit sie allerdings den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates meinte. Die ganze schlechte Lage erklärt die CDU natürlich nicht aus der Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, sondern aus der Unfähigkeit der SPD, und verspricht großspurig, daß sie aufräumen würde.
großspurig, daß sie aufräumen würde.
Die SPD hat überall da, wo die Wahlbeteiligung besonders stark hinter den letzten Wahlen zurückblieb, überproportional verloren, das sind vor allem die traditionellen Arbeiterbezirke. Das heißt, es haben sich dort mehr Wähler von der SPD abgewandt als der CDU zugewandt. Sie haben aber nicht die Kommunisten, sondern überhaupt nicht gewählt.

Der Bund Freies Deutschland (BFD) konnte in allen Bezirken zwischen drei und vier Prozent verbuchen. Er hat vor allem gearbeitet mit der Erinnerung an eine Politik der Stärke Westberlins unter Ernst Reuter, der es angeblich zu verdanken war, daß es in Westberlin nach dem Zweiten Weltkrieg aufwärts gegangen ist, und daß deshalb die Männer ranmüßten, die in seinem Geist operieren und die Fähigkeit haben, solche Verhältnisse der wirtschaftlichen und politischen Stabilität wiederherzustellen.

Man muß also feststellen, daß sich die Wahlen und der Wahlkampf im wesentlichen unter den bürgerlichen Parteien selbst abgespielt haben, daß es ihnen gelungen ist, die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten Westberlins zur Stimmabgabe für sich zu bewegen. Die CDU hat dabei der SPD in erheblichem Umfang Stimmen aus dem Kleinbürgertum und Teilen der Arbeiterklasse abgenommen. Die große Mobilmachung der bürgerlichen Parteien vor den Wahlen mit dem gemeinsamen Aufruf ist nicht gelungen. Denn die Wahlbeteiligung ist gegenüber 1972 um 1 % gesunken und ist damit mit Ausnahme von 1967 und 1948 die niedrigste Wahlbeteiligung seit dem Zweiten Weltkrieg. Interessant ist zudem der hohe Stimmengewinn einer "Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger" im Bezirk Zehlendorf (12,6 %), die den Kampf gegen den Bau eines Tunnels im Bezirk geführt hat. Offenbar drückt sich der Vertrauensschwund in die bürgerlichen Parteien zunächst darin aus, daß Alternativen nicht für die gesamte Staatsführung, sondern für die Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen gesucht werden.

Die Revisionisten haben weiter an Einfluß verloren; doch haben die revolutionären Organisationen die Revisionisten nicht schlagen können. Die SEW hat, obwohl sie sich seit Pfingsten letzten Jahres bereits der Wahlvorbereitung und der Propaganda für die Wahlen widmet, durchweg verloren. Insgesamt um 0,4 % auf 1,9 %. Sie erklärt diesen Verlust damit, daß sie einer zügellosen antikommunistischen Propaganda der etablierten Parteien und der Massenmedien gegenübergestanden habe. "Die abenteuerlichen Aktionen pseudorevolutionärer Gruppen haben der Reaktion in die Hände gespielt. Hinzu kam die schändliche Provokation der Entführung des Vorsitzenden der Westberliner CDU, Peter Lorenz, die in einer bisher noch nie gekannten Weise ausgenutzt wurde, um antikommunistische Emotionen zu wecken. So kam ein Wahlergebnis zustande, das den großen Anstrengungen der Mitglieder und Freunde unserer Partei nicht gerecht wurde." ("Wahrheit" vom 3. März)
("Wahrheit" vom 3. März)
Das ist nicht richtig. Richtig ist, daß diese Partei die Quittung dafür bekommen hat, daß sie eben seit Pfingsten 1974 kaum etwas anderes macht als Wahlkampf, daß sie im Kampf der Arbeiter um ihren Lohn, gegen die Folgen der Krise, im Kampf gegen den § 218, gegen die Isolationshaft keine Perspektive zu weisen vermochte und vermag, daß sie den Volksbewegungen in der Stadt bestenfalls kommentierend gegenübersteht. Immer mehr wird dabei deutlich, vor allem auch für die Arbeiterjugendlichen, die sie vorübergehend binden konnte, daß diese Organisation im Kampf der Arbeiterklasse nichts voranbringen kann, weil sie mit der radikalen Umwälzung der Produktionsverhältnisse und der Errichtung der Diktatur des Proletariats nichts im Sinne hat. Sie strebt Parlamentssitze an, um mitzuregieren; sie strebt Mitbestimmung an, um die kapitalistische Ausbeuterordnung mitzuregeln. Das ist für die Arbeiter Westberlins keine einleuchtende Alternative zu den anderen bürgerlichen Parteien.

Auch die Gruppe Rote Fahne (KPD), die in allen 12 Bezirken kandidierte, versuchte mit der angeblich aufgeheizten Stimmung wegen der Lorenz-Entführung zu begründen, warum sie ihr ausdrückliches Ziel, 30 000 Stimmen und im Bezirk Kreuzberg 5 Prozent, nicht erreicht hat. Immerhin haben ihr über 10 000 Menschen in Westberlin ihre Stimme gegeben. Man weiß zwar nun nicht genau, ob das Stimmen für eine Kinderpoliklinik in Bethanien sind, denn dies war ihr fast einziges Wahlkampfthema, oder für die soziale Revolution. Daß sie viele Proteststimmen erhalten hat, zeigt allein die Tatsache, daß sie bei den Bezirksverordnetenwahlen durchweg mehr Stimmen erhielt als bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Es zeigt sich auch daran, daß diese Stimmen um mindestens das Doppelte so viel sind, wie diese Organisation bei größter Anstrengung und Aufwand in ihren Aktionen binden kann. Sie kann das, weil der Name der Partei der Arbeiterklasse, der KPD, auch hier in Westberlin noch großes Gewicht hat, viele mit der Wahl dieses Namens eigentlich die Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung wählen, nicht aber die Politik und Linie dieser Organisation.

Beim KBW ist das anders. Uns wählt nur, wer uns aus unserer Politik kennt und bewußt seine Zustimmung zu unserem Programm und unserer Politik gibt. Das waren in den drei Bezirken, in denen die Ortsgruppe kandidierte, 800 Menschen: in Kreuzberg 0,3 %, in Wedding 0,2 %, in Schöneberg 0,3 %. Das ist nicht viel. Wenn man jedoch bedenkt, daß die Ortsgruppe des KBW erst vor etwa 10 Monaten gegründet wurde, wenn man bedenkt, daß die Ortsgruppe nur in drei der zwölf Wahlbezirke Kandidaten aufstellen konnte, dann entspricht dieses Ergebnis ziemlich genau dem, was wir erwarten konnten und erwartet haben. Im übrigen haben wir uns nicht als Wahlverein zu den Wahlen gestellt. Wir haben uns in den Wahlen gestellt, um den bürger-
den Wahlen gestellt, um den bürger-
lichen Politikern besser entgegentreten zu können und das Vertrauen der Massen in diese Leute zu erschüttern. Inwieweit uns das gelungen ist, das stellt sich gegenwärtig beim Stimmenzählen nicht heraus. Das wird sich herausstellen in der weiteren Entwicklung des Klassenkampfes.

Westberlin



Vor drei Wochen streikten sie schon zum 6. Mal und verbrannten die Briefe der Geschäftsleitung. Jetzt haben sie das Werk besetzt.

Stübbe-Demag-Werk besetzt

Am Montag, dem 3.3., besetzten mehr als 100 Beschäftigte das Stübbe-Werk. Sie besetzten das Werk aus Protest gegen die geplante Stillegung. Schon Montag morgen streikten die 600 Arbeiter und Angestellten. Der Personalchef Langer wurde ausgesperrt. Am Dienstag fand eine Betriebsversammlung statt, auf der die Geschäftsleitung zusicherte, daß in nächster Zeit keine Entlassungen vorgenommen werden sollen.

Meinungsumfrage

In letzter Zeit liest man viel von "Reformmüdigkeit", "Trendwende" und ähnlichem, was angeblich die "öffentliche Meinung" wiedergibt. Wie sehr da Mißtrauen am Platz ist, konnte ich kürzlich feststellen, als ich einen Fragebogen von "Infratest", einem der großen Meinungsforschungsinstitute neben Wickert und Allensbach, beantwortete.

Ein Teil bestand aus Fragen wie "Was halten sie von Kabelfernsehen?" und sollte die Marktchancen für die entsprechenden Kapitalisten ausloten.

Der andere Teil betraf die politische Meinung. Zunächst die Frage: "Interessieren Sie sich für Politik?". Dann ging es weiter: "Wie sehen Sie die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik: gut – weniger gut – schlecht – sehr schlecht?". Ich dachte an die Million Arbeitslose, Stillegungen von Fabriken und Entlassungen, lohnfressende Preise, Steuern und Sozialabgaben; zweifellos ist also für die Volksmassen die Lage sehr schlecht. In diesem Sinn mußte
sehr schlecht. In diesem Sinn mußte
ich auch die nächsten Fragen beantworten: "Glauben Sie an eine Verbesserung oder Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in nächster Zeit?" und "Wird sich Ihre eigene Lage verbessern oder verschlechtern?".

Bei der dann folgenden Liste konnte man mit "trifft sehr zu – trifft zu – trifft weniger zu – trifft überhaupt nicht zu" zum Beispiel auf folgende Aussagen antworten: "Gegenüber Neuerungen bin ich sehr vorsichtig", "Die meisten Neuerungen bringen keine Verbesserungen", "Veränderungen finde ich eher beunruhigend". Da ist man erst mal unsicher, was denn gemeint ist. Das Erstarken der Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus ist eine sehr gute "Veränderung", ich bin auch sehr für die "Neuerung", daß die Bevölkerung von Wyhl und Umgebung für ihre Interessen gegen das Kernkraftwerk und die Landesregierung aufsteht. Aber das wird in so einem Fragebogen sicher nicht gemeint sein. Die meinen sicher das, was die "Reformen" nennen. Also Steuerreform, Bau von Kernkraftwerken usw. Es "trifft sehr zu", daß ich gegen solche "Neuerungen" bin, wo der Vorteil bei Kapital und Staat liegt, der Nachteil beim Volk.

Solche Gründe für meine Antworten kann aber so ein Fragebogen gar nicht erfassen, da gibt es nur Kreuze bei "Ja" oder "Nein". Die Auswertung geht dann so: "Schätzt die wirtschaftliche Lage und Entwicklung sehr schlecht ein; ist skeptisch gegenüber Neuerungen und Veränderun-
über Neuerungen und Veränderun-
gen" – fertig ist der "unzufriedene, reformmüde Bürger". Womöglich bin ich als "politisch stark Interessierter" auch gleich als aktiver CDU-ler eingestuft. Da es eine "Repräsentativumfrage" war, stehen meine Antworten für 20 000 Bürger. Man kann sich nach so einem "Test" besser erklären, was es mit solchen Meinungsumfragen auf sich hat, bei denen sie aus einem Kommunisten 20 000 CDU-ler machen können.

–G.D., Heidelberg–

Räuber, Bonzen und ein Pastor

Die Forderungen der Entführer von Peter Lorenz sind erfüllt worden. Fünf Häftlinge sind entlassen worden und ausgeflogen worden. Die Volksdemokratische Republik Jemen hat ihnen schließlich Asyl gewährt. Pastor Albertz ist mit einer Botschaft der entlassenen Häftlinge nach Berlin zurückgekehrt. Die Entführer, die Peter Lorenz ihr Ehrenwort gegeben hatten, haben ihn freigelassen, ein Tauschhandel ist abgeschlossen. Die Entführer von Peter Lorenz haben fünf Freilassungen erreicht und die bürgerlichen Politiker haben ihren geschätzten Kollegen wieder und Frau Lorenz ihren Mann.

Worauf bauten die Entführer bei ihrer Aktion? Sie bauten darauf, daß die bürgerlichen Politiker keinen der Ihren so ohne weiteres über die Klinge springen lassen würden. Sie bauten also nicht auf ihre Stärke, und eine kleine Gruppe von bewaffneten Menschen kann auch gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat nicht auf die eigene Stärke bauen. Sie bauten auch nicht auf die Schwäche des bürgerlichen Staatsapparats oder der Bourgeoisie, denn der bürgerliche Staatsapparat braucht eine kleine bewaffnete Gruppe keineswegs zu fürchten. Sie bauten auf den Korpsgeist der bürgerlichen Politiker, die keinen der Ihren über die Klinge springen lassen würden.

Dieses Kalkül hat sich als richtig herausgestellt, aber auf diesem Kalkül kann man keine Strategie und Taktik im Kampf gegen die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staatsapparat aufbauen, sondern bestenfalls die Technik für einen Coup zwecks Regelung von privaten und nicht etwa von politischen Angelegenheiten, das heißt von Angelegenheiten des Kampfes zwischen Klassen. Mit dem Klassenkampf hatte diese Aktion auch nichts zu tun.

Dieser ganze Tauschhandel zwischen den Entführern von Peter Lorenz und den bürgerlichen Politikern hat einen üblen Geruch ausgeströmt; dieser Geruch war in jeder Hinsicht ein kleinbürgerlicher Mief. Von seiten der bürgerlichen Politiker kann einen dieser kleinbürgerliche Mief nicht erstaunen. Von seiten von Leuten, die sich Revolutionäre nennen, sticht einem dieser Mief umso unangenehmer in die Nase. Da geben diese Leute den bürgerlichen Politikern vermittelt über ihr Entführungsopfer ihr Ehrenwort, ihn nicht umzulegen, wenn ihre Forderungen erfüllt würden. Die freigelassenen Häftlinge zwängen sich einer Regierung auf, die nichts mit ihnen zu tun haben will, und sie sind dazu nur in der Lage, weil die Bundesregierung darum bittet. Schließlich können sie sich in die Volksdemokratische Republik Jemen, die sie in ihre Privatangelegenheit hineinverwickelt haben, einschmuggeln, weil diese Regierung aus humanitären Gründen der Geschichte ein Ende machen will. Nachdem die freigelassenen Häftlinge schließlich in die Volksdemokratische Republik Jemen hineinkommen, verfassen sie eine Erklärung, in der sie der "Crew" der Lufthansa danken und dem Pastor Albertz. Nachdem sie die Sache hinter sich haben, jubeln sie "so ein Tag, so wunderschön wie heute". Gleichzeitig versichern sie: "Wir werden siegen".

Der Pastor Albertz, zurückgekommen nach Berlin, bedankt sich ebenfalls bei der "Crew" der Lufthansa, bedankt sich auch bei den Gefangenen und, wie könnte es anders sein, bedankt sich auch bei Gott.

Der entführte Lorenz, der immer für die innere Sicherheit eingetreten ist, ist, als er in eine etwas unsichere Lage gekommen ist, ganz kleinlaut geworden. Warum? Weil er fürchtete, seine schätzenswerten Kollegen würden sich an seine Reden halten und ihn über die Klinge springen lassen. Also gab er ihnen zu verstehen, daß er es so auch wieder nicht gemeint habe. In jeder seiner Verlautbarungen spielt er dezent auf sein privates Glück und seine Frau an, und aus dieser Privatsphäre stammen auch die Kennwörter, die die Entführer der Polizei geben sollen und die sie von Lorenz auch jeweils exakt und bereitwilligst erhalten.

Würde der ganze Tauschhandel nicht seinen ganzen Umständen entsprechend als politische Angelegenheit behandelt werden müssen und würde er nicht zweifellos politische Folgen haben, dann könnte man die Sache damit auf sich beruhen lassen.

So ist es aber nicht. Manche werden die Entführung des Peter Lorenz für eine erfolgreiche revolutionäre Aktion halten und werden meinen, in dieser Richtung könne man weiter für die Revolution arbeiten. Tatsache ist jedoch, daß diese Aktion keinen Erfolg gegen den bürgerlichen Staatsapparat bedeutet, sondern eher einen Erfolg der Privatinstinkte kleinbürgerlicher Politiker, die im Dienst des Monopolkapitals stehen, über ihre Funktion, den "Rechtsstaat" verteidigen zu müssen. Ein solcher "Erfolg" ist in der gleichen Weise nicht wiederholbar. Bei einer Wiederholung wird man es mit der Klasse zu tun bekommen. Die Aktion lebte also von ihrer Einmaligkeit und ihrem Überraschungseffekt, und das wird man bei einer eventuellen Wiederholung leicht erkennen können.

Außerdem, was hat die Bourgeoisie bei dem Nachgeben gegenüber den Forderungen der Entführer verloren? Ihre Politiker konnten nachgeben, weil es sich bei der ganzen Sache nicht um eine für die Herrschaft der Bourgeoisie gefährliche Massenbewegung handelt, sondern halt um die "Bewegung 2. Juni". Sie mußte aber auch nicht nachgeben, eben weil sie es nicht mit einer Massenbewegung zu tun hatte. Ja, die Bourgeoisie kann sogar hoffen, aus dem Nachgeben der bürgerlichen Politiker politischen Vorteil ziehen zu können: Sie wird dies versuchen, indem sie bestehende reaktionäre Gesetze verschärft, neue reaktionäre Gesetze schafft und ihren staatlichen Unterdrückungsapparat weiter ausbauen wird. Für die Arbeiterklasse und das Volk wird es darauf ankommen, sich diesen Versuchen entgegenzustellen, denn dabei handelt es sich tatsächlich um Klassenkampf.

4.3. Red.

Stahlwerke Peine - Salzgitter

Kurzarbeit Ende April – Prämienauszahlung verzögert

Salzgitter. Die Stahlwerke Peine-Salzgitter wurden von Staat und Regierung immer als "Beweis" angesehen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise bald überstanden sei. Aber auch bei dem sich voll in Staatsbesitz befindlichen kapitalistischen Betrieb wirkt sich die gegenwärtige Krise aus: "Inoffizieller" Einstellungsstopp, Abgänge werden nicht ersetzt, sogenannte Fremdarbeiter (Leiharbeiter von anderen Firmen) sind zu Ende Februar gekündigt, sämtliche Überstunden sind gestrichen, in der Woche vor Ostern ist Produktionsruhe angesetzt, und voraussichtlich wird Ende April / Anfang Mai die erste Kurzarbeit eingeführt werden. Und das wird nicht die letzte sein.

Die P & S – Kapitalisten hatten zunächst vor, schon in der Woche vor Ostern (vom 24. bis 31. März) Kurzarbeit durchzuführen. So stand es auch in der Salzgitter-Zeitung vom 19. Februar. Am 24. Februar hat der Betriebsrat dann die Kapitalisten praktisch als Wohltäter hingestellt und den Kollegen von P & S verkündet, daß keine Kurzarbeit gemacht werde, sondern nur Produktionsruhe sei. Jeder könne bei voller Bezahlung zur Arbeit kommen oder seinen Jahresurlaub für diese Zeit nehmen. Jetzt aber stellte sich heraus, daß deshalb keine Kurzarbeit über Ostern ist, weil die P & S - Kapitalisten die sechswöchige Anmeldefrist gegenüber dem Arbeitsamt nicht mehr einhalten konnten. Aber nicht nur, daß der Betriebsrat diese Tatsache einfach verschwiegen hat, er verbreitete gleichzeitig die Illusion, daß in diesem Jahr keine Kurzarbeit mehr gemacht werde und es im Sommer mit der "Konjunktur" wieder aufwärts gehe. Jetzt aber kursiert im Werk das "Gerücht", daß nun doch in allernächster Zeit Kurzarbeit gemacht werden wird. Mit vollem Recht meinen die Kollegen: "Die (der Betriebsrat) haben uns verschaukelt!" Und: "Die hatten bloß Angst, nicht wieder gewählt zu werden." Denn vom 18. bis zum 20. März finden bei P & S Betriebsratswahlen statt.

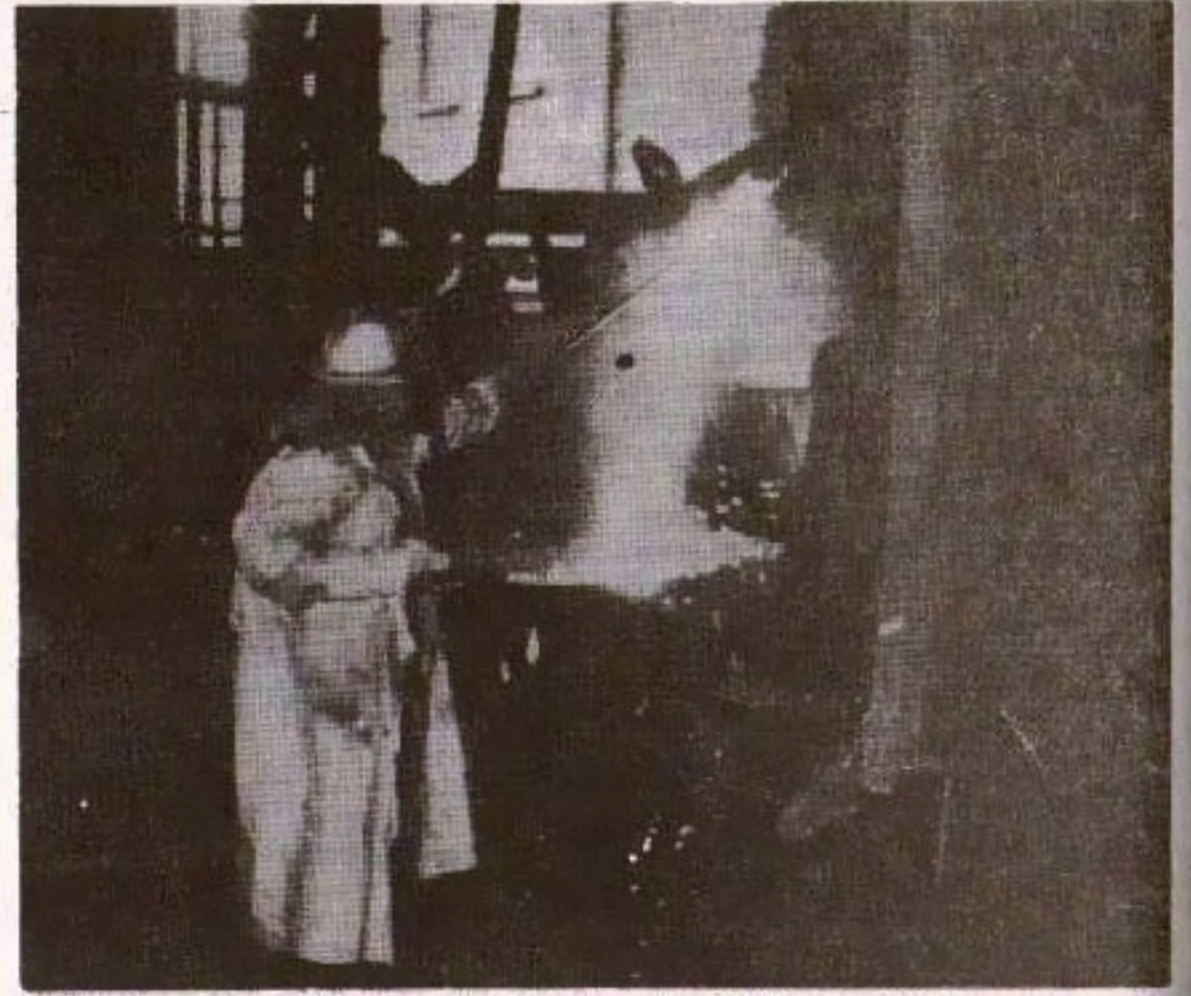
Kurzarbeit soll nach der Betriebsratswahl bekanntgegeben werden

Und daß tatsächlich Ende April / Anfang Mai Kurzarbeit gemacht werden soll, das wurde uns aus zuverlässiger Quelle bestätigt. Die Taktik des Betriebsrates ist durchschaut. Er wollte sich bis zur Betriebsratswahl "retten" und den Kollegen als Erfolg der paritätischen Mitbestimmung bei P & S verkaufen, daß es ihm gelungen sei, die Kapitalisten zu "überzeugen". Dabei kam den gefuchsten SPD-Betriebsräten das Versäumnis der Kapitalisten sehr gelegen. Kurz nach der Betriebsratswahl (Ende März) soll die schon so gut wie beschlossene Kurzarbeit bekanntgegeben werden. Daran wird auch der Betriebsrat nichts ändern können, selbst wenn er es wollte. Denn die Vertreter der Belegschaft im paritätisch besetzten Aufsichtsrat sind auf das "Betriebswohl" verpflichtet. Und das ist noch allemal das Wohl und die Sicherung der Profite der Kapitalisten.

In dieser Situation kommt es darauf an, die Zeit zu nutzen und alle Kollegen, ihre Vertreter im Vertrauensleutekörper, im Betriebsrat und insbesondere die Betriebsratskandidaten hinter richtigen Forderungen zu sammeln und darauf zu verpflichten und so die Einheit gegen die Kapitalisten herzustellen.

Die Prämie muß ausgezahlt werden

Die Kurzarbeit wird durchgeführt werden, obwohl das Geschäftsjahr 1974 für die Kapitalisten von P & S riesige Profite gebracht hat. (In der KVZ Nr. 2 hatten wir darüber berichtet.) Der Reingewinn betrug 250 Millionen DM. Und vor einiger Zeit hatte der Betriebsrat mit dem Vorstand von P & S ausgehandelt, daß davon 10 Millionen DM an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Jeder Kollege soll eine einmalige Prämie von durchschnittlich 400 DM erhalten. Schien es zunächst so, als ob die Kapitalisten auf den "Kompromiß" des Betriebsrates eingehen würden, nämlich die Prämie als Ausgleich für den Lohnausfall bei Kurzarbeit zu nehmen, so [illegible] wollen die Kapitalisten jetzt überhaupt nicht mehr zahlen. Offiziell hatten sich Kapitalisten und Betriebsrat darauf geeinigt, daß die Auszahlung der Prämie von April/Mai auf das letzte Drittel dieses Jahres verschoben wird.



Stahlwerke Peine-Salzgitter (P + S). Hier im Stahlwerk Salzgitter beim Abstich des Hochofens. Das flüssige Eisen wird rund 1 300 Grad Celsius, Stahl rund 1 600 Grad heiß. Trotz der Asbestschutzkleidung ist es für den Arbeiter darunter noch sehr heiß. Der Arbeiter im Bild muß beim langsamen Kippen der Topfpfanne dafür sorgen, daß das Eisen schnell genug herausfließen kann. Dabei ist der Arbeiter ständig der Verbrennungsgefahr ausgesetzt, weil immer wieder Funken durch die Gegend fliegen.

Damit wäre aber nur die Auseinandersetzung um die Prämie vertagt. Keinesfalls ist damit sicher daß die Prämie auch tatsächlich ausgezahlt wird. Denn der Betriebsrat hatte sich bereits öffentlich dafür ausgesprochen, daß die Prämie als Ausgleich für die Kurzarbeit gezahlt werden soll (Salzgitter-Zeitung vom 19. Februar). Und die jetzige Haltung der Kapitalisten, gar nicht mehr zahlen zu wollen, macht es notwendig, die sofortige Auszahlung der Prämie zu fordern und den Betriebsrat darauf zu verpflichten. Auf keinen Fall darf die Prämie auf die Kurzarbeit angerechnet werden.

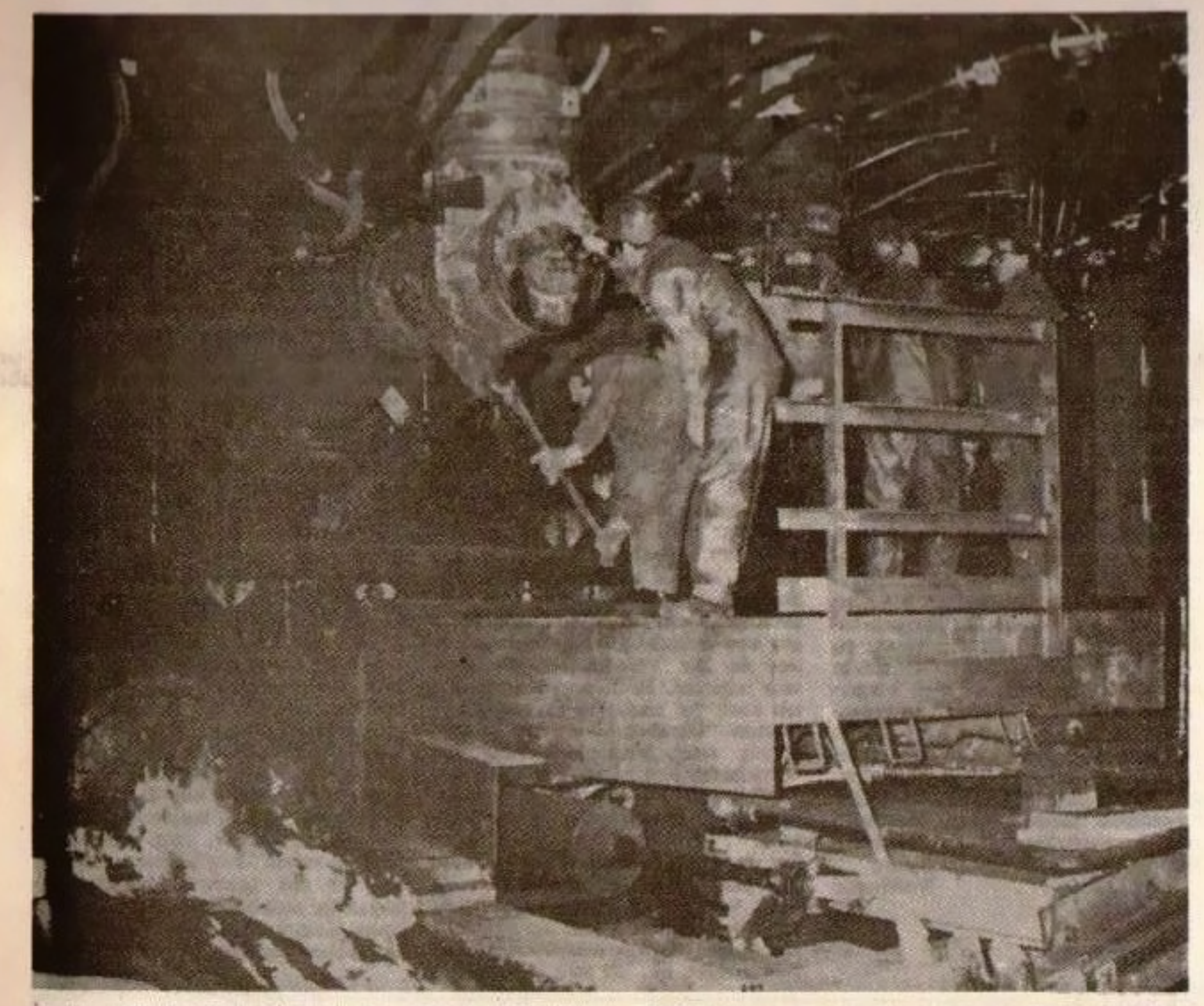
Aber die Kurzarbeit und die beabsichtigte Vorenthaltung der Prämie sind nur ein Teil der Krisenmaßnahmen der Kapitalisten.

Die Diskussionen um Forderungen

Jahrelang durften und mußten die Kollegen Überschichten fahren, die jetzt einfach gestrichen wurden. Dadurch haben viele Kollegen jetzt [illegible] einen Lohnausfall von 300 bis 400 DM monatlich. Als die Kollegen für Februar ihre Lohntüten bekamen, waren sie sehr empört. Jahrelang durften sie ihre Gesundheit gründlich ruinieren und hatten kaum ausreichend Erholungszeit. Im Interesse der Kollegen ist es, daß die Abschaffung der Überstundenarbeit bei vollem Lohnausgleich gefordert wird. Diskussionen in dieser Richtung werden gerade jetzt unter den Kollegen geführt. Es kommt jetzt darauf an, die in den einzelnen Abteilungen geführten Diskussionen in Anträgen zusammenzufassen an den Vertrauensleutekörper und den Betriebsrat, daß die folgenden Forderungen im Interesse aller Kollegen gegen die Kapitalisten durchgesetzt werden. Die noch vor der Betriebsratswahl anstehenden Belegschaftsversammlungen sollten für eine breite Diskussion genutzt werden.

- Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit durch die P & S ; Kapitalisten!
- Keine Anrechnung der einmaligen Prämie im April dieses Jahres!
- Abschaffung der Überstunden und Überschichten bei vollem Lohnausgleich durch die P & S - Kapitalisten!

Sympathisantengruppe Salzgitter, J.H.



Stahlwerke Peine-Salzgitter (P + S). Hier im Stahlwerk Salzgitter einer von den sechs Hochöfen. Der Hochofen Nr. 1 wird 1973 neu angeblasen. Die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter: heiß, dreckig und zugig, weil der Hochofen nur teilweise umbaut ist. Der Hochofen Nr. 1 wurde 1973 mit Investitionen von 12 Millionen Mark umgebaut. Vom Hüttenflur bis zum höchsten Punkt mißt er 65 Meter. Er besitzt ein Nutzvolumen von über 1 000 Kubikmeter und erzeugt pro Tag etwa 1 700 Tonnen Roheisen. Täglich verbraucht er etwa 2 900 Tonnen Sinter, 650 Tonnen Koks und 170 Tonnen Öl. Betriebsbedingungen des Ofens: Der 1,5 atü verdichtete Wind gelangt durch 16 Blasformen in den Hochofen. Mit Zusätzen von Dampf oder Sauerstoff zum Hochofen wird ein Roheisen von gleichbleibender Qualität erzeugt.

Warnstreik bei Zanker

Am Montag streikten etwa 70 Kollegen gegen eine weitere Lohnkürzung. Was war vorausgegangen?

Nachdem die Zankerkapitalisten uns letztes Jahr zweimal den Lohn um je 2 % gekürzt haben, versuchen sie es nun zum dritten Mal. Gleich nach dem miesen 6,8 %-Abschluß soll jetzt der Rest der innerbetrieblichen Zulagen gestrichen werden. Das macht rund 30 bis 35 Pfennig die Stunde, so daß die Lohnerhöhung für uns nur noch 3 % beträgt. Lohnkürzung ist nicht das Einzige, von dem wir Zankerkollegen betroffen sind. Steigende Arbeitshetze an den Bändern und Maschinen, seit Dezember jeden Monat zwei Wochen Kurzarbeit, Entlassungen Anfang des Jahres. Die Zankerkapitalisten greifen uns auf breitester Front an. Bis jetzt kamen sie durch damit. Aber diesmal haben sie sich verrechnet. Am Montag früh sammelten sich einige empörte Kollegen um zu besprechen, wie man sich gegen diese unverschämte Maßnahme wehren könnte. Wir beschlossen in der Mittagspause eine Versammlung vor dem Werk durchzuführen und verbreiteten dies an den Bändern. Mittags trafen sich dann etwa 30 Kollegen. Sie zogen durch die Abteilungen und in kurzer Zeit waren 70 empörte Arbeiter auf dem Weg zur Geschäftsleitung. Sie bildeten eine Abordnung, die mit der Geschäftsleitung verhandeln sollte, aber die Herren waren bis auf einen auf der Haushaltswarenmesse in Köln. Der eine lehnte jede Verhandlung mit uns ab, wurde dann aber durch unseren massiven Protest dazu gezwungen, mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Wir Kollegen legten die Arbeit für eine Stunde nieder, um das Verhandlungsergebnis abzuwarten. Das Ergebnis war, die Geschäftsleitung lehnte unsere Forderung nach sofortiger Rücknahme der Lohnkürzung zwar ab, hat uns aber zugestanden, die Streikstunden voll zu vergüten und keine personellen Konsequenzen zu ziehen. Damit lassen wir uns aber nicht abspeisen. Wenn die Geschäftsleitung von der Messe zurückkommt, werden wir den Herren zeigen, daß wir nicht gewillt sind, ihre Maßnahmen kampflos hinzunehmen.

–Zankeraufbauzelle Tübingen–

Streik gegen Stillegung

Oberkochen. Bei der Holzmaschinenfabrik Bäuerle sollen bis September 200 Kollegen entlassen werden. Am 15. Februar streikten die Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge.

Sie zogen vor das Gebäude, wo gerade ein Sozialplan ausgehandelt wurde, und versammelten sich dann in der Kantine. Die Geschäftsleitung mußte Stellung beziehen. Von 1972 bis 74 stieg der Pro-Kopf-Umsatz um das Doppelte.

Am Nachmittag erklärte der Betriebsratsvorsitzende den Streik für beendet.

Der Sozialplan wurde von geplanten 600 000 DM auf eine Million erhöht. Aber der Betriebsrat stimmte den Entlassungen zu. Hier zeigt sich, daß der Betriebsrat durch Aufträge an den Willen der Belegschaft gebunden werden muß.

Die Lage in der Stahlindustrie

Kurzarbeit bei den Saarhütten!

Die Stahlwerke Röchling-Burbach (SRB) in Völklingen legen Kurzarbeit ein; davon sind 3 800 von 22 300 Mitarbeitern betroffen. Bei den Neunkircher Eisenwerken mußte die Belegschaft ebenfalls kurzarbeiten.

Kurzarbeit in einem Industriezweig also, der sich selbst noch bis vor kurzem seines langanhaltenden "Booms" gerühmt hatte.

Oft wird die Kurzarbeit als das "kleinere Übel" (Wirtschaftsminister Sinnwell) angepriesen: In Wirklichkeit ist dieses "kleinere Übel" nicht selten ein Vorbote von Entlassungen bzw. geht Hand in Hand damit.

So ist es auch bei der saarländischen Stahlindustrie: bereits im November und Dezember wurden 300 Mann bei SRB entlassen, und es wurde ein genereller Einstellungsstop verhängt; dies bedeutet, daß "natürliche Abgänge" (wenn ein Arbeiter sich kaputtgeschafft hat und nicht mehr arbeiten kann, ist das für die Kapitalisten ein "natürlicher (!) Abgang") nicht mehr ersetzt werden, daß deren Arbeit von dem Rest der Belegschaft mitgemacht werden muß.

In ihrer Ausgabe vom 27. Januar schreibt die Saarbrücker Zeitung: "In der heutigen Stahlflaute kommt den Saarhütten überdies zugute, daß sie sich auch zu Zeiten der Hochkonjunktur traditionellerweise lieber mit Überstunden als mit Neueinstellungen behelfen." Hieran sieht man, daß die Saarhütten nur deshalb im Moment noch keine größeren Entlassungen vornehmen, weil sie vorher zu wenig Arbeiter eingestellt hatten, und diese dafür aber umso länger arbeiten mußten. Es ist für die Kapitalisten halt viel profitabler, wenn 8 Arbeiter am Tag eine Stunde länger arbeiten, als wenn 9 Arbeiter 8 Stunden schaffen. Daß dies immer auf Kosten der Arbeiter geht, kümmert die Kapitalisten nicht.

–hr–

aus Ortsbeilage Saarbrücken der KVZ 7/75

Produktionseinschränkung bei Thyssen Niederrhein

Oberhausen. Bei Thyssen Niederrhein soll die Produktion eingeschränkt werden. Für 350 Kollegen des Werkes Hüttenheim wurde für die Woche vor Ostern Kurzarbeit angemeldet. Für das Werk Hamborn sind "gezielte Betriebsstillegungen" vorgesehen ("Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 25. Februar). Im Werk Oberhausen soll der Hochofen 3, wie schon vorher, kein Roheisen produzieren. Anfang März will der Vorstand von Thyssen Niederrhein mit dem Betriebsrat über weitere Maßnahmen sprechen.

Der Weg des VW-Konzerns in der Krise:

Rationalisierungen, Stillegungen, Massenentlassungen

Im letzten Jahr hat der VW-Konzern schwere Verkaufsrückgänge einstecken müssen. Insgesamt wurden 10 % weniger Volkswagen produziert; die Händler haben 14,7 % weniger verkauft, das waren 1,524 Millionen. In den USA ist der Verkauf um 25 % zurückgegangen, in Europa um 24 %. Der Vorstand versucht durch umfangreiche Rationalisierungen und Entlassungen, dieser Lage Herr zu werden; die Schließung eines ganzen Werkes in Neckarsulm wird vorbereitet. Wie ist es dazu gekommen und was hat sich für die VW-Arbeiter verändert?

Nach dem meteorenhaften Aufstieg des VW-Konzerns zum Symbol des westdeutschen "Wirtschaftswunders" und zum Prestigeobjekt der "sozialen Marktwirtschaft" in den fünfziger Jahren ging es beständig bergarb. In den Zeiten des Aufstiegs gab es in den VW-Werken für die Arbeiter Vergünstigungen, die sonst in keinem anderen kapitalistischen Betrieb anzutreffen waren. Da ist die Erfolgsprämie, die Mitte des Jahres an alle Werksangehörigen ausgezahlt wird und die früher mehr als einen Monatslohn ausgemacht hat. Die Kinder der Werksangehörigen konnten zu Erholungsaufenthalten geschickt werden, die Arbeiter hatten das Recht, regelmäßig eine Kur in werkseigenen Heimen zu beantragen. VW-eigene Wohnungen wurden an die Arbeiter billiger vermietet. Zu Weihnachten gab es noch einmal ein Weihnachtsgeld, das einige hundert Mark ausmachte. Lohnerhöhungen wurden nach den allgemeinen Tarifverhandlungen der IG Metall festgelegt und waren immer ein bis zwei Prozent höher als die anderen. Der Lohn lag zu vergleichbaren Betrieben zum Teil um zwei bis drei Mark in der Stunde höher. Durch den Haustarifvertrag war der Effektivverdienst tariflich voll abgesichert. Der Manteltarifvertrag hat Bestimmungen enthalten über die Urlaubsregelungen, arbeitsfreie Tage, Überstundenprozente, die
freie Tage, Überstundenprozente, die
in keinem Manteltarifvertrag der IG Metall enthalten waren.

Lange Zeit schien es, als könnte der westdeutsche Kapitalismus am Beispiel VW zeigen, daß er menschenwürdig ist und den Arbeitern mehr bieten kann als jede andere Gesellschaftsordnung, daß die Arbeiter im Kapitalismus sorgenfrei und zufrieden leben könnten. Die VW-Werke, insbesondere das in Wolfsburg, waren Schaustücke des westdeutschen Kapitalismus.

Mit dem Hinweis auf das "Vorbild" VW konnten Forderungen von der IG Metall und dem Betriebsrat durchgesetzt werden, so daß die Belegschaft kaum gezwungen war, für ihre Forderungen Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

Das war alles möglich durch eine weitgehende Konkurrenzlosigkeit des Käfers in Westdeutschland und später auch in den USA.

Seit dem Ende des Krieges hat sich der VW-Konzern auf sechs Werke in Westdeutschland ausgedehnt, zwei Werke der Auto-Union und NSU in Ingolstadt und Neckarsulm gekauft und vier Produktionsgesellschaften im Ausland aufgebaut.

1967 mußten große Teile der VW-Arbeiter erstmals kurzarbeiten. Das Tempo an den Bändern wurde drastisch erhöht. Die VW-Arbeiter mußten so erfahren, daß es keinen Volkskapitalismus geben kann, daß es nichts nützt, wenn sie alle im Besitz von 100-Mark-Aktien sind, daß eine Mehrheit von Sozialdemokraten im Aufsichtsrat die Unsicherheit der Existenz im Kapitalismus nicht beseitigt.

Die Krise 1966/67 hat die Expansion des VW-Konzerns gestoppt

Konnte die Bundesregierung mit der Privatisierung des VW-Konzerns von einen wahren Run auf die Kleinaktien erzielen, die sie bei einem Nennwert von 100 Mark für 368 Mark verkaufte, so sehen sich die Kleinaktienbesitzer heute vollends betrogen; ihre Aktie ist nicht mehr 368 Mark wert, sondern nur noch 200 Mark. Die Erfolgsprämie wurde nicht einfach mehr ausgeschüttet, sondern es gab jedes Mal zähe Auseinandersetzungen um die Höhe.

Mit dem "gutmütigen" Vater Nordhoff an der Spitze konnte dieser Konzern nicht mehr weiter geführt werden; die Konkurrenzsituation hatte sich verschärft, härteres Vorgehen gegen die Arbeiter und flexibleres Auftreten auf dem Weltmarkt war notwendig. Als Nordhoff durch Lotz abgelöst wurde, sagten die VW-Arbeiter, daß sich nun endgültig die Zeiten ändern würden. Was die Arbeiter betrifft, hatten sie damit recht; verschärft wurden Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen, Entlassungen standen an, sogenannte Sozialleistungen wurden gekürzt bzw. gestrichen. Aber für den Weg des Konzerns änderte der Wechsel von Nordhoff zu Lotz nichts. Außer einigen ertragreichen Stellen für seine Familienangehörigen schaffte Lotz noch ein Durcheinander in den Modellen.

So dauerte es auch nicht lange, bis er durch Leiding abgelöst wurde und mit 300 000 Mark Rente jährlich entlassen wurde. Leiding eilte der Ruf des stahlharten Managers und Machers voraus, der mit dem eisernen Besen durch das Werk zieht.

Die Arbeiter sagten: Schlimmer als mit Leiding kann es nicht kommen ...

1973 kam es zu dem ersten großen Streik im VW-Werk. Der Vorstand wollte die Erfolgsprämie drastisch kürzen. 10 000 Arbeiter beteiligten sich in Wolfsburg aktiv an dem Streik, der über drei Tage ging. Einige Tausend gingen in das Verwaltungshochhaus und stellten den Vorsitzenden Leiding zur Rede.

Ende 1973 machte Leiding den Versuch eines Großangriffs auf die Belegschaft; er beschimpfte die Arbeiter und die Gewerkschaft auf einer Betriebsversammlung in Wolfsburg, von 20 000 Arbeitern wurde er ausgepfiffen. Seitdem hatte er sich auf keiner Betriebsversammlung mehr sehen gelassen und hat das dem Sozialdemokraten Frerk, der ihm von der SPD zur Seite gestellt wurde, überlassen.

Leiding räumte mit der Vetternwirtschaft auf, drehte weiter an der Akkordschraube. Er ließ fix und fertige Pressenstraßen, die Lotz errichten ließ, für einige Millionen Mark Schaden wieder abreißen. Stolz verkündet der Bericht über das Geschäftsjahr 1972: "Die Investitionen dienten im wesentlichen der Rationalisierung in der Fertigung." Von



VW-Emden: Kollegen beim Schweißen

1971 auf 1972 wurde die Belegschaft der VW-Werke AG von 130 266 auf 116 352 gesenkt.

Nach einem vorübergehenden leichten Anstieg 1973 ging es weiter steil bergab mit dem Konzern. Ab 1974 sägte die sozialdemokratische Mehrheit im Aufsichtsrat wieder kräftig am Stuhl des Vorsitzenden. Anfang dieses Jahres hatte sie Erfolg. Leiding wird durch Schmücker ersetzt. Wieder bezahlen die VW-Arbeiter einen noch teureren Rentner

... aber mit Schmücker kam noch ein größerer Menschenschinder

Er soll den Konzern von Grund auf sanieren. Mittel dazu stehen ihm zur Verfügung: 1974 waren die Inves-
Verfügung: 1974 waren die Inves-
titionen um 37 % höher als 1973, sie betrugen 1,412 Milliarden Mark. Sie wurden benutzt für Rationalisierungen im Inland und für neue Anlagen im Ausland. Gleichzeitig ging die Beschäftigtenzahl in den sechs VW-Werken von 125 000 auf 108 000 zurück, das sind 13,6 %. Im Zwischenbericht des Vorstandes an die Aktionäre im November 1974 ist ein Produktionsrückgang von 10 % ausgewiesen. Das heißt, daß die Beschäftigtenzahl stärker zurückgegangen ist als die Produktion. Es wird zwar weniger produziert, aber jeder einzelne Arbeiter muß mehr schaffen als vorher. Wenn Schmücker sagt, daß die Bänder zum Teil nur zu 60 % ausgelastet sind, heißt es also noch lange nicht, daß die Arbeiter an den Bändern auch nur 60 % schaffen. Das drückt sich auch aus in dem Umsatz pro Kopf der Beschäftigten; waren es 1950 von 33 000 Mark, 1964 80 800, so sind es 1974 114 417 Mark.

Schon jetzt ist bekannt, daß bis zum 1. August 1975 aus den sechs inländischen VW-Werken 8 300 Arbeiter und Angestellte entlassen werden sollen, daß weiter Facharbeiter und Angestellte in die Produktion umgesetzt werden, daß ausgebildete Lehrlinge nicht in ihrem Beruf, sondern an den Bändern arbeiten müssen.

Die Produktionszahlen sinken, die Beschäftigtenzahlen sehr viel stärker, die Investitionen gehen hoch

Wie jeder kapitalistische Betrieb ist der VW-Konzern gezwungen, auf die Krise mit verschärfter Rationalisierung zu reagieren, Produktionsanlagen im Ausland zu errichten. Daran ändert sich nichts, auch wenn Bund und Land Niedersachsen 49 % des Stammkapitals besitzen und den Rest sogenannte Kleinaktionäre, die natürlich nicht den geringsten Einfluß auf die Politik des Konzerns haben. Die Rolle des Kapitalisten hat im VW-Konzern der Staat inne, gegenwärtig vertreten durch die SPD – elf von einundzwanzig Aufsichtsratsmitgliedern sind in der SPD eingeschrieben.
dern sind in der SPD eingeschrieben.
Sie sind Vertreter des Landes und des Bundes sowie die "Arbeitnehmervertreter" der IG Metall.

Dieser Aufsichtsrat und der von ihm berufene Vorstand betreiben seit langem eine konsequente Politik der Verlagerung der Produktion ins Ausland. Die Produktion im Ausland ist im letzten Jahr um 14 % auf 518 000 gestiegen (nach: "Braunschweiger Zeitung", "Wolfsburger Nachrichten" vom 21. November 1974). In Brasilien wird ein neues Werk auf einem 3,8 Millionen Quadratmeter großen Geländet gebaut. In Mexico ist die Beschäftigtenzahl von 1964 bis 1974 von 1 000 auf 11 000 gestiegen. Über den Bau eines Montagewerkes in den USA gibt es noch Streit innerhalb des Aufsichtsrats. Der Bau dieses Werkes würde zur direkten Folge die Schließung eines Werkes haben, wahrscheinlich Emden. Das stößt in der Belegschaft auf große Empörung, und die Konzernleitung muß jetzt Überlegungen anstellen, wie sie den Bau gegen den Widerstand der deutschen Belegschaften durchsetzen kann. Sie kommt dabei auf die merkwürdigsten Erklärungen: Das Werk in den USA sei notwendig, um den Marktanteil zu halten. Wenn es nicht gebaut wird, würden die Lieferungen aus der Bundesrepublik in die USA weiter zurückgehen und das Werk Emden müsse dann auch über kurz oder lang geschlossen werden. Wenn aber das Werk gebaut wird, hat der Konzern die Möglichkeit, die erwirtschafteten Gewinne in der Bundesrepublik einzusetzen und so wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Die Bourgeoisie bietet den Arbeitern die Alternative zwischen Entlassung und Kündigung; davon können sich die Arbeiter keine aussuchen. Um ihre Existenz zu sichern, müssen sie das verteidigen, was sie jetzt haben. Allzu oft haben sie schon gehört, daß die Durststrecke noch einmal überwunden werden muß und es dann wieder allen besser geht. Besser ist es ihnen in der letzten Zeit noch nie gegangen.

Verlagerung der Produktion, Schließungen und Umlegungen von Abteilungen

Schließungen einzelner Werke treffen die gesamte Belegschaft

Neben dem Bau eines Werkes in den USA und der damit zusammenhängenden eventuellen Schließung von Emden wird zur Zeit die Schließung von Audi-NSU in Neckarsulm geplant. Dieses Werk gehört zum VW-Konzern, aber nicht zur VW-Werke AG. In Neckarsulm wird der Audi 100 und der Ro 80 hergestellt. 1973 liefen in Neckarsulm noch 650 Autos pro Tag vom Band; heute sind es noch 200. 3 000 Arbeiter sind rausgeflogen, es arbeiten nur noch 10 200 dort. Die Hälfte muß jede Woche pausieren, produziert wird nur noch in der Frühschicht. Seit der Übernahme von NSU durch VW sind die Anlagen in Neckarsulm kaum verbessert worden. Dadurch ist die Produktion stark gesunken. So ist das Werk für den Konzern eine unprofitable Angelegenheit. In Mexiko produzieren zum Beispiel 11 000 Arbeiter täglich 500 Autos, bei Audi-NSU sind es nur 200. Erstens ist in Mexico die Produktivität viel höher, zweitens sind die Arbeiter dort auch noch billiger. Für den VW-Konzern gibt es keinen ersichtlichen Grund, dieses Werk zu halten, wohl aber für
dieses Werk zu halten, wohl aber für
die Arbeiter.

Auf einen Schlag wären 10 000 arbeitslos. Nach Angaben der IG Metall würde die Schließung weitere 20 000 Arbeitsplätze in der Region gefährden. Die Arbeitslosenrate würde sich allein durch die 10 000 Arbeiter von NSU in dieser Region von 3,5 % auf 8 % erhöhen. Sie hätten keine Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Die Kundgebung, die die IG Metall am 3. März gegen die geplante Stillegung durchführte, hat gezeigt, daß sich die Arbeiter von Audi-NSU nicht einfach dem Schicksal ergeben, sondern daß sie bereit sind, ihre Existenz zu verteidigen.

In solchen Situationen kommen immer wieder politische Parteien, die unter dem Vorwand, für die Arbeiter einzutreten, den Arbeitern in den Rücken fallen. Der Parteitag der SPD Heilbronn-Land hat sich gegen die Schließung von Neckarsulm ausgesprochen. Als Lösung schlägt er vor, daß die Lasten gleichmäßig auf alle Werke verteilt werden sollen. (Nach: "Heilbronner Stimme" vom 10. Februar) Mit solchen "Solidaritätsbekundungen" und Lösungsvorschlägen kann die Audi-NSU-Belegschaft nichts anfangen. Sie können nur dazu dienen, die Belegschaften der einzelnen VW-Werke gegeneinander auszuspielen und der Konzernleitung bei ihren Maßnahmen freie Hand zu verschaffen.

Am 25. April soll der Aufsichtsrat den Sanierungsplan von Schmücker für den gesamten Konzern annehmen; dort soll über die weiteren Maßnahmen entschieden werden. Auf der Tagesordnung steht u.a. der Bau des Werkes in den USA, die Schließung von Audi-NSU. Für die VW-Arbeiter kann auf dieser Sitzung nichts Gutes bei rauskommen, das hat Schmücker in seinen kargen Äußerungen deutlich zu verstehen gegeben.

Die VW-Arbeiter aller Werke können und müssen die verbleibende Zeit nutzen, um ihrem Willen Ausdruck zu verleihen, und sich unter Forderungen zusammenschließen, die eine völlige Auslieferung an die Politik der Konzernleitung und die Bedrohung ihrer Existenz verhindern:

Keine Erhöhung von Stückzahlen, keine Erweiterung der Arbeitsgänge an Maschinen und Bändern!

Keine Zurückstufung in untere Lohngruppen!

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Keine Stillegungen und Schließungen von Betriebsteilen oder Werken!

Die VW-Betriebszelle Wolfsburg des KBW berichtet:

Golf-Endmontage: „Mehr arbeiten - weniger Lohn"

Das ist die allgemeine Leitlinie des Vorstandes, um das VW-Kapital durch die Krise zu manövrieren. Diese Leitlinie des Vorstandes bedroht uns alle!

Bei der Stoßstangenmontage z.B. muß die Arbeit, die früher vier Kollegen gemacht haben, jetzt im wesentlichen von zwei Kollegen gemacht werden. Das erste Ziel, das genannt worden ist, daß pro Band zwanzig Kollegen übrig gemacht werden.

Hier in der Halle 12 zeigen sich die Auswirkungen der Krisenpläne der Kapitalisten: Während ein Teil der Arbeiter immer mehr arbeiten muß, wird gleichzeitig ein anderer Teil, namentlich 20 Kollegen am Band, übrig gemacht. Das erlaubt dem Vorstand, weiter Druck auf die Arbeiter auszuüben und noch mehr Arbeitsleistung zu erpressen, und dient ihm zur Vorbereitung von Massenentlassungen.

Diese Entwicklung wird nur aufzuhalten sein, wenn wir uns wehren und den Kapitalisten Einhalt gebieten. Der bisherige Manteltarifvertrag bei VW bietet gegen die Maßnahmen des Vorstandes keinen wirksamen Schutz. Wir müssen uns aber vor der Ruinierung unserer Arbeitskraft schützen und uns Ausgangspositionen schaffen, Entlassungen zu verhindern.

Keine Erhöhung der Stückzahlen und Erweiterungen der Arbeitsgänge an Maschine und Bändern!

Die Ausbeutung der Arbeiter durch mehr Arbeit zu erhöhen, das ist die Devise des Vorstandes. Aber es kommt noch dreister: Gleichzeitig sollen die Löhne der Kollegen gesenkt werden. Obwohl die Arbeitsleistung, die die Kollegen der Golf-Produktion bringen müssen, weit über der ihres vorigen Arbeitsplatzes liegt, wird der größte Teil der Kollegen in niedrigere Lohngruppen eingestuft. In der Golf-Produktion gibt es fast nur noch Arbeitsgänge, die die Kapitalisten mit Lohngruppe 3 "bewerten", kaum 4 und fast gar nicht 5. Diese "Neubewertung" kommt zwar nicht sofort zum Tragen, da die meisten Kollegen ja Lohnausgleich bekommen, wie z.B. die versetzten Facharbeiter. Doch spätestens nach einem Jahr ist es damit aus. Direkte Senkung des Lebensstandards der Arbeiter – das ist ein weiteres Mittel, mit dem der Vorstand die Krise bezahlen lassen will. Auch davor schützt uns der Tarifvertrag nicht. In den neuen Tarifvertrag muß aufgenommen werden:

Keiner darf in seinem einmal erreichten Lohn zurückgestuft werden!

H., Betriebszelle VW

IGM-Vertreterversammlung

"Sind wir hier auf einer SPD-Parteiveranstaltung?"

Köln. Die Delegiertenkonferenz der Kölner IG Metall am vorigen Mittwoch hat zwei Sachen ganz deutlich gezeigt:
Zum einen die andauernden Versuche einiger hoher SPD-Funktionäre, für die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung Propaganda zu machen, und zum anderen den aufkeimenden Widerstand einiger Delegierter, die klar sehen, daß solche Art Gewerkschaftspolitik häufig den Mitgliedern nichts bringt, den Kollegen in den Rücken fällt, den Kapitalisten aber nützt.

Die Kölner IG Metall ist mit etwa 58 000 zahlenden Mitgliedern ein gewichtiger Teil der Gesamtgewerkschaft, der in früheren Jahren häufig eine vom Frankfurter Vorstand unabhängige Politik machte. Nach der Absetzung und dem Gewerkschaftsausschluß des ehemaligen Ersten Bevollmächtigten Tollusch soll nun der Kölner Ortsverband wieder voll auf Kurs gebracht werden. Deshalb durfte neben den sowieso aus Frankfurt kommissarisch eingesetzten Funktionären Schwarting und Lübben auch die Kollegin Anke Fuchs lang und breit ihre Meinung kundtun.

Der für die Kollegen in den Betrieben wichtigste Punkt war die Erklärung des Gewerkschaftsvorstandes zur Tarifsituation und die Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Brauchbare Ausführungen kamen allerdings nicht von den hohen Gewerkschaftsfunktionären, sondern nur von Vertrauensleuten und Betriebsräten aus den Betrieben.

Schon im Geschäftsbericht des Kölner Vorstandes ging es mit der Lobhudelei los:

Die Verse der Schmidt'schen Krisenlitanei wurden runtergebetet

Der Bundesrepublik ginge es gar nicht so schlecht. Der Export in andere Länder sei auch noch gut, bloß käme da manchmal viel weniger raus, als reingesteckt würde. Die Konjunkturspritzen seien optimal gewesen, nur würden die Unternehmer nicht so recht nachziehen.

Von der verschärften Arbeitshetze, von den Kölner Arbeitslosenzahlen – im Januar 16 234, davon 2 154 Metaller – davon wurde nicht gesprochen. Anke Fuchs meinte das Problem mit allgemeinen Appellen lösen zu können, indem sie aufrief, "sich um jeden Arbeitslosen zu kümmern". Mit Recht führte später ein Kollege aus, daß der Gewerkschaftsvorstand dazu bisher noch nichts konkretes gemacht haben.

6,8 % sind für die Kollegen nicht vernünftig

Zur Tarifpolitik wurden von Schwarting, Lübben und Anke Fuchs nur die alten Kamellen wieder vorgeholt:

Der Vorstand habe mit 7 % ein Zeichen der Vernunft setzen wollen. Offensichtlich gibt es aber verschiedene Arten von Vernunft. Vielen Delegierten wollte es nämlich trotz aller Bemühungen der IG-Metall-Spitze noch immer nicht einleuchten, daß 7 % und später sogar die 6,8 % vernünftig sind. Aus den Betrieben kamen ganz andere Töne: Man sei zu spät in die Tarifrunde einbezogen worden. Die Streiks wären schon längst vor dem Schlichtungsspruch möglich und nötig gewesen. Als selbst nach den 7 % die Kollegen noch streikten, dachten die meisten, jetzt kämpfe man zumindest wieder um die Ausgangsforderung von 11 %. Die Gewerkschaftsführung habe sich erpressen lassen. Sie hat mit kleinsten Pfennig-Beträgen jongliert, wo doch die Chance bestanden hätte, wenigstens noch 35 Pfennig zu erkämpfen (die Differenz zwischen 6 und 11 Prozent).

Auch darauf, daß Schwarting versuchte, die 6,8 % als Sieg gegenüber den Kapitalisten zu verkaufen, hatten die meisten Vertrauensleute die passende Antwort. Einer meinte zu der Verkaufsstrategie von Schwarting: "Wenn das in den nächsten Jahren so weitergeht mit den Tarifverhandlungen, den Schlichtungsordnungen, der Zahlenpokerei, dann werden noch nicht mal meine Enkel einen anständigen Lohn bekommen. Und das ganze Zusatzpaket, das ist alles viel zu undurchsichtig. Wichtig ist doch, daß wir anständig Geld kriegen. Das muß reichen für die Preissteigerungen. Nicht wie in diesem Jahr, da liegen die Preissteigerungen schon über 7 %."

Von den insgesamt neun Rednern, die in der anschließenden freien Diskussion zu Wort kamen, sprachen sich sieben gegen den 6,8-Prozent-Abschluß aus. Nur einer, ein Ford-Vertrauensmann, hatte die Stirn, die 6,8 % als das wirtschaftlich Machbare zu verteidigen.

Auch über den nicht erreichten Wegfall der Lohngruppe 2 gab es Unmut. Anke Fuchs sah das so: *"Gerade im Jahr der Frau ist das schlecht. Ich hätte von Herrn Schleyer, der ja auch im 'Kuratorium für das Jahr der Frau' sitzt, erwartet, daß er etwas mehr für die Frauen tut. Aber das ist nur Dekoration bei ihm."*

Ein Kollege sah die gleiche Sache so: "Immer sind die unteren Lohngruppen benachteiligt. Bei Prozentforderungen wie dieses Jahr geht es ihnen immer schlechter. Wir müssen deshalb auf Mark- und Pfennig-Erhöhungen hinsteuern!"

R., H., Köln

Vor der außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW

Die Anhänger der Unvereinbarkeitsbeschlüsse verlieren an Boden

Die Einberufung der außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW durch Vorstand und Hauptausschuß am 8. März nach Köln ist nirgends auf große Begeisterung gestoßen. Und gegen die Pläne des Vorstandes zur Verschärfung des Ausschlußverfahrens hat sich breit Widerstand geltend gemacht.

In Westberlin hat sich der Landesverband gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen, in Bremen der mit Abstand größte der Ortsvereine. In Nordrhein-Westfalen haben die Verbände in Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Kamen und Köln sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und gegen einzelne Maßnahmen, die daraus resultieren, ausgesprochen. In Hessen, wo neben Frankfurt noch viele andere Verbände in dieser Frage gegen die Vorstandspolitik sind, findet eine Woche nach der außerordentlichen Bundesvertreterversammlung die ordentliche Landesvertreterversammlung statt. Die gleiche Situation besteht in Niedersachsen. Man kann getrost davon ausgehen, daß der Hauptvorstand den außerordentlichen Bundeskongreß bewußt eine Woche vor die schon lange feststehenden ordentlichen Landesvertreterversammlungen gelegt hat, um zu verhindern, daß dort etwa noch Beschlüsse gegen sein Vorgehen zustandekommen können. Immerhin ist der aus Niedersachsen kommende stellvertretende GEW-Vorsitzende Lohmann wegen der Frister-Politik in dieser Frage zurückgetreten. Und in Hamburg wehrt sich der Landesvorstand seit Jahr und Tag mit allen Mitteln dagegen, eine satzungsmäßig zustande gekommene Mitgliederversammlung einzuberufen. So ist in einem groben Überblick die Lage überall in der GEW: Auf der Mitgliederebene verlieren die Anhänger der Unvereinbarkeitsbeschlüsse immer mehr an Boden.

Noch breiter ist der Ärger darüber, daß Vorstand und Hauptausschuß nichts besseres zu tun haben, als der GEW immer wieder Satzungs- und Abgrenzungsdebatten aufzuzwingen, während gleichzeitig die Notwendigkeit und Möglichkeit der Vertretung gewerkschaftlicher Forderungen immer dringlicher und immerbesser wird. Inzwischen hat auch der Vorstand eingesehen, daß man nur zwecks Verschärfung der Ausschlußbestimmungen schlecht eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung einberufen kann. Er hat deshalb im letzten Moment noch den Entwurf zu einer bildungspolitischen Entschließung nachgeschoben.

Die Delegierten sollen durch diese Entschließung den Parlamenten und Regierungen der Bundesrepublik bescheinigen, für eine Verbesserung des Bildungswesens in den letzten Jahren gesorgt zu haben. Das aktuelle Scheitern der Bildungsreformpolitik tut die Entschließung als "vorübergehende Schwierigkeiten" ab.

In den aktuellen Fragen auf Einheit hinarbeiten

Es wird die GEW-Mitglieder wenig trösten, wenn sie erfahren, daß es sich bei ihrer Nichteinstellung in den Schuldienst, beim Versuch zur Verlängerung ihrer Arbeitszeit um vorübergehende Schwierigkeiten handelt. Und ebensowenig wird es die über 200 000 arbeitslosen Jugendlichen trösten, von denen viele hunderttausend keine Ausbildung bekommen, wenn sie erfahren, das Bildungswesen sei erheblich ausgeweitet worden. Sie alle verhalten sich auch keineswegs ruhig, sondern an verschiedenen Stellen haben GEW-Ortsverbände die Initiative ergriffen und in Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit, gegen die Zustände im Schulwesen und gegen die Nichteinstellung von Lehrern gemeinsame Forderungen erhoben. Bekannt geworden ist vor allem das Frankfurter Beispiel, wo 5 000 dem Aufruf zur Demonstration gefolgt sind. In allen diesen Fragen ist der Zwang zur Einheit unter den fortschrittlichen Lehrern und mit der Arbeiterbewegung insgesamt fühlbar. Und wenn bewußt auf die Herstellung der Einheit in aktuellen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes hingearbeitet wird, werden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse wenig ausrichten können.

Ein nützlicher Idiot der GEW Führung

Zum nützlichen Idioten der GEW-Führung hat sich in dieser Lage die Gruppe Rote Fahne (KPD) gemacht. Sie hat sich an die Praxis der Studentenbewegung gegenüber staatlichen und universitären Instanzen erinnert und zu einem Go-in auf der Vertreterversammlung aufgerufen. Die von ihr geführte 'Initiative gegen Berufsverbote' hat einen Aufruf herausgelassen, in dem es heißt: *"Die GEW-Kollegen werden die Abgabe ihres Votums nicht den ihren oftmals unbekannten Delegierten überlassen. Sie werden selbst in den Messehallen in Köln anwesend sein und ihre Meinung vorbringen! Wir fordern alle GEW-Kollegen auf: Kommt am 8. März nach Köln! Stellt die Öffentlichkeit auf dem Bundeskongress her!"* Gleichzeitig verbindet die Gruppe Rote Fahne den Aufruf zum Go-in des Kongresses mit der Aufforderung zum Aufbau eines neuen Verbandes, des "Bundes sozialistischer Lehrer und Erzieher'! Darüber könnte man nun lachen. Aber natürlich hat der GEW-Vorstand mit Wonne die Gelegenheit ergriffen, allen Delegierten eine Kopie des Aufrufs der Gruppe Rote Fahne zuzuschicken. Wir fordern die Gruppe Rote Fahne eindringlich auf, diese Provokation gegenüber dem Gewerkschaftstag zu unterlassen und wir fragen sie, warum sie nicht beim IGM-Gewerkschaftstag auf die Idee gekommen ist, ein Go-in zu veranstalten, obwohl das doch eine wichtigere Gewerkschaft ist und dort die gleichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt worden sind. Notwendig ist es, auf den Wunsch der fortschrittlichen GEW-Mitglieder nach Einheit zu bauen und ihn gegn alle Spaltungsabsichten zu entfalten. Notwendig ist es, hinzuarbeiten auf die gemeinsame Vertretung der Interessen aller Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Und es ist notwendig, weiterzugehen in der Richtung, gemeinsam mit den Industriegewerkschaft die Interessen des arbeitenden Volkes auf einheitliche und gleiche Ausbildung zu verfechten.

–W.M.–
–W.M.–

Betriebsratswahlen

Bei Versicherung

Köln. Bei der R & V Allgemeine Versicherung AG, Köln, beteiligt sich in diesem Jahr die HBV-Betriebsgruppe das erste Mal mit einer eigenen Liste an den Betriebsratswahlen.

Nachdem wir uns auf ein Wahlprogramm geeinigt und unsere Liste zusammengestellt hatten, legten wir unser Programm den Kollegen im Betrieb vor. Die Hauptforderungen richten sich gegen die Auswirkungen der Rationalisierungmaßnahmen, für Umschulung auf Kosten des Betriebes statt Entlassung auf der einen Seite und Verschärfung der Arbeitshetze auf der anderen, für Absicherung der freiwilligen Sonderzahlungen und für eine verbesserte Gleitzeitregelung, für die Übernahme aller Auszubildenden in ein Angestelltenverhältnis und einen besseren Hausunterricht für diese unter Kontrolle des Betriebsrates.

Hatte schon die Aufstellung der Liste und die Auseinandersetzung um das Wahlprogramm das Interesse vieler unorganisierter Kollegen geweckt, konnten wir mit Veröffentlichung des Programms eine breite Diskussion fast im gesamten Betrieb entfachen. Daß wir damit einen richtigen Weg eingeschlagen haben, beweist einmal die Unterschriftensammlung für die Nominierung unserer Liste, wobei fast die Hälfte aller im Innendienst Beschäftigten unterschrieben haben, und zum anderen die Tatsache, daß **wir im Verlauf des Wahlkampfes die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bis** heute verdoppeln konnten.

Da die einzige Gegenliste ohne irgendein Programm und fast nur mit leitenden Innendienst- und Außendienstangestellten besetzt ist – sie wurde von einem Kollegen als "das letzte Aufgabot vergangener Zeiten" bezeichnet – sehen wir im Vertrauen auf die Urteilskraft der Kollegen dem Wahltag und der folgenden Amtsperiode des neuen Betriebsrats optimistisch entgegen.

M., Köln

HBV-Versammlung

Köln. Am Montag, dem 3.3., war eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung.

Es ging um die Tarifverhandlungen für die Versicherungsangestellten. Auf dieser Veranstaltung waren etwa 40 Kollegen. Eine Mindestforderung von 165 DM wurde bei 3 Gegenstimmen beschlossen. Entgegen dem Vorschlag des Hauptvorstandes aus Düsseldorf, der der Tarifkommission vorschlagen wollte, daß es für jede einzelne der 7 verschiedenen Tarifgruppen Forderungen aufgestellt werden. Die anwesenden Kollegen ließen sich auch durch längere Reden des HBV-Funktionärs aus Düsseldorf nicht von den spalterischen Einzelforderungen überzeugen.

Personalversammlung

"Freiwerdende Stellen sofort wieder besetzen! Keine Mehrarbeit!"

Heidelberg. Seit Januar 75 gilt für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg ein Erlaß "zur Einsparung von Personalstellen". Für alle neuen, freien und freiwerdenden Stellen gibt es eine Sperrfrist von sechs Monaten. In dieser Zeit soll eine Dreierkommission prüfen, wo sie Stellen streichen und den übrigen Kollegen noch mehr Arbeit aufbürden kann.

Die Personalversammlung der Universität Heidelberg hat am 26. Februar folgende Resolution ohne Gegenstimmen gegen diese Rationalisierungsmaßnahmen gefaßt:

"Die auf der Personalversammlung vom 26. Februar 1975 versammelten Kollegen sind empört über den Beschluß des Ministerrates, eine Kommission zu bilden, welche bei jeder freien, freiwerdenden und neuen Stelle prüfen soll, ob ihre Besetzung unabdingbar ist. Für die Überprüfung ist eine Frist von sechs Monaten vorgesehen.

Dies bedeutet für viele Kollegen, daß sie einer außerordentlichen Mehrbelastung ausgesetzt werden, da von ihnen erwartet wird, daß sie die Arbeit der freiwerdenden Stellen mit übernehmen. Und dies bei faktisch weniger Lohn, denn der 6-Prozent-Tarifabschluß im öffentlichen Dienst bedeutet für die Mehrheit der Kollegen nichts anderes als Lohnabbau.

Wir fordern deshalb den Personalrat auf, sich ausdrücklich gegen diesen Beschluß auszusprechen. Er soll sich dafür einsetzen, daß freiwerdende Stellen sofort wieder besetzt werden und daß die verbleibenden Kollegen keine Mehrarbeit übernehmen müssen."

Außerdem wurde beschlossen, daß der Personalrat sich gegen den Schieß-Erlaß aussprechen soll. Aufgrund des Erlasses werden alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft. Fortschrittliche und kommunistische Kollegen sollen dabei aus dem öffentlichen Dienst entfernt bzw. nicht eingestellt werden. Der Personalrat soll sich einer Resolution anschließen, die der Personalrat der Universitätskliniken bereits am 2. Oktober 1974 veröffentlicht hat.

Zelle Universität Heidelberg

Spalterischer Postabschluss

Der Abschluß von 6 % und einmal 100 DM im öffentlichen Dienst wurde auch von der Deutschen Postgewerkschaft übernommen. Aber das allein reicht dem Bundespostministerium noch nicht. Es handelte weiter mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und erreichte für die Auszubildenden der Post einen Tarifabschluß, der die schlechte Lage der Arbeiterjugend noch weiter verschlechtert.

Die Auszubildenden, früher schon in erstes, zweites, drittes und viertes Lehrjahr gespalten, werden durch diesen Tarifabschluß von weiter in über und unter 18 Jahre alte und solche, die schon "ausgebildet", und solche, die noch ausgebildet werden sollen, gespalten. Die schon Beschäftigten bekommen

im 1. Lehrjahr 354 DM
im 2. Lehrjahr 402 DM
im 3. Lehrjahr 450 DM
im 4. Lehrjahr 503 DM.

Die neu einzustellenden bekommen
im 1. Lehrjahr 15 DM weniger = 339 DM
im 2. Lehrjahr 10 DM weniger = 392 DM
im 3. Lehrjahr 5 DM weniger = 445 DM
im 4. Lehrjahr 503 DM.

Nur für die schon Beschäftigten, die über 18 Jahre alt sind, gibt es 50 DM mehr. Nur die schon Beschäftigten bekommen einmalig 30 DM mehr. Gleichzeitig wurden die Kosten für die Bewohner der Postwohnheime um 8,33 % erhöht.

Bu., Bremen

IG Druck-Forderungen

Mannheim. Auf der Ortsvereinsversammlung der IG Druck und Papier am 1. März wurde das Tarifkommissionsmitglied und Landesvorsitzender von Baden-Württemberg, Pleithner, scharf wegen Sozialpartnerschaftspolitik angegriffen. Ein Antrag wurde gestellt, in dem die Tarifforderung von 10 % als zu niedrig mißbilligt wurde. Der Antrag wurde mit 18 gegen 12 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Berichtigung zu IG-Druck-Forderungen in KVZ 8, Seite 5

Es heißt nicht: *"Die Drucker in Schöneberg, Kreuzberg und Tempelhof forderten: 'Verbot der Überstunden und strikte Einhaltung des Acht-Stunden-Tages'."* Richtig ist: Die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen Schöneberg, Tempelhof und Kreuzberg haben gefordert: **Sieben-Stunden-Tag** und Verbot der Überstunden. Die strikte Einhaltung des Acht-Stunden-Tages und Verbot der Überstundenarbeit ist im Bereich Steglitz gefordert worden.

Weitere Drucker-Forderungen aus Westberlin:

Die Jugendversammlung der Bundesdruckerei, dem größten Druckbetrieb in Westberlin (3 500 Mann), beschloß am 25. Februar als Lehrlingsforderung: 65 % des Facharbeiterecklohns. Die Forderung wurde an den Landesbezirksvorstand, die Große Tarifkommission und die zentrale Jugendgruppe gesandt und im Betrieb ausgehängt.

Die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Wedding beschloß, 90 Pfennig mehr in der Stunde zu fordern.

Die Kapitalisten plündern die Arbeitslosenversicherung aus

Milliardenbeträge aus den Beiträgen der Lohnabhängigen werden in die Taschen der Kapitalisten gescheffelt

Daß die Arbeitslosenversicherung in der Hand der Kapitalisten ist, zeigt ein Blick auf den Verwaltungsrat und den Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit.

Sowohl im Verwaltungsrat als auch im Vorstand verfügen die in der Arbeitslosenversicherung zusammengefaßten Arbeiter und Angestellten nur über ein Drittel der Sitze. Die absolute Mehrheit, nämlich zwei Drittel der Sitze und Stimmen, wird von den Kapitalisten kontrolliert. (§ 192 Arbeitsförderungsgesetz) Die eine Hälfte davon beherrschen die Kapitalisten direkt. Auf diesen Sesseln sitzen Direktoren, Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte von Siemens, Bayer, Ford, IBM, von Versicherungsgesellschaften und Kapitalistenverbänden. Die andere Häfte der Stimmen kontrollieren die Kapitalisten über die Vertreter des bürgerlichen Staates, über die Ministerialbürokraten, Landesminister und Stadtdirektoren. Dabei sind die Vertreter des bürgerlichen Staates ja nicht nur eifrige Interessenvertreer der Kapitalisten, die sich ständig bemühen, die Profitmöglichkeiten der Kapitalisten zu erweitern, sondern sie sind gleichzeitig auch als "Arbeitgeber" der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten im Lager der Unternehmer.

So befinden sich die Arbeiter und Angestellten, die die Arbeitslosenversicherung brauchen, um der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen entgegenzutreten und die Konkurrenz unter sich zu mildern, in der Situation, daß die Kapitalisten die Arbeitslosenversicherung in der Hand haben. Damit hat sich der Bock zum Gärtner gemacht. Es ist die gleiche Situation, wie wenn eine Diebesbande die Kontrolle über eine Diebstahlversicherung ausüben würde.

Diejenigen, die an der Spitze der Arbeitslosenversicherung stehen, vergrößern selbst tatkräftig das Heer der Arbeitslosen.

Dr. Günter Böhme ist Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit und Vorstand des Aufsichtsrates der Rheinischen Kredit AG und Abteilungsdirektor der Farbenfabriken Bayer AG.

Die Duisburger Kupferhütte der der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) vorsteht, hat 1970 eine Krise der Unternehmens dadurch gelöst, daß die Belegschaft um rund 1 500 auf 2 800 Beschäftigte verringert wurde, "ohne daß die Produktionsleistung davon beeinträchtigt wurde" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.5.1972), d.h. mit der Angst vor Arbeitslosigkeit konnte Herr Dr. Böhme die Arbeitshetze seiner Belegschaft um 38 % steigern.

Herr Dr. Böhme ist auch Direktor der **Farbenfabriken Bayer**. Die Farbenfabriken Bayer haben für 3 000 Beschäftigte der Faserproduktion in Dormargen den Jahresurlaub auf Februar (!) vorgezogen, um Kurzarbeit zu vermeiden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.1.1975) Kollegen, die ihren Sommerurlaub dringend zur Erholung brauchen und vielfach schon Reisen gebucht haben, müssen sich diesen vorgezogenen Urlaub gefallen lassen oder mit ihrer Entlassung rechnen. Gleichzeitig baut Bayer eine neue Glasfaserfabrik für 65 Mio. DM in Antwerpen. Der Gewinn wurde 1974 gegenüber dem Vorjahr um 29,2 % auf 784 Mio. DM gesteigert.

Horst Bergemann ist im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit und stellvertretender Vorstand der Ford-Werke. Die **Ford-Werke** haben inzwischen ihren Personalbestand um 8 000 Beschäftigte abgebaut. Im September 1974 mußten 13 000 Beschäftigte Kurzarbeit leisten, während eine Dividende von 232 Mio. DM für 1973 an die Muttergesellschaft nach Detroit überwiesen wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.7.1974).

Solche Herren kontrollieren die Arbeitslosenversicherung. Entsprechend werden die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung verteilt.

1973 gingen von 6,8 Mrd. DM, die die Bundesanstalt für Arbeit ausgegeben hat, nur 22 % an Arbeitslose (= 1,5 Mrd. DM).

Der weitaus größte Teil ging direkt oder indirekt an die Unternehmer in der Form von Prämien, Strukturmaßnahmen, Kurzarbeitergeld, Förderung der beruflichen Fortbildung von Führungskräften usw..

1974 stiegen die Ausgaben auf über 10 Mrd. DM. Davon wurden aber trotz erheblich gestiegener Arbeitslosenzahlen nur 3,2 Mrd. DM an Arbeitslose gezahlt.

Gleichzeitig stiegen die Ausgaben für Leistungen an Unternehmer "im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik" und "zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen" sowie für Verwaltungsaufgaben von 5,3 auf ca. 7 Mrd. DM Alleine die Bauwirtschaft holte sich über 1,3 Mrd. DM, ohne daß dadurch die Krise der Bauwirtschaft und der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze aufgehalten wurde.

Um noch einige weitere Beispiele zu nennen:

Hans-Heydan von Frankenberg ist Mitglied des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit und unter anderem Generalbevollmächtigter und Direktor der Siemens AG.

Die **Siemens AG** hat im vergangenen Jahr die Belegschaft um ca. 3 000 Beschäftigte abgebaut und für 20 000 Betriebsangehörige Kurzarbeit verhängt (Handelsblatt vom 13.1.1974). Allein im Fertigungsbereich Fernsprechtechnik will Siemens 6 000 Beschäftigte einsparen (Handelsblatt 13.9.1975), während der Konzerngewinn 1974 ca. 552 Mio. DM betrug und die Aktionäre wieder eine Dividende von 16 % erhielten, das sind 226 Mio. DM (Frankfurter Allgemeiner Zeitung vom 11.11.1974).

Die Ausplünderung der Arbeitslosenversicherung durch die Kapitalisten verschaffte der Arbeitslosenversicherung bereits 1974 ein Defizit von über 2,2 Mrd. DM. Da die Reserven fast völlig verbraucht sind, sind jetzt erneut die Beiträge erhöht worden. Falls das nicht ausreicht, zahlt der Bund Zuschüsse aus dem allgemeinen Steueraufkommen. Das heißt, gegenwärtig wird die Arbeitslosenversicherung von den Kapitalisten kontrolliert, ausgeplündert und zur Spaltung der Arbeiterklasse benutzt, während die Lohnabhängigen den Löwenanteil der Einnahmen durch Beiträge oder Steuerzahlungen aufbringen müssen. Die Arbeiterklasse hat aber kein Interesse daran, daß sich diese Versicherung in den Händen der Kapitalisten befindet und die Arbeiter und Angestellten diese Einrichtungen finanzieren.

Die Arbeiterklasse hat sehr wohl ein Interesse an einer Arbeitslosenversicherung, die alle Lohnabhängigen zusammenfaßt, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu mildern und damit der Verschlechterung der Lage aller Arbeiter entgegenzutreten. Daher muß die Arbeitslosenversicherung von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, um zu sichern, daß die Gelder ihrem Zweck zugeführt werden und um zu verhindern, daß die Arbeitslosen gezwungen werden, die Löhne der Beschäftigten zu drücken.

Die Beiträge müssen insgesamt von den Kapitalisten gezahlt werden, damit nicht Auseinandersetzungen um die Erhöhung der Beiträge zur Spaltung der Arbeiterklassen führen.

—M. Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hamburg—

Die Rentenanpassung bringt wenig

Millionen Rentner leben in bitterer Armut

Ende Februar hat der Bundestag das 18. Rentenanpassungsgesetz beschlossen. Nach diesem Gesetz werden die rund 11 Millionen Sozialrentner in der Bundesrepublik vom 1. Juli 1975 an um 11,1 % höhere Renten erhalten, die Unfallrentner vom 1.1.1976 an 11,7 % mehr. Die Altersgelder für Landwirte werden dann ebenfalls um 11,1 % erhöht.

Nach den bestehenden Regelungen richteten sich die Renten bisher nach den durchschnittlichen Löhnen und Gehältern von 1970 bis 1972, jetzt dagegen an denen von 1971 bis 1973. Die Anpassung kommt also mit einer 3-jährigen Verzögerung, anstatt daß die Renten immer sofort an die Lohnentwicklung angeglichen würden.

Mit dieser Regelung, wird aber der Kampf um den Lohn und um die Rente von einander getrennt und der Teil der Arbeiterklasse, der nicht mehr arbeitet von dem arbeitenden abgespalten.

Was bringen nun diese Erhöhungen für die Rentner? Gemessen an den diesjährigen Tarifabschlüssen scheinen die Rentner gut wegzukommen, so jedenfalls die Berichte in der bürgerlichen Presse. Außerdem könne man doch hier sehen, daß es in der Bundesrepublik vorbildliche soziale Leistungen gebe, ein wesentlicher Grund, die herrschenden Verhältnisse verteidigenswert zu finden. Gewiß sind diese 11 % mehr als 6,8 % aber man tut gut daran, sich anzusehen, worauf denn diese 11 % draufgeschlagen werden. Im Juli 1974 beträgt die Durchschnittsrente in der Arbeiterrentenversicherung 484,90 DM, das sind nicht einmal 1/3 vom Nettolohn eines Facharbeiters in der Industrie. 11,1 % dazu sind 538,23 DM, also lumpige 50 DM mehr, die in den meisten Fällen allein schon von der gestiegenen Miete verschlungen werden. Für 1 Million Erwerbsunfähigkeitsrenten kommen zu den 348,80 DM im Durchschnitt jetzt 38,70 DM dazu, bei den 2,8 Mio. Altersruhegeldern vom fünfundsechzigsten Lebensjahr an zu den 540,80 DM 60,02 DM. Die 2,3 Mio. Witwen erhalten jetzt 434,40 DM, also 43,40 DM mehr. Von den 2 Mio. Frauen, die Jahrzehnte im Betrieb geschafft haben, kriegen fast 3/4, weil sie wegen Kinderversorgung nicht länger als 25 bis 30 Jahre im Betrieb waren, bisher Renten unter 250 DM, also jetzt 26 DM dazu.

Man kann sich leicht ausrechnen, daß Millionen Rentner keinerlei Grund haben, über diese Rentenanpassung zu jubeln. Gerade die lebensnotwendigsten Dinge, Wohnung, Gas und Strom, Verkehrstarife, Lebensmittel lassen die "Erhöhungen" schnell ins Nichts zerrinnen, ja viele werden trotz der Anpassung schlechter dastehen, als vor ein, zwei Jahren. Millionen alter Leute können von ihrer Rente nicht leben und sind gezwungen, sich der staatlichen Fürsorge auszuliefern. Da müssen sie dann um jeden Pfennig wie Bettler anstehen. Und reichen tut es für ein menschenwürdiges Leben auch mit der Sozialhilfe nicht.

Zu den Sorgen ums Tagtägliche kommt die Besorgnis um die nächsten Jahre hinzu. Obschon die Beitragssätze für die Lohnabhängigen in den letzten Jahren auf 18 % geklettert sind, sieht es in den Kassen der Rentenversicherung nicht rosig aus. Einerseits macht die Arbeitshetze und die Akkordschinderei die Werktätigen immer früher kaputt, so daß sie aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, andererseits sind durch die vielen Arbeitslosen jetzt auch größere Beitragsausfälle für die nächste Zeit zu erwarten. Hinzu kommt, daß die Staatskasse sich schon 1974 600 Mio. hat stunden lassen, die sie nach dem Gesetz eigentlich hätte zuschießen müssen. Deshalb spricht die Stuttgarter Zeitung vom 28.2. von "Sorgen", die man sich um die "Weitere Entwicklung der Rentenversicherung" machen müsse.

Wo die bürgerliche Presse solche "Sorgen" von sich gibt, sind Pläne nicht weit weg, demnächst an die Leistungen für die Rentner Hand anzulegen und auch hier die Arbeiterklasse anzugreifen.

—hv—



Die Eltern überbringen ihre Resolution

'Essgewohnheit ändern'

Das war der Vorschlag des Kapitalistenvertreters

München. "Bei uns am Hasenbergl sind rund 30 % der Jugendlichen arbeitslos. Es sind vor allem Jugendliche, deren Eltern zu den Ärmsten gehören. Im Freizeitheim müssen wir uns um die Jugendlichen kümmern. Was wir machen können, ist Beschäftigungstherapie. Aber das ändert auch nichts daran, daß die Kriminalität unter den arbeitslosen Jugendlichen weiter um sich greift."

So beschrieb ein Freizeitheimleiter die Lage arbeitsloser Jugendlicher auf einer Veranstaltung des Jugendinformationszentrums. Thema war die Jugendarbeitslosigkeit. Angesetzt war eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Gewerkschaft, der Industrie- und Handelskammer, des Arbeitsamtes, des Kreisjugendringes und anderen. Sehr schnell verlagerte sich die Diskussion vom Podium zu den 50 anwesenden Teilnehmern, hauptsächlich Sozialarbeitern und jüngeren Arbeitern.

Auf die Frage "Wie soll ein arbeitsloser Jugendlicher mit 100 DM Arbeitslosengeld leben?" antwortete ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer: "Ja, was weiß ich. Dann muß man eben seine Eßgewohnheiten ändern."

Von diesem Zeitpunkt an war für ihn die Diskussion gestorben. Jeder weitere Beitrag von ihm wurde mit Zischen bedacht. Breite Unterstützung fand der Beitrag eines gewerkschaftlichen Jugendvertrauensmannes:

"Wenn die arbeitslosen Jugendlichen mit ihrem Arbeitslosengeld nicht leben können, dann müssen sie zusammen mit ihren älteren Kollegen für ein Arbeitslosengeld kämpfen, von dem sie leben können. Außerdem haben bisher arbeitslose Jugendliche keine Möglichkeit, eine Berufsausbildung zu erhalten. Deswegen brauchen sie das Recht, eine Facharbeiterklasse ihrer Wahl in den Berufsschulen zu besuchen und in dem Umfang Unterricht zu erhalten, mit dem sie die Facharbeiterprüfung ablegen können."

Zum Schluß wurde eine Resolution von den anwesenden Teilnehmern verabschiedet, die die Forderungen des Jugendvertrauensmannes aufgriff. Sie wurde an die örtliche Presse und an den Kreisvorstand des DGB geschickt mit der Bitte, sie an die Einzelgewerkschaften, die Jugendausschüsse und die Vertrauensleutekörper weiterzuleiten.

—h.—

Betriebskindergarten verteidigt

Heidelberg. An vielen Krankenhäusern wird von den Kollegen die Forderung nach einem Betriebskindergarten erhoben. In Heidelberg war unter dem Druck der Kollegen 1971 ein Kindergarten durchgesetzt worden. Jetzt sollte er wieder geschlossen werden. Die Eltern nahmen das nicht hin.

Am Montag, dem 24. Februar, demonstrierten etwa 30 Eltern mit ihren Kindern gegen die ersatzlose Schließung des Kindergartens der Uniklinik.

Der Kindergarten, der allerdings viel zu klein war und nur für die Kinder des Pflegepersonals da war, soll jetzt einem Dialysezentrum weichen. Er soll bis zum 31. März geschlossen werden. Den 8 Säuglingen wurden die Plätze schon für den 28. Februar gekündigt.

Daraufhin ergriffen die Eltern die Initiative. Auf einer Elternversammlung am 20. Februar verabschiedeten sie eine Resolution, in der sie die Klinikverwaltung aufforderten, sofort Räume für die 8 Säuglinge anzumieten und sofort mit dem Bau einer Baracke in Schnellbauweise, die vorübergehend als Kindergarten dienen soll, zu beginnen. Keine Schließung des Kindergartens, bis dies nicht erfüllt ist. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, um zu verhindern, daß diese im Papierkorb landen, beschlossen sie, die Resolution gemeinsam mit ihren Kindern auf der Verwaltung abzugeben.

Am Morgen des 24. Februar um 8 Uhr erschienen wie ausgemacht etwa 30 Eltern mit ihren Kindern beim zuständigen Verwaltungschef. Dieser war über diese Aktion sichtlich überrascht und versuchte sich durch allgemeines Geschwätz über Wasser zu halten, bis der eilig herbeigerufene Kanzler der Universität eintraf. Bis dahin hielt er daran fest, daß an der Kündigung der 8 Säuglinge nichts zu ändern ist. Nachdem der Kanzler eingetroffen war, zogen sich die Herren zu einer Beratung zurück. Jetzt plötzlich zeigten sie sich kompromißbereit: denn den Eltern wurde mitgeteilt, daß die 8 Säuglinge noch etwa 5 Wochen im alten Kindergarten bleiben können. In der Zwischenzeit sollen andere Räume im Klinikum zur Verfügung gestellt werden, bis der Neubau in Schnellbauweise erstellt ist. Dieser Gesinnungswandel kam nicht von ungefähr: Die Verantwortlichen sahen, daß es den Eltern ernst ist, und mußten ihren Forderungen nachgeben.

Die Aufgabe der Eltern ist es jetzt, zu kontrollieren, daß diese Zusagen in die Tat umgesetzt werden. Diese Aktion hat den Kollegen gezeigt, daß man Erfolge erzielen kann, wenn man sich zusammenschließt. Diese Erkenntnis werden die Kollegen zu nutzen wissen.

Zelle Uniklinik Heidelberg

Zum internationalen Frauentag am 8. März:

Das Beispiel der chinesischen Frauen ermutigt die Frauen in der ganzen Welt

In der März-Nummer 1975 der chinesischen Zeitschrift "China Reconstructs" sind unter dem Titel "Die Vorherrschaft der Männer brechen" mehrere Berichte von chinesischen Frauen erschienen, die deutlich machen, "wie Millionen von Arbeiterinnen mit den alten Vorstellungen brechen" und durch ihre Kritik zur Revolution und zum Aufbau des Sozialismus beitragen.

In einer Vorbemerkung der Redaktion der Zeitschrift heißt es:

"Ein Aspekt der gegenwärtigen Bewegung zur Kritik an Konfuzius und Lin Biao ist, daß die ideologische Revolution vorangetrieben werden muß, damit sich die Frauen vollständig emanzipieren können. Denn die arbeitenden chinesischen Frauen litten am meisten unter den Doktrinen von Konfuzius und seinem Nachfolger Menzius.

Die reaktionären Gebote von der "männlichen Überlegenheit" wurden von Konfuzius und seinen Nachfolgern ausgetüftelt und hielten den Verstand der Frauen für mehr als zwei Jahrhunderte gefangen. Seit der Errichtung des Sozialismus in China 1949 haben die Frauen auf der politischen, ökonomischen und kulturellen Ebene wichtige Erfolge erzielt. Aber der verderbliche Einfluß der Lehre von der "männlichen Überlegenheit" ist in den Köpfen des Volkes immer noch nicht ausgerottet. Lin Biao und andere Wegbereiter des Kapitalismus, die sich in die Kommunistische Partei Chinas eingeschlichen hatten, versuchten erneut, die Frauen mit den falschen Lehren von Konfuzius und Menzius zu binden.

Wir drucken hier den zweiten der Berichte in einer von einer Genossin erstellten Übersetzung ab.



Die Autorin bei der Arbeit mit dem beweglichen Stuhl

Bewegliche Stühle für Spinnereiarbeiter

Von Hu Chin, Arbeiterin in der Baumwollspinnerei Nr. 1 in Peking

Eines Tages im Dezember 1973 kam der Werkstattleiter zu mir und zwei anderen jungen Arbeiterinnen und teilte uns mit, daß beschlossen worden ist, in der Spinnerei mobile Stühle zu installieren, so daß die Arbeiter während der Arbeit sitzen könnten. Diese Stühle sollten in unserer Fabrik montiert werden, und das Parteikomitee der Fabrik hatte beschlossen, daß wir drei zu denen gehören sollten, die diese Arbeit verrichten sollten. Das sei eine große Herausforderung, sagte er, denn wir müßten diese Tätigkeit in sehr kurzer Zeit lernen, aber er war sicher, daß wir es schaffen würden.

Sprachlos vor Freude schauten wir uns an. Denn schon seit meinem Mittelschulabschluß als Spinnerin 1968 hörte ich immer wieder von den älteren Kollegen, daß sie sich nichts sehnlicher wünschten, als die Maschinen zu bedienen ohne so viel laufen zu müssen. Ein Arbeiter in einer Spinnerei läuft etwa 15 Kilometer am Tag rund um die Maschine, um gerissene Fäden zu knüpfen, und um die Spinnrahmen von den Baumwollabfällen zu säubern. Siebeneinhalb Stunden am Tag reichen aus, um jeden zu ermüden.

An mobile Stühle hatten wir zum ersten Mal im Juni 1973 gedacht, als nämlich das Parteikomitee der Fabrik dazu aufgerufen hat, technische Verbesserungsvorschläge zu machen und die über 20 Jahre alte Fabrik zu modernisieren. Wir hatten davon gehört, daß sie in einigen Baumwollspinnereien in Shanghai versuchsweise solche Stühle herstellten, und so bildeten wir ein Kooperationsteam, um an diesem Problem zu arbeiten. Verschiedene erfahrene Handwerker bildeten die Hauptkraft, außerdem waren einige Techniker und Werkstattleiter dabei.

Wer soll den Stuhl bauen?

Nach vielen Versuchen bauten sie einen Musterstuhl zusammen, der auf sicheren, mit Wechselstrom niedriger Spannung gespeisten Doppelschienen lief. Die Geschwindigkeit konnte mit einem Fußpedal geregelt werden. Der Stuhl war ausgerüstet mit einer kombinierten Blase-Saugvorrichtung, um die Baumwollabfälle vom Spinnrahmen zu entfernen. Weiterhin gab es eine elektrische Vorrichtung, um die Spindeln aus dem Spinnrahmen zu heben. Der Drehstuhl war in der Höhe verstellbar. Dieser Stuhl nahm den Armen und Beinen eine Menge Arbeit ab. Wir wünschten, diese Stühle wären schon vor langer Zeit in unserer Werkstatt installiert gewesen.

Doch die Reparaturwerkstatt der Baumwollspinnerei arbeitete gerade an einer elektronischen Zusatzeinrichtung, die für die Produktion von noch größerer Bedeutung war, und sie sagten uns, es könne noch mehrere Jahre dauern, bevor sie die Stühle bauen könnten. Nach anderen Fabriken zu suchen, die in der Lage wären, sie zu bauen, würde ebenfalls zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Das Parteikomitee der Fabrik beschloß daraufhin, die Arbeiter der Fabrik zu mobilisieren, um das Problem selbst zu lösen.

75 % der Arbeiter in unserer Fabrik sind Frauen. Ich war ehrlich froh, etwas dazu beitragen zu können, ihre Arbeit zu erleichtern, und auch neue Fertigkeiten zu lernen.

Aber ich war auch ein bißchen beklommen wegen dieser Arbeit, denn ich hatte keinen blassen Schimmer von technischen Dingen.

Ich hörte davon, daß einige Handwerker Zweifel darüber geäußert haben, ob weibliche Spinnereiarbeiter überhaupt diese Arbeit verrichten könnten. Sie dachten, wir könnten nur gerissene Fäden knüpfen. Sie sagten, wir seinen zu ungeschickt, seien nicht kräftig genug und könnten nicht einmal ein gerades Loch bohren. "Besser machen das gleich erfahrene Männer, sonst können wir alles nochmal machen!" sagten sie. Das half uns nicht über unsere Beklommenheit hinweg.

Am Anfang stießen wir auf eine Menge Schwierigkeiten, z. B. bei der Montage des Fahrgestells: Ich machte es genauso schnell, wie es der Meister vorgemacht hatte, aber die Räder wollten sich einfach nicht drehen. Immer wieder baute ich sie ab und dann wieder an, aber immer bewegten sie sich noch nicht frei. Als wir zum ersten Mal Rundstahl sägten, zerbrachen wir einen ganzen Monatsvorrat an Sägeblättern innerhalb von fünf Minuten. Es kostete unser letztes bißchen Kraft, um die Schrauben fest anzuziehen, aber wenn zufällig ein Handwerker vorbeikam, konnte er immer noch eine halbe Umdrehung hinzugeben. "Ich muß schon sagen, ihr seid ganz hübsch kräftig – aber mit Männern könnt ihr euch nicht vergleichen," kommentierte ein junger Arbeiter diesen Vorgang.

"Gib uns nur noch etwas Zeit!" antwortete ich, aber meine Worte konnten nicht einmal mich überzeugen.



Gemeinsam mit dem Werkmeister überlegen die Spinnereiarbeiterinnen, wie der bewegliche Stuhl verbessert werden kann.

Lernen aus der Praxis

Einen Ausweg sah ich erst, als wir in unseren regelmäßigen Zusammenkünften nach der Schicht damit anfingen, den "Klassiker für Frauen", ein über tausend Jahre altes Erziehungswerk, vollgepropft mit den reaktionären Ideen von Konfuzius und Menzius von der Überlegenheit des Mannes, zu kritisieren. In diesem Buch wurden Sachen verkündet wie: "Ein Mangel an Anlage ist die Tugend der Frau", "Die Anlage der Frau besteht darin, auf niemanden und nichts neidisch zu sein." Es wurde die Lehre verbreitet, daß, wenn eine Frau "gutmütig und tugendhaft ist, sie das Schmuckstück des Hauses darstellt." Frauen sollten bescheiden und unterwürfig sein, genauso, "wie man von Hennen nicht erwartet, daß sie den Morgen mit ihrem Gegacker ankündigen". Der alte Aberglauben besagt, daß Hennengegacker am Morgen Unglück bringt.

Wir erfuhren, daß dies die Methode der reaktionären herrschenden Klasse war, um die Frau an den kleinen Kreis der Familie zu fesseln, wo sie dumm gehalten wurde, damit sie nicht aufstehe und gegen das reaktionäre Regime rebelliere.

Liu Shao-Shi und Lin Biao, zwei Wegbereiter des Kapitalismus, haben ebenfalls behauptet, daß Frauen rückschrittlich seien und sich ihren Ehemännern unterwerfen sollten, um uns zu hindern, eine größere Rolle in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau zu spielen.

Die Kritik an diesen feudalen Ideen macht uns klar, daß wir Spinnereiarbeiterinnen nicht etwa deswegen von Technik nichts verstanden, weil wir dumm geboren waren, sondern allein deswegen, weil wir noch keine Erfahrungen auf diesem Gebiet hatten. Der Versammlungsleiter erklärte, daß wir die zerbrochenen Sägeblätter nicht als Vergeudung ansehen sollten, sondern als einen notwendigen Preis zur Erlernung neuer Fähigkeiten. "Ihr lernt durch die Praxis," sagte ein Meister zu uns. "Wir haben alle die gleichen Schwierigkeiten, wenn wir an der Werkbank arbeiten lernen." Die Meister und Techniker gaben uns Unterricht und nahmen an unseren Kritikversammlungen teil, wo wir die Lehre von Konfuzius kritisierten, daß einige Menschen schon schlau auf die Welt kommen, und die Theorie von Lin Biao über die Genialität, welche besagt, daß Genies geboren werden müssen. Das bestärkte unser Vertrauen, daß wir durch die Praxis lernen können.

Nach sechs Monaten Arbeit hatten wir mehr Kraft in den Armen, und wir konnten nicht nur mechanische Arbeit verrichten, sondern auch spritzen und schweißen. In unserer Freizeit studierten wir Fachbücher über Maschinenbau und verwandte Gebiete. Schließlich erfanden wir sogar eine neue Methode um Schrauben zu sichern.

Am Anfang unserer Arbeit schaffte die ganze Gruppe nur acht Stühle pro Monat. Dann wurden die anderen zu neuen Aufgaben gerufen, und wir drei Arbeiterinnen machten allein weiter. Wir brauchten ganze drei Monate, um die restlichen 50 Stühle zu montieren.

Als der Werkstattmeister sie besichtigte, sagte er: "Ihr habt eine gute Arbeit geleistet!"

Der Paragraf 218 muß weg! Das Volk selber soll entscheiden!

Seit Jahrzehnten kämpft die Arbeiterbewegung für die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218. In den letzten Jahren hat sich erneut eine breite Bewegung gegen den Paragraphen 218 herausgebildet. Diese Bewegung stand noch weitgehend unter Führung der Sozialdemokratie, und die Sozialdemokratie war es, die dieser Bewegung auch zunächst die Spitze brach. Sie lenkte sie auf die "Fristenlösung". Danach sollte zwar die Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft straffrei bleiben, die Entscheidung sollte aber bürokratisch bevormundet werden und der Fuchtel des Staates und bürokratischen Schikanen unterworfen bleiben. Abtreibungen nach dem dritten Monat sollten nach wie vor dem Strafgesetz unterworfen bleiben. Die "Fristenlösung" ist eine irreführende Forderung und verwischt die grundsätzliche Frage, um die es im Kampf gegen den Paragraphen 218 geht: Soll die Abtreibung, zu der oft Angehörige des Volkes oft und ausschließlich durch die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse gezwungen sind, ein Straftatbestand bleiben? Sollen diejenigen, die durch die herrschenden Verhältnisse zu Abtreibungen gezwungen werden, vom bürgerlichen Staat auch noch verfolgt werden, also gerade von dem Unterdrückungsapparat, der die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse mit Gewalt schützt und aufrechterhält? Mit ihrer "Fristenlösung" hat die SPD diese grundsätzliche Frage verwischt. Sie hat die Bewegung gegen den § 218 auf die Staatsfrömmigkeit und Staatsgläubigkeit einzuschwören versucht. Sie hat, da sie teilweise Erfolg hatte, die Bewegung gespalten und dadurch geschwächt. Das war ihre Aufgabe im Dienste der Bourgeoisie.

Die Fristenlösung hat im Parlament eine Mehrheit gefunden. Nachdem es der SPD gelungen war, der Bewegung gegen den Paragraphen 218 ihren gegen den bürgerlichen Staatsapparat gerichteten, demokratischen Stachel teilweise zu ziehen, haben sie große Teile der Bewegung gegen den § 218 mit der Entscheidung des Parlaments abgefunden und die Bewegung war vorübergehend eingeschlafen.

Aus diesem Schlaf aufgeschreckt worden ist die Bewegung durch das Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts, das die Fristenlösung ablehnte. Das Verfassungsgericht will die Unterbrechung der Schwangerschaft grundsätzlich und uneingeschränkt als Sache des Strafgesetzbuches und der Strafverfolgung behandelt wissen. Dazu dient das Schlagwort vom "Schutz des Lebens". Die Strafandrohung gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft ist ein Knüppel gegen das Volk und insbesondere gegen die Frauen aus der Arbeiterklasse und den armen Schichten. Der bürgerliche Staat will diesen Knüppel in der Hand behalten.

Die Empörung über das Urteil und die zahlreichen und großen Demonstrationen dagegen zeigen die Stärke der Bewegung gegen den § 218. Diese Stärke erklärt sich aus der Tatsache, daß ein großer Teil des Volkes weiß, welches Elend und welche Würdelosigkeit dieser Unterdrückungsparagraph mit sich bringt. Es weiß, daß es schon schlimm genug ist, wenn man durch die Verhältnisse zu einer Abtreibung gezwungen ist und daß man auf keinen Fall hinnehmen darf, daß dafür auch noch Strafe droht. Es weiß, daß dieser Paragraph nicht nur das Leben von Kurpfuschern schützt und ihre Raffgier, daß er die Frauen der entwürdigenden Behandlung durch Ärzte ausliefert, die die Illegalität der Abtreibung ausnutzen.

Bei den Demonstrationen gegen das Urteil hat sich aber auch gezeigt, daß die Bewegung gegen den § 218 nach wie vor gespalten ist und von neuen Spaltungen bedroht wird. Die SPD versucht nach wie vor die Fristenlösung als "ideale Lösung" zu verkaufen. Gleichzeitig stellt sie mit Bedauern fest, daß diese ideale Lösung jetzt leider nicht mehr verwirklicht werden kann. Sie versucht den Widerstand gegen das Urteil aufzufangen und die ganze Bewegung auf ein weiteres parlamentarisches Manöver ihrer Partei auszurichten. Dabei wird sie von der Gewerkschaftsführung unterstützt.

Demgegenüber müssen wir festhalten, daß die Ausrichtung des Kampfes gegen den § 218 auf die Fristenregelung die Bewegung gespalten hat und damit dazu beigetragen hat, daß das Verfassungsgericht überhaupt sein Urteil wagen konnte. Da die Fristenregelung die prinzipielle Frage – die Schwangerschaftsunterbrechung darf kein Straftatbestand sein – verwischt hat, hat sie auch der Bewegung viel von ihrer Kraft genommen. Die DKP hat dazu das ihre beigetragen, indem sie neben der SPD zum Hauptverfechter der Fristenregelung wurde.

Notwendig ist es also, daß sich die Bewegung gegen den Paragraphen 218 auf die grundsätzliche Frage ausrichtet und eine einfache und prinzipiell formulierte Forderung einheitlich erhebt. Diese Forderung kann nur sein: Ersatzlose Streichung des Paragraphen 218.

Das aber reicht allein nicht aus. Die Bourgeoisie hat die Reform des § 218 zuerst jahrelang in ihrem Parlament hin- und hergewälzt. Als das Parlament sich schließlich für die Fristenregelung entschied, hat ein anderer Zweig des Staatsapparates, das Verfassungsgericht, selbst noch diese Regelung abgelehnt, obwohl sie nichts grundsätzliches geändert hätte. Damit hat das Verfassungsgericht das Gesetz wieder an den Bundestag zurückverwiesen, der selbstverständlich jetzt eine Regelung festlegen wird, die sich kaum vom alten § 218 unterscheidet.

Wer jetzt den Kampf gegen den Paragraphen 218 fortsetzen will, der kann sich nicht damit begnügen, die Forderung der ersatzlosen Streichung gegenüber dem bürgerlichen Parlament zu erheben, sondern muß die Demokratie gegenüber dem ganzen bürgerlichen Staatsapparat zur Geltung bringen. Soll sich die Bewegung gegen den Paragraphen 218 nicht im Sand verlaufen und will sie sich nicht einfach dem bürgerlichen Staatsapparat unterwerfen, dann muß sie sich unter folgenden Forderungen zusammenschließen:

Weg mit dem Paragraphen 218!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

Diese Forderungen ergeben sich aus den Erfahrungen der Bewegung gegen den § 218 mit dem bürgerlichen Staatsapparat mit zwingender Logik. Sie ergeben sich aus den Notwendigkeiten des Kampfes für die Streichung des Paragraphen 218, der die Volksmassen zwingt, gegen den bürgerlichen Staatsapparat die Fahne der Demokratie aufzugreifen, wenn der Kampf nicht ergebnislos eingestellt werden soll.

Die Stoßrichtung dieser Forderungen ist richtig. Die Frage ist, ob es die Kräfteverhältnisse erlauben, diese Forderungen zu erheben. Da werden viele sagen: Die Kräfteverhältnisse erlauben das nicht: Wir werden den ganzen bürgerlichen Staatsapparat gegen uns haben! Die Führungen der bürgerlichen Parteien, auch der SPD und der DKP, werden alle gegen uns sein, und unter diesen Bedingungen werden wir die Gegner des Paragraphen 218 nicht zusammenschließen können.

Richtig ist, daß der ganze bürgerliche Staatsapparat gegen diese Forderungen sein wird, denn er beruht gerade darauf, daß das Volk nicht entscheidet. Richtig ist, daß die Führungen der bürgerlichen Parteien gegen diese Forderungen sein werden, einschließlich der Führungen der SPD und der DKP. Wir werden alle Kräfte gegen uns haben, denen die herrschenden Verhältnisse passen und die den bürgerlichen Staatsapparat als Schutzapparat dieser Verhältnisse brauchen. Das wird auch zunächst viele fernhalten, deren Interessen ganz klar in diesen Forderungen zum Ausdruck gebracht werden. Insofern sind die Kräfteverhältnisse schlecht. Die Frage ist aber, ob unter diesen Forderungen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und des Volkes geändert werden können, ob sie die Stoßrichtung angeben, die der Kampf gegen den Paragraphen 218 unvermeidlich annehmen muß, wenn er unter den jetzigen Bedingungen weitergeführt werden soll. Und weitergeführt werden muß er, denn die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes machen diesen Kampf notwendig.

Das bürgerliche Parlament wird sich erneut mit dem Paragraphen 218 befassen und wird vielleicht diese oder jene Schönheitskorrektur an diesem Unterdrückungsparagraphen vornehmen. Die Sache ist für das Parlament mit dem Karlsruher Urteil jedoch gelaufen. Nicht gelaufen ist die Sache für das Volk. Das Volk wird aber gegenüber dem Parlament und dem bürgerlichen Staatsapparat zur Passivität verurteilt bleiben, wenn es diesem Staatsapparat gegenüber nicht das Recht auf eigene Entscheidung einfordert und wenn es nicht für dieses Recht gegen den bürgerlichen Staatsapparat kämpft.

Ohne klare politische Stoßrichtung würde die Bewegung gegen den § 218 notwendig in die Krise geraten. Auf der einen Seite werden verschiedene Frauengruppen auf die Fortsetzung des politischen Kampfes verzichten und zu reinen Selbsthilfeorganisationen verkommen. Auf der anderen Seite werden die verschiedenen politischen Organisationen über die Propaganda nicht hinauskommen. Die Bewegung gegen den § 218 wird ohne Führung und klare Stoßrichtung im Sande verlaufen. Das will die Bourgeoisie. Wir wollen das nicht.

Welchen Vorschlag machen wir also der Bewegung gegen den Paragraphen 218? Wir schlagen vor:

Einigung auf die Forderungen: "**Weg mit dem Paragraphen 218! Das Volk selber muß entscheiden! Volksentscheid gegen den Paragraphen 218!**"

Unter diesen Forderungen muß die Agitation entfaltet werden, um zum Zeitpunkt der neuerlichen Beratung des Paragraphen im Parlament die Kräfte in einer zentralen Demonstration zusammenzufassen und diese Forderungen gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu erheben. Diese Demonstration muß in Bonn stattfinden.

Ein Schritt in der Entfaltung dieser Agitation müssen die Mai-Demonstrationen sein, denn der Kampf gegen den § 218 und für Demokratie ist eine Sache der Arbeiterklasse, und sie muß dem Volk in diesem Kampf voranschreiten.

Mittel zur Entfaltung dieser Agitation **können** sein:

Komitees, die sich örtlich auf Grundlage der genannten Forderungen bilden und die sich so bald wie möglich zentral vereinheitlichen und zusammenschließen. Dann zu einem späteren Zeitpunkt eine Unterschriftensammlung für die genannten Forderungen, einheitlich und bundesweit.

Wir machen diesen Vorschlag in unserem Zentralorgan und fordern unsere Leser auf, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Insbesondere fordern wir alle Komitees und Organisationen, die gewillt sind, den Kampf gegen den Paragraphen 218 weiterzuführen, auf, zu unserem Vorschlag Stellung zu nehmen. Wenn es gelingt, sich in der Sache und in der Stoßrichtung des weiteren Kampfes einig zu werden, dann wird es auch möglich sein, diesen Kampf gemeinsam zu organisieren.

Mannheim, den 4. März

Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland



Demonstration in Bonn



1 800 in Kassel

218 ist ein Paragraf, der immer nur die Armen straft

In den letzten Tagen haben erneut über 10 000 Menschen gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und gegen den § 218 demonstriert und damit gezeigt, das mit dem Spruch von Karlsruhe für die Volksmassen der Widerstand gegen den niederträchtigen Paragraphen nur neue Nahrung bekommen hat. Die Ortsgruppen und die Ortsaufbaugruppen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und die mit ihm sympathisierenden Gruppen sind darüber hinaus in zahlreichen Städten mit Standagitation und Veranstaltungen dafür eingetreten, den Kampf gegen den § 218 neu zu organisieren und voranzutreiben.

Westberlin. Nachdem bereits am Mittwoch, den 26.2., ca. 1 500 Menschen unter der Losung: "Ersatzlose Streichung des § 218" demonstriert hatten, strömten am Samstag, den 1.3., erneut rund 5 000 Menschen unter der gleichen Losung in der Innenstadt zusammen. Die Polizei hatte die Demonstration verboten, "weil sie zu viele Polizeikräfte binde", die im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung gebraucht würden.

Mehrere Male versuchte die Polizei, die Demonstration zu zerschlagen. Das gelang aber nicht, weil die Demonstration unter den tausenden, die wegen des langen Samstags in der Innenstadt waren, viel Sympathie fand, während das Vorgehen der Polizei nur immer wieder auf Empörung stieß.

In vielen kleinen Diskussionsgruppen wurde das Urteil des Verfassungsgerichtes debattiert. Die Polizei knüppelte wahllos herum, aber die "Teilnehmer an der verbotenen Demonstration" und die mitdiskutierenden Leute waren nicht zu unterscheiden, so daß die Polizei nur Empörung auf sich zog, aber ihr Ziel nicht erreichte. Die Demonstration ist ein Beweis dafür, daß sich die Volksmassen durch die Lorenz-Entführung keineswegs davon abbringen lassen, sich gegen das niederträchtige Urteil der Karlsruher Richter zur Wehr zu setzen und ihre Forderungen zu vertreten.

Karlsruhe. Nach einer Reihe von Demonstrationen seit dem Tag der Urteilsverkündung kam es am Samstag zur bisher größten Demonstration gegen den § 218 in Karlsruhe, 1 800 Menschen nahmen daran teil. Aufgerufen hatten dazu mehrere Frauengruppen aus Südwestdeutschland sowie verschiedene politische Organisationen, darunter die Ortsaufbaugruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in Karlsruhe.

Eine Aktionseinheit auf der Basis einer politischen Plattform war leider am Widerstand der Frauengruppen gescheitert, die darin von der Gruppe Rote Fahne (KPD) unterstützt worden waren. Unter der Losung "Weg mit dem § 218" konnte die Ortsgruppe etwa 200 Demonstranten zusammenfassen.

Kassel. Über 1 800 Menschen demonstrierten am Mittwoch, den 26.2., in Kassel gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und den § 218. Aufgerufen hatte die "Initiative 218", zu der sich insgesamt 17 Organisationen, darunter die Jungsozialisten, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, der AStA der Gesamthochschule, Frauengruppen, das Sozialistische Büro, die DKP und der MSB Spartakus und die Ortsgruppe Kassel des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sowie der Kommunistischen Studentenbundes, zusammengeschlossen hatten.

Göttingen. 1 000 Menschen zogen am 27.2. durch die Innenstadt unter der Parole "Weg mit dem § 218-Urteil", "Weg mit dem § 218". Der Vorschlag zur Demonstration war von der "Initiative für die ersatzlose Streichung des § 218" ausgegangen und von der Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, ihren Massenorganisationen und einigen fortschrittlichen Organisationen unterstützt worden. Die Jungsozialisten hatten ihre Zusage mit der Begründung zurückgezogen, man müsse jetzt für die Fristenlösung eintreten.

Bonn. 800 Menschen beteiligten sich am 1.3. an einer Demonstration gegen das Urteil der Verfassungsrichter und für die Abschaffung des § 218. Frauengruppen aus ganz Nordrhein-Westfalen beteiligten sich. Die Sympathisantengruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hatte zusammen mit der Kommunistischen Studentengruppe am Ort mobilisiert. "§ 218 muß fallen – wir kämpfen weiter, Frauen und Männer, kämpft gemeinsam für eure Rechte – weg mit dem § 218" waren u. a. die Parolen. Auch gegen das Verbot der Westberliner Demonstration wurde protestiert.

Initiative für eine Demonstration am 8. März

Frankfurt. Bis Dienstag haben über 1 000 Menschen einen Aufruf zur Durchführung einer Demonstration am 8. März gegen den § 218 unterschrieben. Kollegen aus der ÖTV und der GEW hatten die Initiative ergriffen und unterstützt durch den KBW in den Betrieben und Gewerkschaften, in den Schulen und auf der Straße Unterschriften gesammelt und zur Demonstration mobilisiert. Gleichzeitig wurden alle politischen Parteien und Gruppen aufgefordert, eine Aktionseinheit für die ersatzlose Streichung des § 218 zu schließen. In den Gewerkschaften liegen bereits Beschlüsse vor, die den DGB zur Teilnahme an der Protestaktion auffordern. So die Jahresmitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), die Betriebsgruppe Kinderkrankenhaus und die Vertrauensleute des Uni-Kernbereichs der ÖTV. Zahlreiche Kollegen aus anderen Gewerkschaften, die Mehrheit der Mitglieder des Orts-jugendausschusses der IG Metall sowie Mitglieder des Stadtschülerrats und andere treten für den Aufruf ein. Am kommenden Samstag wird unter den Losungen **Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Ersatzlose Streichung des § 218!** in Frankfurt demonstriert.

Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!

Den Bauern geht es um ihre Existenz, dem Staat um mehr als nur ein KKW

Wyhl. Seit dem Abzug der Polizei und der Verschiebung des Baubeginns für das Kernkraftwerk durch die Landesregierung dauert die Besetzung des Bauplatzes an.
Ministerpräsident Filbinger, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des Badenwerkes ist, hat vor der Kampfentschlossenheit der Bevölkerung einen Rückzieher machen müssen.

Was er damit zugleich im Sinn hat, zeigt die folgende Erklärung:

"Wir verschieben den Baubeginn in Wyhl um vier Wochen, um die besonneren Teile der Bevölkerung von den Extremisten zu trennen. Die Kommunisten versuchen in Wyhl ihr Süppchen zu kochen. Wir reichen den Bürgern die Hände und geben ihnen Gelegenheit, sich von den linksextremistischen Kreisen zu distanzieren. Wir fordern die Bevölkerung auf, den rechtswidrig besetzten Bauplatz freiwillig zu räumen."

So Filbinger am Mittwoch. Eine Woche Bedenkzeit ist jetzt bereits abgelaufen, und die Bevölkerung hat sie gut bedacht:
Ab Sonntag morgen zog ein unübersehbarer Strom von Menschen auf den besetzten Bauplatz. Kollegen aus vielen Betrieben in Freiburg, Emmendingen und Umgebung hatten sich zusammengetan, um zum Platz zu fahren. Arbeiter und Bauern aus dem Elsaß waren gekommen, Kernkraftwerksgegner aus anderen Städten drückten mit Plakaten ihre Unterstützung des gerechten Kampfes in Wyhl aus. Insgesamt dürften etwa 10 000 Menschen im Laufe des Tages auf dem Platz gewesen sein. Sie konnten die Fortschritte sehen, die auf dem besetzten Platz selbst gemacht werden. Verschiedene Holzhütten stehen bereits, ein Rundhaus, ähnlich wie das Freundschaftshaus auf dem Bauplatz Marckolsheim, befindet sich im Bau, Wasserpumpen und Stromaggregat sind in Betrieb. Auf den Zufahrtswegen sind Barrikaden errichtet, und eine Rund-um-die-Uhr-Wache soll auf eventuelle Überfälle der Polizei vorbereiten.

Das zeigt, daß trotz aller Spaltungsversuche der Landesregierung der Widerstand erstarkt und zunehmend mehr Menschen erfaßt. Viele, die vor der Bauplatzbesetzung noch abseits standen, weil sie meinten, man könne gegen die da oben nichts ausrichten und "das KKW wird ja sowieso gebaut", haben gesehen, daß Erfolge möglich sind, wenn man sich zusammenschließt und gemeinsam vorgeht. Vor allem unter den Kollegen in den Betrieben, die lange Zeit abseits standen, weil ihnen der Kampf gegen das KKW nicht ganz geheuer war ("Strom sichert die Arbeitsplätze" – so in Dutzenden Anzeigen von Landesregierung und Badenwerk), hat sich der Wind deutlich gedreht. Viele sind jetzt zur Unterstützung des Kampfes gegen das KKW bereit, weil sie nicht tatenlos zusehen wollen, wie der bürgerliche Staat versucht, den Widerstand der Kaiserstühler Bauern, Winzer und Arbeiter niederzuschlagen.

Die Bevölkerung am Kaiserstuhl hat sich entschieden: Wir wollen kein Kernkraftwerk in Wyhl

Schon seit über zwei Jahren läuft der Kampf gegen den Bau eines Kernkraftwerks. Klar geworden ist dabei, daß ein Kernkraftwerk die Existenz der Bauern weiter ruinieren würde. Schon jetzt ist es so, daß nur wenige, die über genügend Land und Kapital verfügen, überleben. Die große Mehrheit wird jeden Tag mehr ruiniert. Trotz teilweise fünfzehnstündigem Arbeitstag können sich viele nicht mehr halten und werden gezwungen, nebenher oder ganz in die Fabrik zu gehen. Sie werden um die Früchte ihrer Arbeit beraubt von großen Lebensmittelgesellschaften und Zwischenhändlern, gleichzeitig müssen sie für landwirtschaftliche Maschinen immer mehr bezahlen, müssen Kredite aufnehmen und hohe Zinsen zahlen.

Der Kernkraftwerkbau, der die landwirtschaftliche Produktion bedroht, würde den Ruin der Bauern vollends bewirken. Er ist selbst ein gewaltsames Mittel der kapitalistischen Industrialisierung. Sein Effekt besteht unmittelbar weniger in der Kernenergie als in der Freisetzung menschlicher Energie für die Ausbeutung durch die Kapitalisten, indem er den Bauern die selbständige Existenz bedroht.
Die Wucht des Kampfes gegen das Kernkraftwerk in Wyhl hat ihre Grundlage in der Bedrohung der bäuerlichen Existenz, weil das Kernkraftwerk den Ruin der Bauern beschleunigen würde, indem er das fruchtbare Land zerstört

Die Bauern verteidigen ihre Existenz

Dieser Kampf kann die Ruinierung der Bauern jedoch nur aufhalten, nicht aber verhindern. Der alte Zustand, daß ein Bauer von seiner Hände Arbeit leben kann, wird unaufhaltsam beseitigt. Die Masse der Bauern hat unter kapitalistischen Verhältnissen keine Perspektive – entweder Ausplünderung durch die Konzerne oder Ausbeutung durch die Kapitalisten. Die Kraft, die den Kampf gegen den Kapitalismus zum Erfolg führen kann, ist die Arbeiterklasse. Sie wird direkt von den Kapitalisten ausgebeutet, die auch die Bauern ausplündern und immer mehr in die Enge treiben. Die Arbeiterklasse allein kann die Verhältnisse grundlegend ändern, indem sie die Produktionsmittel vergesellschaftet und die gesellschaftliche Produktion für die Bedürfnisse des Volkes aufnimmt. Die Bauern, die von ihrer eigenen Hände Arbeit leben, sind die natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse. Gemeinsam können sie den Staat stürzen, der die kapitalistischen Ausbeuterverhältnisse schützt, die Demokratie des Volkes erkämpfen und eine Wirtschaftsordnung aufbauen, in der Landwirtschaft und Industrie sich zum Nutzen des Volkes und ohne Ausbeutung entwickeln. Der Sozialismus – das ist die Perspektive des Kampfes.

Der Weg der Demokratie

Den Willen des Volkes gegen den kapitalistischen Staat durchsetzen, die Demokratie des Volkes gegen die Diktatur des Kapitals, die die Kapitalistenklasse mit ihrem Staatsapparat aufrechterhält, das ist der Weg, auf dem sich die Volksmassen zusammenschließen, um unter Führung der Arbeiterklasse den Ausbeuterstaat zu stürzen.

Spätestens als Polizisten in Wyhl in größerer Zahl den Einsatz verweigerten, war der Landesregierung klar, daß es um mehr geht als um die Durchsetzung des Kernkraftwerkes. Die Durchsetzung des Kernkraftwerkbaus ist für die Landesregierung zugleich die Verteidigung der Autorität des kapitalistischen Staates gegen das Volk. Sie wird alle Mittel des Betrugs und der staatlichen Gewalt einsetzen.

Der nächste entscheidende Punkt wird das Urteil des Verwaltungsgerichts sein, mit dem die Landesregierung versuchen wird, erneute Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Die Verteidigungsbauten der Bauplatzbesetzer sind gegen die kommenden Angriffe der Staatsmacht allein nicht ausreichend. Es muß deutlich gemacht werden, daß die Entscheidung einiger Richter im Interesse der Landesregierung und des Badenwerks, die schon feststeht, der Entscheidung von Hunderttausend entgegensteht. Eine Demonstration zum Gericht kann dies deutlich machen. Klar gemacht muß werden: Wir lassen in diesem Kampf nicht nach, die Landesregierung und ihre Gerichte sind isoliert, die Bevölkerung hat schon entschieden: **Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!**

H.U., / B.H. Emmendingen/Freiburg

Am Sonntag sind wieder 10 000 auf dem Bauplatz.



An der Barrikade

Wanderzirkus-letzte Station

Die Gruppe Rote Fahne in Wyhl

Am Sonntag, dem 2. März, wurde auf dem besetzten Bauplatz für das KKW Wyhl eine Presseerklärung von 21 Bürgerinitiativen verlesen, in der sie sich jegliche Einmischung in die Bauplatzbesetzung verbitten und die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne auffordern, "heimzufahren".
Wie konnte es dazu kommen? Diese Gruppe hatte erfahren, daß am Kaiserstuhl "etwas los ist", und ihre Reisetruppe zusammengestellt. Die Anweisungen, die die Partei der Bevölkerung vom Kaiserstuhl gab, waren dann auch goldig: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, den Bauplatz weiter besetzen! Das wäre weiter nicht schlimm gewesen, denn 20 Reisekader wären samt ihren Flugblättern in der Bewegung untergegangen und hätten keinen Schaden anrichten können.
Dann kam aber noch die Erklärung von Rechtsanwalt Mahler zu der Entführung von Lorenz, in der er sagte: "Der Weg zum gewaltsamen Sturz der Ausbeuterklasse führt allein über die revolutionäre Mobilisierung der werktätigen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei. Daß die Massen diesen Weg beschreiten, zeigt ihr Kampf gegen ein KKW Wyhl
Den Bürgerinitiativen war nun doch zu viel, daß sie sich plötzlich im Fernsehen unter der Führung der Gruppe Rote Fahne wiederfanden.
Dieses Zurschaustellen der Gruppe Rote Fahne gab den rechten Vertretern in den Bürgerinitiativen die Möglichkeit, vor einer weiteren Besetzung des Bauplatzes zu warnen und eine distanzierende Presseerklärung durchzusetzen.
Von nun an gab der Vertreter des Regionalkomitees Stuttgart seine Versuche auf, sich in ein Organisationskomitee wählen zu lassen, und reiste ab.
Noch am Dienstag, den 4. März, konnte man allerdings auf einer Wandzeitung des KSV an der Mensa in Heidelberg lesen: "Die KPD hat als einzige Partei die erneute Besetzung konsequent mit den kämpferischsten Bauern zusammen vorbereitet und praktisch mit angeführt. Sie hat sich durch ihr konsequentes, kämpferisches Auftreten das Vertrauen der Bevölkerung erworben."

–db–

Das Lied vom Wind

In Mueders Stübele, do goht der hm hm hm
In Mueders Stübele, do goht der Wind.

Der Wind sait d'Wohrhait, nit äso wie d'Zittig) sait*
*Der Wind sait d'Wohrhait, ich loos**) em Wind.*

Der Wind sait: "D'Büre, die hän jetzt hm hm hm"
Der Wind sait: "D'Büre, die hän jetzt Krieg!"

Der Krieg der dundret nit, kunnt nit von üswärts
Der Krieg der kunnt üs dinem eigne Land.

Sind nit d'Franzose, s'isch 's große hm hm hm
Sind nit d'Franzose, s'isch 's große Geld.

*De riiche Herre hän d'Büre üsbrücht***)*
De brüche Arbetslitt für die Fabrik.

Wil der Atomstrom der git viel hm hm hm
Wil der Atomstrom der git viel Profit.

Erscht kunnts Atomkraftwerk und dann kunnt die Chemie
Un bis du "Au" gsait häsch, isch's Ländle hi.

So gohsch zur Arbet für klaine hm hm hm
So gohsch zur Arbet für klaine Lohn.

Din Lohn isch immer klai, isch der Profit au groß
Un kunnt die Krise: bisch arbetslos.

Do bisch die Arbet los und bisch de Acker los
Un dine Herre bliebe riich un groß.

So goht im Elsaß und in Bade hm hm hm
So goht im Elsaß und in Bade Krieg.

In Mueders Stübele goht erscht en andre Wind
Wenn mange Litt emol erscht uffgwacht sind!

*) Zeitung; **) ich loos em Wind = ich höre dem Wind zu; ***) ausgebraucht

Bleiwerk jetzt in Kiel?

In Marckolsheim hat der Widerstand Erfolg gehabt

In Kiel-Wellsee – so die Absicht der Kapitalisten – soll jetzt das Bleiwerk gebaut werden, dessen ursprünglich geplanter Bau in Marckolsheim (Elsaß) durch den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung verhindert wurde. Nach einer monatelangen Besetzung des Bauplatzes durch die Bevölkerung hat jetzt die französische Regierung den Bau des Bleiwerkes untersagt.

Die Chemiekapitalisten wünschen auf keinen Fall wieder Ärger mit Bürgerinitiativen, wie im Regionalprogramm des Rundfunks gesagt wurde. Der zweite geplante Ausweichstandort, Brunsbüttelkoog, käme daher für sie auch nicht in Frage. In diesem Gebiet hat zum Beispiel die Bürgerinitiative "Umweltschutz Unterelbe" 16 000 Unterschriften gegen den geplanten Bau eines Kraftwerkes in Brokdorf gesammelt.
Die Ansiedlung des Bleiwerks in Kiel soll offensichtlich schnell über die Bühne gehen und wurde deshalb in aller Stille vorbereitet. Beim Gewerbeaufsichtsamt Kiel liegt, wie vor ein paar Tagen bekannt wurde, ein Antrag auf Zulassung vor. Den Kieler Rathausfraktionen liegt ein interfraktionelles Papier vor, und die Stadträte sind anscheinend nahezu einhellig für den Bau des Bleiwerkes. Lediglich ein Teil der SPD-Fraktion soll dagegen sein.
Was bedeutet das nun erst vor ein paar Tagen bekanntgewordene Bauvorhaben für die Bevölkerung? Was für katastrophale Folgen ein Unfall in einem Bleiwerk im Kieler Randgebiet haben würde, beweist der Unfall in einem Werk bei Nordenham, wo nach dem Ausfall eines Filters Kühe auf der Weide tot zusammenbrachen. Doch es geht nicht nur um solche möglichen Unfälle. Bei den hier vorherrschenden Winden aus westlicher und nordwestlicher Richtung würden ständig gesundheitsschädlicher Staub und Abgase über Kiels Randgebiete und Orte wie Preetz und Raisdorf bis hin zum Selenter See wehen. Bleirückstände sammeln sich im menschlichen Körper und können bleibende Schäden verursachen. Aber nicht nur die Gesundheit der Einwohner der betreffenden Orte ist bedroht; das ganze Gebiet bis hin zum Selenter See, dem zweitgrößten Schleswig-Holsteiner Binnensee, ist ein wichtiges Naherholungsgebiet mit Einzugsbereich bis nach Hamburg.

Wenn die Kapitalisten behaupten, sie würden die erlaubten Grenzwerte für Umweltbelastung weit unterschreiten, so ist dies unerheblich, da die Grenzwerte hoch liegen und das Blei sich außerdem im Körper sammelt. Technisch wäre eine bessere und sogar hundertprozentige Abgasentgiftung durchaus möglich. Das ist jedoch zu teuer, und die Kapitalisten gefährden um des Profits willen lieber die Gesundheit der Bevölkerung. Nach der bisherigen Geheimniskrämerei ist zu erwarten, daß sie dabei von der Stadt Kiel unterstützt werden.
Deshalb muß sich die Bevölkerung zusammenschließen und gegen dieses Projekt der Kapitalisten zur Wehr setzen. Wie der Erfolg in Marckolsheim zeigt, ist es durchaus möglich, den Bau des Bleiwerkes zu verhindern.

–He, Sympathisantengruppe Preetz–

Berichtigung

In der KVZ Nr. 8 berichteten wir über eine Protestveranstaltung gegen die Schulmisere in Groß-Gerau. Darin hieß es, daß dabei ein Aktionskomitee gegründet worden sei. Richtig ist, daß ein Aktionskomitee auf dieser Veranstaltung vorgeschlagen wurde, es wurde aber nicht gegründet.

Lebhafte Paragraf 218 Diskussion in einer Realschule

Mehrheitlich wurde beschlossen, den Schulpfarrer nicht zu der Diskussion einzuladen

Wir stellten uns zunächst mit unserem Stand "Weg mit dem Urteil des Verfassungsgerichts – weg mit dem Unterdrückungsparagraphen 218" vor die Geschwister-Scholl-Schule in der Siedlung Römerstadt, worauf sich gleich eine große Schülertraube um uns bildete. Ein Schulpfarrer meinte, die Kommunisten wollten nur unseren Staat unterhölen. Die Schüler belächelten ihn und meinten, daß die Abtreibung nichts kosten dürfe und die Frauen medizinische betreut werden müßten. Einige Mädchen meinten, aus moralischen Gründen solle man für die Fristenlösung eintreten, andere meinten, daß die Familien selbst entscheiden sollten, ob ein Kind in die Welt gesetzt werden soll oder nicht.
Nun kamen 2 Schüler auf uns zu, die uns zu einer gerade stattfindenden § 218-Diskussion einluden. Zunächst wurde mehrheitlich beschlossen, den Schulpfarrer nicht zu der Diskussion einzuladen.
Die Schüler forderten uns auf, unsere Meinung zur Abtreibung, zum § 218 einzubringen. Wir stellten zunächst fest, daß die Frauen nicht zum Spaß abtreiben, sondern daß es die materiellen und beengten Verhältnisse in unserer Gesellschaft sind, die es zum Zwang werden lassen, abtreiben zu müssen. Damit die Arbeiterfamilien nicht noch mehr ins Elend ab rutschen und somit noch abhängiger werden, brauchen sie das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung. Schnell entwickelte sich eine lebhafte Diskussion in der Klasse. Ein Schüler verwies auf das Gebot Gottes "Du sollst nicht töten" und meinte, nur Gott könne über Leben und Tod entscheiden. Das stieß auf großen Protest der Schüler. Sie meinten, daß es doch gerade die armen Leute sind, die abtreiben müssen. Die Filmstars und alle Reichen hätten genug Geld, um ins Ausland zu fahren, sie würden auch nicht strafrechtlich verfolgt. Ein Mädchen meinte, daß man die Ausbeutung abschaffen müsse. Bleibt die Abtreibung also weiterhin verboten, wird es weiter Fürsorgezöglinge und Kriminelle geben.
Auch solle nicht etwa Gott oder der Staat über die Abtreibung entscheiden, sondern allein die betroffenen Familien. Deshalb müsse der § 218 abgeschafft werden. Der Lehrer schilderte noch die sehr hohe Zahl von illegalen Abtreibungen und die unmenschlichen Methoden der Abtreibungen, die der Staat der arbeitenden Bevölkerung aufbürdet.
Die Schüler nahmen mit großem Interesse die Demonstrationsaufrufe zum 8. März und die Aufforderung, Unterschriften zu sammeln, entgegen. Als die Diskussion durch das Klingeln abgebrochen wurde, hätten die Schüler noch gerne weiterdiskutiert, es wurde beschlossen, die Diskussion um den § 218 in der nächsten Stunde fortzuführen.

–W.S., Kommunistischer Studentenbund Frankfurt–

Resolution

Von der Versammlung der GEW-Mitglieder an der Gesamtschule Lampertheim einstimmig beschlossenam 25.2. 1975.

Zum 1. Februar wurden in Hessen 409 Bewerber für die Lehrerausbildung an den Schulen (Referendare) nicht eingestellt. Das verträgt sich schlecht mit der Wirklichkeit an unseren Schulen. ...
Wir sind der Auffassung, daß jeder Jugendliche ein Recht auf eine vollständige Schul- und Berufsausbildung hat. Um diesem Ziel näher zu kommen, wären erhebliche Verbeserungen im Schulwesen notwendig. Stattdessen aber stellt der Staat dringend benötigte Lehramtsbewerber nicht ein.
Gleichzeitig versucht er, den Lehrern verlängerte Arbeitszeiten aufzuerlegen und die Gehälter an den Grund- und Hauptschulen zu kürzen. Arbeitslosigkeit für die einen – verschärfte Leistungsanforderungen und Gehaltsdrückerei für die anderen, die einen Arbeitsplatz haben, das ist das klassische Mittel der Arbeitgeber, Schwierigkeiten auf dem Rücken derjenigen abzuladen, die sie nicht zu verantworten haben.
Schlimm ist, daß dies die Lage der Lehrer, die von den Arbeitsbedingungen her nicht rosig ist, verschlechtert wird, schlimmer noch, daß dies notwendig die Voraussetzungen für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen noch verschlechtern muß. Gerade weil die Lage an den Schulen keine Privatfrage der in ihnen beschäftigten Lehrer ist, sondern unmittelbar das Interesse der Bevölkerung berührt, dürfen wir Lehrer sie auch nicht als eine private Angelegenheit behandeln.
Deshalb beschließt die Versammlung der GEW-Mitglieder an der Gesamtschule Lampertheim:

1. Der Ortsverband der GEW und der DGB Lampertheim werden aufgefordert, in nächster Zeit eine öffentliche Veranstaltung zum Thema "Jugendarbeitslosigkeit und Schulausbildung" durchzuführen. Die versammelten GEW-Mitglieder erklären sich zur Mitarbeit an dieser Veranstaltung bereit.
2. Die versammelten GEW-Mitglieder an der Gesamtschule Lampertheim erklären sich bereit, sich **an den vom DGB zur Vorbereitung des 1. Mai** geplanten Informationsständen zu beteiligen und eine Information über die Lage im Schulwesen zu erarbeiten.

Unsinnige Tests an den Grundschulen

Je realistischer man denkt, desto schlechter schneidet man ab

Zur Zeit werden in den vierten Klassen der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen mit allen Kindern Tests durchgeführt. Diese Tests sollen zusammen mit den Schulnoten die Entscheidungsgrundlage bilden dafür, ob ein Kind zum Gymnasium, zur Hauptschule oder zur Realschule kommen soll. Für die Eltern ist das eine wichtige Entscheidung. Auf welche Schule soll ihr Kind gehen? Es ist aber so, daß der Test bei dieser Entscheidung rein gar nichts helfen kann. Dies will ich an einigen Beispielen erläutern.

Im Rechnen-Teil dieses Tests gibt es unter anderem folgende Aufgaben: "Fritz hat 6 DM in seiner Sparbüchse. Er kauft für die Hälfte des Geldes ein Buch, für die Hälfte des Restes eine Mütze. Wieviel bleibt ihm dann noch übrig? " Nur ein Kind, das nicht viel überlegt und das bei seinen Eltern noch nicht erlebt hat, wie diese bei den ständig steigenden Preisen jede Mark rumdrehen müssen, um möglichst billig einzukaufen, nur ein solches Kind wird nicht stutzig bei diesen Preisangaben. Wo gibt es noch Kinderbücher für drei Mark? Welche Mützen kosten nur 1,50 DM? Solche Preise sind bei uns völlig unmöglich. Ein Kind aber, das "mit Geld rechnen" gelernt hat, muß durch solch eine Aufgabe verwirrt werden. Eine andere Aufgabe lautet so: "Auf einer Reise hat jemand in 42 Tagen 816 km zurückgelegt und 798 DM ausgegeben. Wieviel DM kommen auf den Tag? " Ein Kind, das einen Blick für die Wirklichkeit hat, müßte wissen, daß seine Eltern keine 42 Tage Urlaub haben im Jahr. Wie können sie dann eine Reise von 42 Tagen machen? Keine Reisegesellschaft bietet eine Reise von solcher Dauer an. Und dann die Kosten! Mit 19 DM pro Tag kann man heutzutage nicht einmal einen Camping-Urlaub mehr bezahlen, wenn man die Fahrtkosten (für 816 km) nicht außer Acht läßt. Diese "Intelligenz-Tests" überprüfen also nur, ob ein Kind bereit ist, sich ohne Nachdenken den Anordnungen des Lehrers zu unterwerfen und wie rasch es das fertigbringt. Dies zeigt sich noch deutlicher an den Aufgaben, die das "logische Denken" messen sollen. Dort müssen die Kinder z.B. zu drei angegeben Wörtern das "passende" vierte Wort finden. Eine dieser Aufgaben heißt: "Himmel: blau – Gras: . . ." Hier soll der Schüler "grün" einsetzen. Diese Aufgabe ist unrealistisch und verlogen. Gemessen an der Wirklichkeit müßte sie lauten: "Himmel: grau – Gras: Blei". Aber man sieht an diesem wirklichkeitsbezogenen Beispiel, wie unvollständig solche Satzfetzen sind. Sie sind kein gutes Mittel, die Denkfähigkeit zu überprüfen. Andere Beispiele aus diesem Test lauten: "Belohnung: Fleiß – Strafe: (Faulheit)" oder: "Engel: Himmel – Mensch: (Erde)". Nur wer gelernt hat, nach einem wirklichkeitsfernen Schema zu denken, kann bei solchen Aufgaben gut abschneiden.
Daß die Schule den Kindern nicht wirklichkeitsbezogenes Denken beibringen will, sondern sie dazu erzieht, die Anweisungen von irgendwelchen Akademikern blind auszuführen, beweist eine letzte Gruppe von Testaufgaben. Da heißt es: "Wenn Du genau weißt, wie hoch ein Adler fliegen kann, dann schreibe das Wort "niedrig" **vor** die 5, wenn Du es nicht weißt, dann schreibe das Wort "hoch" **hinter** die 5." Unter dieser Aufgabe steht dann eine Zahlenreihe von 1 bis 5.
Eine andere Aufgabe, die nicht weniger unsinnig ist, lautet: "Schreibe alle Buchstaben, die mehr als einmal, aber weniger als dreimal in dem Wort "Wirtschaftspolitiker" vorkommen, zwischen die beiden Punkte." (Die unter dieser Aufgabe stehen.)
Beinahe kann man sagen: Je besser ein Kind bei diesem Test abschneidet, desto dümmer ist es. Dieser Test gibt ein gutes Bild davon, welche Fähigkeiten unsere Kinder vor allem in der Schule erlernen sollen: nicht nach dem Zusammhang fragen – nicht nach dem Zweck einer Sache fragen – rasch die Anweisungen befolgen und sich nicht widersetzen – kurze und schematische Denkschritte fehlerfrei erledigen.
Diejenigen Kinder, die dabei am besten abschneiden und deren Noten auch sonst gut sind, dürfen auf das Gymnasium und können hoffen, später einmal selbst die Anweisungen zu entwickeln, nach denen sich die anderen zu richten haben. Die anderen Kinder sollen sich daran gewöhnen, daß sie "zu dumm" sind zum Befehlen, also sollen sie gehorchen.

W.L., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Köln

Schüler wenden sich gegen Versetzung eines Lehrers

Die Lage an den Schulen in Salzgitter ist schlecht: Wie in der ganzen Bundesrepublik ist der Lehrermangel auch hier sehr hoch, der Stundenausfall beträgt zwischen 20 und 50 %. Waren die meisten Schüler zunächst froh über solche "Freistunden", so erkennen sie jetzt, daß ihnen diese Lage nur schadet, daß ihre Ausbildung sich zunehmend verschlechtert. Daß der Widerstand dagegen zunimmt, zeigt das folgende Beispiel:

Anfang Februar erfuhr die Klasse 12/S der Fachoberschule in Salzgitter, daß ihr Mathematiklehrer am 1. April 75 nach Oldenburg versetzt werden soll, um dort sein Referendarjahr abzuleisten.
Da die Klasse kurz vor dem Abitur steht, der erneute Lehrerwechsel also nur Nachteile für sie haben wird und der Lehrermangel in Salzgitter schon jetzt sehr hoch ist, waren alle sehr empört. In einer Verfügungsstunde beschloß die Klasse einstimmig, sich gegen die Versetzung ihres Lehrers zur Wehr zu setzen: Sie schrieb einen offenen Brief an das Kultusministerium, in dem sie fordert, daß der Mathematiklehrer sein Referendarjahr in Braunschweig machen kann und weiterhin in Salzgitter unterrichtet.
Drei weitere Klassen, in denen dieser Lehrer auch unterrichtet, unterstützten einstimmig die Forderung durch ihre Unterschrift.

Der offene Brief wurde an die "Salzgitter-Zeitung" geschickt, wo er inzwischen auch veröffentlicht wurde. Die Schulleitung und der Klassenlehrer versuchten, die Klasse von ihrem Vorhaben abzubringen. Sie machten Kompromißvorschläge – der Lehrer könne ja einmal in der Woche von Oldenburg nach Salzgitter kommen und Blockunterricht geben – und wollten der Klasse einreden, daß mit einem offenen Brief doch nichts zu erreichen sei. Doch damit erreichten sie nur das Gegenteil, die Klasse war empört über diese Abwiegelungstaktik. Als dann der Schulleiter seine bereits versprochene Unterschrift unter die Forderung der Klasse mit fadenscheinigen Argumenten wieder zurückzog, war der Klasse klar, daß sie auf die schönen Worte der Schulleitung nichts geben kan daß sie selbst etwas tun muß.

Inzwischen hat die Klasse einen weiteren Brief an das Kultusministerium geschrieben, in dem sie eine sofortige Stellungnahme fordert und sich weitere Maßnahmen vorbehält.

Schülerkollektiv der Sympathisantengruppe Salzgitter

Keine Spaltung in A und B-Schüler

Die Unterscheidung von A und B-Schülern verschärft nur die Konkurrenz unter den Schülern

In der KVZ Nr. 2/1975 habe ich den Artikel über die Differenzierung in A- und B-Kurse an Hauptschulen gelesen und gebe dem Kollegen, der ihn geschrieben hat, von meinen Erfahrungen her – ich bin Hauptschullehrerin – völlig recht in seiner Einschätzung. In den "vorläufigen Arbeitsanweisungen" für die Hauptschulen Baden-Württembergs heißt es: *"Im ganzen geht es im B-Kurs darum, den Schüler durch individuelle Hilfe, seinen Fähigkeiten entsprechend, zu Höchstleistungen zu führen. Dadurch ist es möglich, daß ein Schüler unter Umständen den Anschluß an den A-Kurs erreicht."*
Das ist wirklich der reine Hohn. Wenn es darum ginge, die Schüler optimal zu fördern, warum richtet man dann zwei völlig getrennte Schulabschlüsse ein! Das hat doch nur den Sinn, unter den Hauptschülern noch diejenigen herauszuziehen, die als Hilfsarbeiter für die Kapitalisten billig sind, und gleichzeitig die Schüler untereinander zu spalten und die Konkurrenz zu verschärfen.
Durch die Einrichtung von A- und B-Kursen werden aus der Hauptschule unter der Hand zwei verschiedene Schulen gemacht und die schon bestehende Differenzierung in Gymnasium, Realschule und Hauptschule, die jeweils eine verschiedene Ausbildung erteilen, wird noch weitergetrieben. So soll der Lehrer einer 5. Klasse am Ende des Schuljahres festlegen, wer später als Hilfsarbeiter sein Geld verdienen muß und wer vielleicht noch eine Lehrstelle findet.
Was müssen wir demgegenüber fordern? Den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen dient einzig und allein eine einheitliche Ausbildung für Alle bis zum 18. Lebensjahr: Eine Ausbildung, die nicht nur so viel bietet, wie der Arbeiter so eben braucht, um für den Kapitalisten Profit erarbeiten zu können, sondern eine umfassende Ausbildung, die die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelt und die die Arbeiterjugend in die Lage versetzt, für ihre Klasseninteressen zu kämpfen.
Der Schritt des Kollegen, den Charakter der Differenzierung in A- und B-Kurse gegenüber den Eltern darzulegen, sie zu informieren über das, was die Schüler erwartet, ist sehr wichtig. Denn bloß so ist es den Eltern möglich, die Sache selbst in die Hand zu nehmen – wie zum Beispiel in diesem Fall ans Schulamt zu schreiben.
An der Schule, an der ich unterrichte, sieht es genauso aus, wie der Kollege es von seiner Schule berichtet hat: Alle Schüler sind so aufgeteilt, daß jeder entweder in Deutsch und Rechnen im A-Kurs ist – dann erhält er auch Englisch-Unterricht – oder daß er in Deutsch und Rechnen im B-Kurs ist – dann fliegt er zum 6. Schuljahr, wo die Aufteilung beginnt, aus dem Englisch-Unterricht. Womit der "Anschluß an den A-Kurs", wie er in den Arbeitsanweisungen versprochen ist, schon sowieso verbaut ist.
Die Einteilung der Schüler geht normalerweise so vor sich: Alle Schüler, die in Deutsch oder Rechnen eine Vier oder gar eine Fünf oder auch in mehreren Fächern Vier oder Fünf haben, kommen in den B-Kurs. Meist wird dann noch darauf geachtet, daß nicht in dem einen Kurs zu viel und in dem anderen zu wenig Schüler sind – aus unterrichtstechnischen Gründen.
Besonders wichtig bei der Einteilung sind Deutsch und Rechnen. Wenn ein Schüler z.B. eine Lese-Rechtschreib-Schwäche hat – in diesem Fall hat er im allgemeinen in Deutsch eine Fünf wegen der Rechtschreibung – kommt er sowieso mit fast hundertprozentiger Sicherheit in den B-Kurs.
Als ich diese Situation am Anfang des Schuljahres auf der Elternversammlung dargelegt habe, waren die Eltern sehr empört und sich einig darüber, daß die Differenzierung in A- und B-Kurse ihnen allen nicht nützt, sondern sie nur spaltet. Auf der nächsten Elternversammlung werde ich das Thema mit den Eltern weiterdiskutieren, denn zum Ende des Schuljahres soll ich die Einteilung der Schüler in die Kurse vornehmen.
Weg mit der Differenzierung in A- und B-Kurse!

D., Freiburg

Offener Brief an den Stadtschulrat Blödorn

Offener Brief von 45 Kollegen der Universität Oldenburg an den Stadtschulrat in Westberlin -Spandau

"Als Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Oldenburg protestieren wir gegen die Entlassung des Assessors Wulf Niepold aus dem Schuldienst. Herr Niepold besitzt offensichtlich besonders gute pädagogische und wissenschaftliche Qualifikationen, wie aus den Stellungnahmen der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrerkollegen und aus seinem Buch "Sprache und soziale Schicht" hervorgeht. Unserer Meinung nach hat sich Herr Niepold nicht undemokratisch verhalten. Seine Bekanntgabe und Begründung einer Kandidatur für den KBW rechtfertigt keine Entlassung. Die Entlassung ist vielmehr geeignet, das politische Engagement vieler Lehrer durch die Drohung des Berufsverbots zu verhindern. Wir fordern daher die Rücknahme der Entlassung."
Es folgen die 45 Unterschriften.

Akad. Rat Dr. Prodosh Aich, Wiss. Mitarbeiter Wibke Ammann, Wiss. Mitarbeiter Buni Arnold, Wiss. Mitarbeiter Dr. Fritz Bader, Prof. Dr. Klaus Brake, Wiss. Ass. Lily Corti, Adad. Rat Dr. Ilse Droege-Modelmog, Akad. Rat Dr. Rainer Fabian, Wiss. Mitarbeiter Hans-Gerd Fudickar, Prof. Dr. Karl Haubold, Wiss. Ass. Klaus Holland, Wiss. Ass. Dr. Heide Homann, Wiss. Mitarbeiter Dr. Klaus Jaeckel, Prof. Dr. Gert Jannsen, Prof. Dr. Sigrid Jannsen, Prof. Dr. Hans Kaiser, Wiss. Ass. Klaus Köster, Prof. Dr. Alex. Krafft, Prof. Dr. Gerhard Kraiker, Wiss. Mitarbeiter Marianne Kriszio, Prof. Dr. Apostolos Kutsupis, Wiss. Ass. Heinz-Dieter Loeber, Prof. Dr. Jochen Luther, Prof. Dr. Karlheinz Maier, Prof. Dr. Volker Mellert, Akad. Rat. Dr. Gottfried Mergner, Wiss. Ass. Jürgen Metzger, Wiss. Ass. Wolfgang Müller, Prof. Dr. Stefan Müller-Doohm, Prof. Dr. Wolfgang Nitsch, Prof. Dr. Irene Pieper, Wiss. Ass. Dr. Ulrich Radek, Wiss. Ass. Frank Rieß, Prof. Dr. Eberhardt Schmidt, Wiss. Ass. Otto Seeber, Wiss. Ass. Dirk Steenken, Wiss. Mitarbeiter Ulrich Steinbrink, Prof. Dr. Dieter Sterzel, Prof. Dr. Jürgen Strassel, Prof. Dr. Gerd Vonderach, Wiss. Mitarbeiter Bernd Wagner, Wiss. Leiter Dr. Jürgen Weißbach, Akad. Rat Dr. Jens Windelberg, Wiss. Ass. Christine Woesler, Wiss. Mitarbeiter Birgit Scheller-Warns, Akad. Rat Ingo Scheller.

Kaum einer wird freiwillig Soldat

Die kapitalistische Krise bringt die industrielle Reservearmee hervor und spaltet die Arbeiter objektiv in solche, die Arbeit haben, und Arbeitslose. Das hat Auswirkungen auf allen Ebenen des Klassenkampfes und auch auf die Militärpolitik.

Die bürgerliche Klasse hofft aus dem Heer der Arbeitslosen Söldner zu schöpfen, aus denen sie eine Armee formen kann, die in allen Situationen des Klassenkampfes frei verfügbares Werkzeug ihrer Interessen bleibt. Politische Erziehung der Soldaten bedeutet für die bürgerliche Klasse immer Kasernenisolation, stumpfsinniger Drill, Kadavergehorsam. Unter der Bedingung einer wachsenden Zahl "freiwilliger Meldungen" wird diese politische Erziehung aber erst richtig entfaltet.

Die Wehrpflichtarmee soll mehr und mehr den Charakter eines Söldnerheeres annehmen.

Die gegenwärtige Lockerung des Anerkennungsverfahrens als Kriegsdienstverweigerer gehört in diesen Zusammenhang. Oberflächlich gesehen erscheint diese Lockerung alles andere als militärisch. Praktisch gesehen ist sie es doch. Heute soll diese Lockerung dazu dienen, rebellische Elemente aus der Armee herauszuhalten, die die Ausbildung eines kadaverfolgsamen Kaderstammes stören könnte. Wenn aber morgen Menschenfleisch in rauhen Mengen gebraucht wird, um im imperialistischen Krieg mitzumischen oder den Aufstand im eigenen Lande niederzuhalten, dann kann diese

Elemente aus der Armee herauszuhalten, die die Ausbildung eines kadaverfolgsamen Kaderstammes stören könnte. Wenn aber morgen Menschenfleisch in rauhen Mengen gebraucht wird, um im imperialistischen Krieg mitzumischen oder den Aufstand im eigenen Lande niederzuhalten, dann kann diese

Maßnahme leicht zurückgenommen werden, denn es ist diese Lockerung verbunden mit der strikten Weigerung, sie als gesetzlich zu fixieren. Mit den gegenwärtigen "freiwilligen" Meldungen zur Armee werden aber die Politiker, Generäle und Wirtschaftskapitäne nicht die Freude haben. Sie sind nicht Ausdruck eines erwachenden Wunsches der Massen, für die Ziele ihrer Ausbeuter womöglich zu sterben.

Wer heute "freiwillig" zur Armee geht, wurde vorher als Arbeiter durch wirtschaftlichen Druck gezwungen

Wer heute "freiwillig" zur Armee geht und auf seine Rechte als Bürger ziemlich weitgehend verzichtet, der wurde vorher als Arbeiter durch wirtschaftlichen Druck gezwungen. Der junge Arbeiter, durch Arbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere in die Armee gezwungen, hat vorher einen praktischen Lehrgang in Sachen Demokratie und freier Marktwirtschaft mitgemacht, den er nicht leicht vergißt. Selbstverständlich wird in der Armee alles unternommen, um so grundlegende Erfahrungen zu verdrehen und zu verwischen. Es ist daher notwendig, daß die fortgeschrittenen Arbeiter die Soldaten, hinter denen sich die Kasernentore geschlossen haben, nicht vergessen, sondern sie beständig an diese Erfahrungen erinnern und in ihren Klassenkampf einbeziehen. Und weil die Aufgabe auf der Hand liegt, gibt es auch schon verschiedene gute Beispiele, wie man das macht.

Gewerkschaftsmitglieder aus den Kasernen machen mit Kollegen aus dem Betrieb eine Veranstaltung

In der vorletzten Ausgabe der KVZ konnten wir z.B. über eine Veranstaltung in Munster berichten, in der Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre aus der Kaserne zusammen mit Kollegen aus dem Betrieb eine Veranstaltung durchgeführt haben. Unter dem Thema: "Was erwartet uns nach dem Wehrdienst" wurde auf dieser Veranstaltung über den aktuellen Stand und die Ziele des Kampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten gesprochen. Und prompt sind in dieser Diskussion die Offiziere, die in hellen Haufen geschickt worden waren (15 Stück), offen als Arbeiterfeinde aufgetreten. In den Kasernen reden sie dauernd von Gemeinwohl und Demokratie, die man verteidigen soll. Zwingt man sie, zur Frage der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten sich zu äußern, dann kommt gleich heraus, daß sie für die Ausbeutung sind und gegen den Kampf der Arbeiter.

Die Veranstaltung war wirklich eine gute Sache. Nichts vermag gegenwärtig die Armee derart zu zersetzen, wie Diskussionen darüber, daß die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten und daß die Arbeiter gegen die Ausbeutung und ihre Folgen kämpfen müssen. Solche Diskussionen tragen die Spaltung der Gesellschaft in Klassen in die Armee hinein. Bist Du für die Arbeiter und ihren Kampf oder gegen sie? heißt dann die Frage. Jede Antwort darauf wirkt zersetzend.
Gesetze, die Knechtsdisziplin und Kadavergehorsam vor Zersetzung schützen sollen, gibt es viele. Ein Ge-

die Spaltung der Gesellschaft in Klassen in die Armee hinein. Bist Du für die Arbeiter und ihren Kampf oder gegen sie? heißt dann die Frage. Jede Antwort darauf wirkt zersetzend. Gesetze, die Knechtsdisziplin und Kadavergehorsam vor Zersetzung schützen sollen, gibt es viele. Ein Ge-

setz jedoch, das offen und direkt den Soldaten die Beschäftigung mit den Fragen und Forderungen der Arbeiterbewegung verbietet, gibt es nicht. Ein solches Gesetz müßte als offene Provokation gegen die Arbeiterbewegung formuliert sein. Das hat die bürgerliche Klasse in unserem Lande nicht gewagt. Die geschilderte Art der Zersetzung hat also neben ihrer Wirksamkeit auch noch den Vorteil, verhältnismäßig ungefährlich zu sein. Hier bietet sich den Tausenden junger Arbeiter und Gewerkschafter, gleich ob sie durch gesetzlichen Zwang in die Armee gezogen wurden oder durch wirtschaftlichen Druck gepreßt wurden, ein reiches Feld der Betätigung. Wo Soldaten solche Initiativen ergreifen, muß man sie unbedingt unterstützen. Vom Betrieb her darf man die Verbindung nicht abreißen lassen, von der Gewerkschaft her muß man mit den Gewerkschaftsmitgliedern in den örtlichen Garnisonen die Verbindung aufnehmen und zusammenarbeiten.

Welche Forderungen gegenüber dem stehenden Heer erhoben werden müssen

Andererseits stellt diese Lage Anforderungen an die ganze Arbeiterbewegung: Wie die bürgerliche Klasse die Situation nutzt, um Maßnahmen durchzuführen, die ihr den Gebrauch der Armee für ihre Interessen erleichtern, geradeso muß die Arbeiterbewegung Forderungen aufstellen, die den Gebrauch der Armee zum Zwecke von Ausbeutung und Unterdrückung erschweren, behindern.

Die Arbeiterklasse kann die bürgerliche Klasse militärisch bloß schlagen, wenn sie das ganze Volk bewaffnet. Sie muß die bürgerliche Klasse militärisch schlagen, weil sie anders das private Eigentum an Produktionsmitteln nicht wird abschaffen können. Das stehende Heer ist da, um das private Eigentum an den Produktionsmitteln zu beschützen. Gegenüber dem stehenden Heer müssen Forderungen erhoben werden, die auf die allgemeine Volksbewaffnung hinzielen, die erleichtern, es der Arbeiterklasse ermöglichen, heute schon ihre Kraft zusammenzuschließen und die Ausbildung eines willfährigen Söldnerheeres zu stören, um es morgen zu zerschlagen und in der Armee die Kräfte freizusetzen, die mit der Arbeiterklasse verbunden bleiben wollen, weil sie ihr angehören.

Die Frage der Bezahlung der Soldaten

Und hier stellt sich die Frage der Bezahlung der Soldaten. Der heutige Wehrsold ist ein Mittel der Schikane und der Entrechtung. Es handelt sich um ein Spottgeld. Der heutige Wehrsold drückt den Spott der bürgerlichen Klasse aus, daß man in ihrer Armee dient, ihr dient, daß man unter der Ideologie des Allgemeinwohls Opfer trägt, die bloß den völlig eigennützigen Zielen dieser Ausbeuterklasse zugute kommen. Die Frage des Wehrsolds ist eine politische Frage: Nimmt man ihn hin, wie er ist, so beugt man sich der bürgerlichen Behauptung, der Wehrdienst sei ein Dienst an der Allgemeinheit, und läßt darüberhinaus noch zu, daß vielen jungen Arbeitern aus der miserablen Geldsituation heraus bloß der Ausweg in den entrechteten Status des Söldners bleibt.

Nimmt man ihn hin, wie er ist, so beugt man sich der bürgerlichen Behauptung, der Wehrdienst sei ein Dienst an der Allgemeinheit, und läßt darüberhinaus noch zu, daß vielen jungen Arbeitern aus der miserablen Geldsituation heraus bloß der Ausweg in den entrechteten Status des Söldners bleibt.

Die Arbeiterklasse darf es nicht hinnehmen, daß in diesem Lande Arbeitskraft vernutzt wird zu Preisen, die jeder Beschreigung spotten. Das gilt hinsichtlich der allgemeinen Wehrpflicht, das gilt aber für jede Art von Dienstpflicht, die der bürgerliche Staat gesetzlich erzwingen kann. Die bürgerliche Klasse begründet wirkliche Dienstpflicht auf dem Gemeinwohl. In der kapitalistischen Gesellschaft ist vom Gemeinwohl immer dann die Rede, wenn die Arbeiter ein Opfer bringen sollen. Wo käme man hin, wenn man sich darauf einließe?

Der bürgerliche Staat soll den Dienstverpflichteten zahlen, was die Arbeitskraft wert ist

Wenn der bürgerliche Staat kraft Gesetzes Arbeiter zu Diensten verpflichten kann, sei es im Heere oder sonst, dann soll er ihnen zahlen, was diese Arbeitskraft wert ist. Das muß man verlangen. Man kann einwenden, daß diese Forderung zwar richtig sei, aber nicht hinreichend. Weil viele zur Armee gezogen werden, bevor sie Arbeit hatten. Dieser Einwand ist richtig, und deswegen muß man auch fordern, daß kein Soldat vergütet werden darf unter dem Betrag, den ein Freiwilliger gleichen Dienstgrades erhält.
Das nächste, was einem zu dieser Forderung einfällt, ist, daß ihre Durchsetzung eine Längerverpflichtung fast ausschließen würde. Das ist natürlich auch die Absicht, und notwendiges Ergebnis einer Militärpolitik, die den Waffendienst zur Schinderei machen

muß, weil sie Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten will. Die Arbeiterklasse hat keinerlei Interesse an einer Armee aus Söldnern, sie hat kein Interesse, daß sich ihre Jugend aus materieller Not entschließt, als Söldner in die Dienste des Klassenfeindes zu treten.
Man könnte weiter sagen, das wird Ärger geben in den Kasernen. Denn es läuft darauf hianus, daß Soldaten, die das gleiche Schicksal haben, verschieden vergütet werden. Dagegen muß man halten, daß es ausgesprochen gut ist, wenn die Soldaten jederzeit erinnert werden, woher sie kommen, und nicht über die Soldforderung eine Söldnermentalität her ausbilden. Aus der Geschichte ist bekannt, daß in jeder angespannten Klassenkampfsituatioen die herrschende Klasse ihr Herz für die Soldaten entdeckt und sie schmiert.
Was wir brauchen im Wehrpflichtheer und bei jeglicher Dienstverpflichtung, die der bürgerliche Staat vornehmen kann, ist eine Bezahlung, die an die Herkunft der Dienstverpflichteten gebunden ist, nämlich an ihre Herkunft als Lohnabhängige.

Kündigungsrecht für die "Freiwilligen"

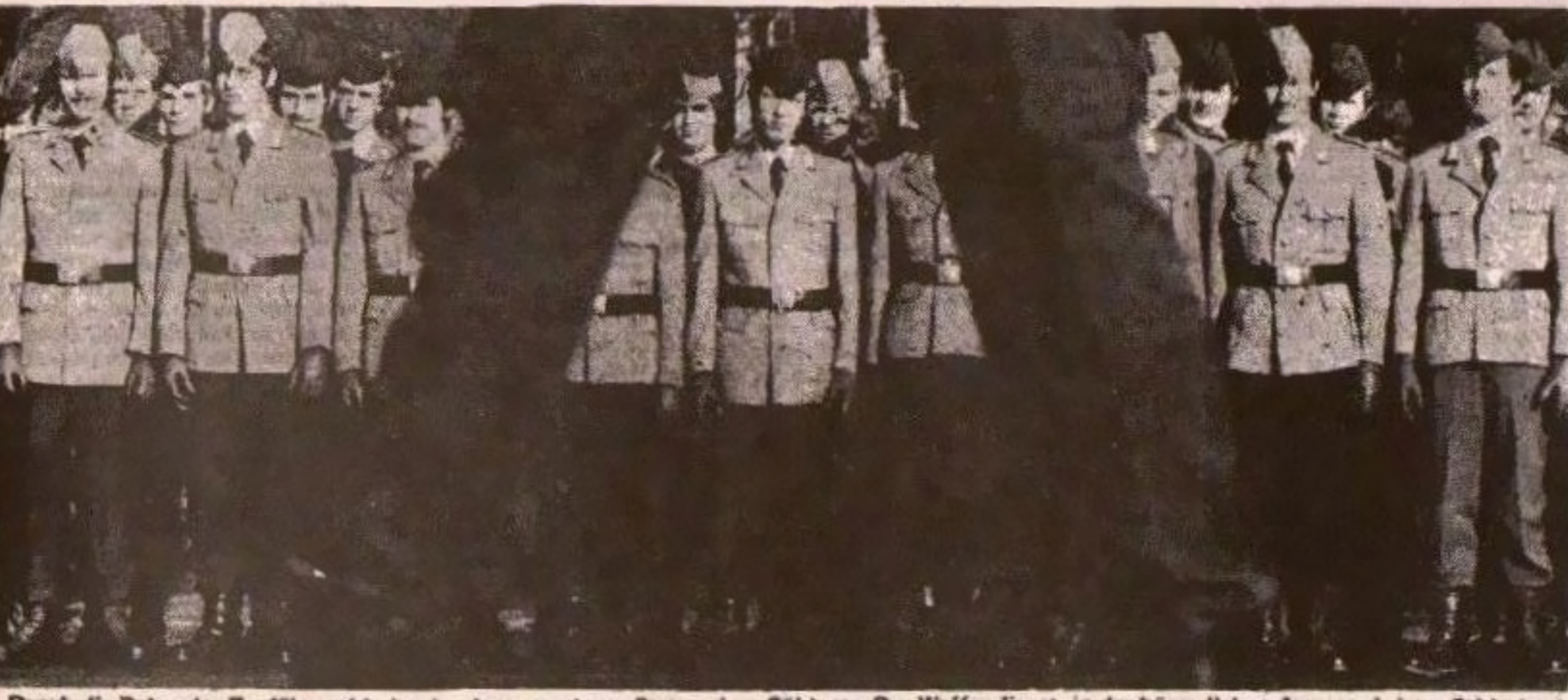
Deswegen ist die Forderung nach Lohnfortzahlung im Falle jeglicher Dienstverpflichtung richtig, sie reicht aber nicht aus. Viele junge Arbeiter gehen in die Armee nicht bloß wegen der Arbeitslosigkeit, sondern weil ihnen das kapitalistische System der Ausbildung die Qualifizierung ihrer Arbeitskraft nicht ermöglicht hat. Das hoffen sie "beim Bund" nachzuholen. Hier finden die mannigfaltigsten Betrugsmanöver statt. Wer die Armee kennt, weiß, wievieleKnechtsexistenzen erzeugt werden, indem

der Arbeitslosigkeit, sondern weil ihnen das kapitalistische System der Ausbildung die Qualifizierung ihrer Arbeitskraft nicht ermöglicht hat. Das hoffen sie "beim Bund" nachzuholen. Hier finden die mannigfaltigsten Betrugsmanöver statt. Wer die Armee kennt, weiß, wievieleKnechtsexistenzen erzeugt werden, indem

gedroht wird, man würde auf diesen oder jenen Lehrgang nicht geschickt, würde diesen oder jenen Kursus nicht mitmachen dürfen, würde ewig durch den Acker robben, wenn man nicht ... Demgegenüber muß man eine prinzipielle Forderung aufstellen. Der längerdienende Soldat braucht das Recht auf jederzeitige Kündigung, wenn er nicht jegliche Widerstandkraft einbüßen soll. Das ist grundlegend. Die besondere Schikanemöglichkeit gegenüber den längerdienenden Soldaten, die sie zu Knechten machen soll, entsteht aus der besonderen Entrechtung, die sie erfahren.
Das erste Recht, das sich die Arbeiter erstritten haben, bestand darin, einen Kontrakt über den Verkauf der Arbeitskraft zu schließen unter Bedingungen. Werden diese Bedingungen gebrochen, kann der Kontrakt gekündigt werden, wie er überhaupt gekündigt werden kann. Bei der Verpflichtung als Söldner schaut das gegenwärtig anders aus. Der Soldat verpflichtet sich, vier Jahre lang zu gehorchen und auf jedes Recht zu verzichten. Er verkauft so nicht nur seine Arbeitskraft, sondern sich selber. An einem solchen Zustand hat die Arbeiterklasse keinerlei Interesse. **Man muß also fordern: Lohnfortzahlung im Falle jeglicher Dienstverpflichtung, mindestens aber Vergütung in der Höhe der Bezahlung längerdienender Soldaten. Für die längerdienenden Soldaten das Recht auf jederzeitige Kündigung.**

Alle diese Forderungen klingen schlicht, keineswegs "politisch brisant". Man kann sich jedoch darauf verlassen, daß der Kampf um diese Forderungen sein Werk tun wird in zweierlei Hinsicht. Zum einen wird er die Armee, die wir heute haben, weiter erschüttern und den Gebrauch dieser Armee durch die bürgerliche Klasse weiter einschränken. Zum anderen wird es möglich sein, in dieser Auseinandersetzung die Anschauungen der Kommunisten zur Militärfrage weiter zu entwickeln und die Arbeiterbewegung auf diesem Gebiet des Klassenkampfes vorwärts zu bringen.
Es wird darauf ankommen, schon in der nächsten Zeit. Die bürgerliche Klasse entwickelt eine umfassende und ziemliche heftige Tätigkeit der Ausrichtung ihrer bewaffneten Macht. Man muß beginnen, den Standpunkt der Arbeiterklasse zu diesen Fragen in praktische Politik umzusetzen. Dabei darf dieses nicht zur Angelegennheit irgendeines besonderen Soldatenkampfes werden. Wenn es so geht, ist es gleich verloren. Man muß die Militärfrage vom Betrieb, der Berufsschule, der Gewerkschaft her aufrollen, dann wird es gehen. In der Kaserne kommt es darauf an, die Verengung der politischen Auseinandersetzung auf die Militärfrage und dort allermeist noch auf die Disziplinfrage, nicht zu dulden. Der Kleinkrieg gegen die Schinderei ist dienlich und wird geführt. Er reicht aber nicht aus. Uns kommt es darauf an, in der Armee die Scheidelinie zwischen links und rechts zu ziehen. Deswegen müssen wir die Soldaten in alle Fragen des gesamten Klassenkampfes einbeziehen. —f.—





Durch die Beine des Zugführers hindurch - der entrechtete Status eines Söldners. Der Waffendienst in der bürgerlichen Armee wird zur Schinderei weil sie Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten muß

„Unehrenhaft" entlassen

"Seit Dienstag, dem 18.2.1975, sitzen Rainer und ich in verschiedenen Kasernen — Alheimer

„Unehrenhaft" entlassen

"Seit Dienstag, dem 18.2.1975, sitzen Rainer und ich in verschiedenen Kasernen — Alheimer Kaserne in Rotenburg/Fulda und Husarenkaserne in Sontra — im Bau. Das Truppendienstgericht hat die 21 Tage gegen uns – wegen unserer Mitarbeit im Soldaten- und Reservistenkomitee (Initiative) Kassel/Hessisch Lichtenau — bestätigt.
Gleich bei der ersten Durchsuchung der Zelle wurde mir die Kommunistische Volkszeitung abgenommen mit der Begründung, ich dürfe nur Tageszeitungen lesen. Das ist aber ein Vorwand: gegen eine Illustrierte, die ich auch in der Zelle habe, hatte der Sicherheitsoffizier nichts einzuwenden.
Der Vollzug wird hier in Sontra sehr streng gehalten: Einmal am Tag darf ich für maximal eine Stunde an die frische Luft, zweimal die Woche ist Besuch erlaubt (eine halbe Stunde). Bis auf einige persönliche Gegenstände ist mir alles abgenommen worden, selbst die Schnürsenkel mußte ich aus den Schuhen rausmachen. Gespräche mit den Wachsoldaten sind streng verboten; einer von ihnen soll schon mal 21 Tage Bau deswegen bekommen haben, Zigaretten sind rationiert, wegen jeder Zigarette muß ich klingeln.
Das Truppendienstgericht wirft uns "üble Machenschaften" vor. Die Beiträge in unserer Zeitung "Volksmiliz" seien ausgerichtet auf "Verächtlichmachung und Diffamierung der Regierung, der Bundeswehrführung, ihrer Soldaten- und Vorgesetztenstellung sowie der verfassungsmäßigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung".
Das Urteil macht den politischen Standpunkt des Truppendienstgerichtes deutlich. Nicht die Verletzung von Paragraphen des Soldatengesetzes steht im Vordergrund; vorgeworfen wird uns unsere politische Tätigkeit, unser Zusammenschluß und daß wir unsere Meinung zur Bundeswehr und den Verhältnissen beim Bund offen vertreten haben. Denn das schwächt die "Verteidigungsbereitschaft".
Das Truppendienstgericht verteidigt die Unterdrückung der Soldaten, weil sie eine Voraussetzung für seine Existenz ist. Wir müssen dagegen ankämpfen, denn unser Ziel ist der Sturz der ganzen kapitalistischen Ordnung."

–V. Klohn –

Am Montag dieser Woche sind die beiden Soldaten schließlich "unehrenhaft" aus der Bundeswehr entlassen worden. Dieser Schritt der Bundeswehrführung zeigt anschaulich, wie offenbar die verschiedenen Kommanooebenen den Vorgang jeweils entscheiden. In der nächsten Ausgabe der KVZ wird ein ausführlicher Bericht abgedruckt.

Der Zionist Allon

Die Bundesregierung gibt 140 Mill. Kapitalhilfe an Israel / Zwei Drittel des israelischen Haushaltes werden von den Imperialisten finanziert

Am 26. Februar kam Ygal Allon, der israelische Außenminister, zu einem dreitägigen Staatsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland. Es ging vor allem um die Wirtschaftshilfe der BRD für Israel.

Allon begann seinen Besuch im Konzentrationslager Buchenwald. Er stellte überall die Beziehung zum Hitlerfaschismus her. Zum Beispiel: "Die Vergangenheit schneidet mir ins Herz, aber auch die Hoffnung auf Zukunft steht mir vor Augen", so in seiner Tischrede bei Schmidt (Süddeutsche Zeitung, 27.2.).

Mit diesem Hinweis auf die Verbrechen des Hitlerregimes rechtfertigt auch die Bundesregierung immer wieder ihre Unterstützung der Zukunft, die Allon vorschwebt: nämlich der Erhaltung des Staates Israel, eines



Das palästinensische Volk tritt den zionistischen Besatzern selbstbewußt gegenüber



Das palästinensische Volk tritt den zionistischen Besatzern selbstbewußt gegenüber

Staates, der auf Grundlage der Vertreibung des palästinensischen Volkes existiert. Vor seiner Abreise äußerte Allon, "der Verlauf der Gespräche mit der Bundesregierung habe seine ohnehin hohen Erwartungen übertroffen" (Süddeutsche Zeitung, 1.3.). Es wurde im Verlauf der Gespräche beschlossen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der BRD und Israel verstärkt wird und daß die Bundesregierung dieses Jahr wieder an den israelischen Unterdrückerstaat 140 Millionen DM Kapitalhilfe zahlt.

Was Allon repräsentiert

Allon ist einer der wichtigsten Repräsentanten des Zionismus, mit dem er von Kind auf fest verbunden ist. Bereits als Halbwüchsiger gehörte Allon der Untergrundarmee "Haganah" an (das ist eine Armee der zionistischen Einwanderungsbehörde, gegründet in den '20er Jahren; später wurde sie zur israelischen Armee). Sie bewerkstelligte die Vertreibung und den Mord von Tausenden von palästinensischen Bauern, um jüdische Einwanderer auf deren Land anzusiedeln.

Dieselbe Funktion hatte die "Palmach", eine Elitebrigade der "Haganah", der Allon seit 1941 angehörte und deren Oberbefehlshaber er 1948 wurde. Einige Beispiele der Taten dieser Einheit:

– Silvester 1947: Eine Truppe des ersten Palmachbataillons greift das Dorf Balad al-Shaik an. Es wurden mehr als 60 Zivilisten ermordet, darunter Frauen und Kinder.

– 14./15. Februar 1948: Ein Trupp des dritten Palmachbataillons überfällt das Dorf Sam'sa. Bei dieser Operation, die lange Zeit als Modellangriff wegen ihrer präzisen Ausführung galt, wurden 20 Häuser gesprengt, als die Bewohner noch drin waren, Ergebnis: 60 Tote.

– April 1948: Palmach greift das Dorf Kolonia an, sprengt die Häuser und tötet 14 Bewohner.

Der psychologische Terror gehörte in das Konzept der Zionisten genauso, um das palästinensische Land in Besitz zu nehmen. Allon hat das unter dem Stichwort "die Reinigung von Galiläa" so beschrieben:

"Ich verpflichte alle jüdischen Gesinnungsgenossen, die Kontakt zu den Arabern in verschiedenen Dingen hatten, und fordere sie auf, in die Ohren der Araber zu flüstern, daß eine große jüdische Verstärkung in Galiläa eingetroffen sei und daß diese alle Dörfer des Huleh in Brand stecken würden. Diese sollten den Arabern als ihre Freunde suggerieren, sich zu retten, solange noch Zeit sei." Das Gerücht wurde in allen Bezirken des Huleh verbreitet, daß es Zeit sei, zu fliehen. Tausende ergriffen die Flucht. Die Taktik erreichte ihr Ziel.

Später wurde Allon Erziehungsminister, stellvertretender Ministerpräsident und schließlich Außenminister des Staates Israel. Man sieht, Allon hat sich um diesen Unterdrückerstaat verdient gemacht.

Sofortige Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!

Gegen diesen Staat führt das palästinensische Volk einen langen Kampf um ein demokratisches Palästina, in dem Juden und Araber friedlich zusammenleben können. Die Erfolge dieses Kampfes haben auch die BRD-Regierung gezwungen, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen (vergleiche die Stellung der EG-Staaten zum vierten Nahost-Krieg).

Dennoch stellt sie sich hinter den zionistischen Staat und anerkennt die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) nicht. Die PLO aber ist von der UNO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt. Die BRD dagegen unterstützt die Bemühungen des US-Außenministers Kissinger, einen politischen Frieden gegen das palästinensische Volk durchzusetzen. Das Existenzrecht des Kolonialstaates soll nicht angetastet werden. Aber Palästinenser und Juden können nur in einem demokratischen Palästina friedlich zusammenleben, wenn der Kolonialstaat Israel zerschlagen ist.

(Zitate über die Palmach-Tätigkeit aus: Wer sind die Terroristen?, Informationsabteilung der Liga der arabischen Staaten in Bonn)

A.S., Nahostkomitee Heidelberg

Der israelische Unterdrückerstaat ist bankrott

Gerade in dem Augenblick, wo die Bundesregierung Wirtschaftshilfe in Höhe von 140 Millionen DM zugesagt hat, haben die israelischen Parteien einen Antrag auf Hilfe von 50 Millionen israelische Pfund (100 Millionen DM) an den israelischen Staat gestellt.

Zugleich wurde eine ganze Reihe von Korruptionsfällen bekannt, in die zahlreiche bürgerliche Politiker, Vertreter der Verwaltung und "führende Manager" verwickelt sind. Das sind Beispiele dafür, wie die Bourgeoisie in Israel sich am Staatsapparat direkt bereichert. Der Staatsapparat und über zwei Drittel des jährlichen Staatshaushaltes werden in der Hauptsache von den US-Imperialisten, Westdeutschland und einigen anderen imperialistischen Ländern finanziert. Ohne die finanzielle Hilfe von außen wäre der israelische Unterdrückerstaat längst bankrott.

listen, Westdeutschland und einigen anderen imperialistischen Ländern finanziert. Ohne die finanzielle Hilfe von außen wäre der israelische Unterdrückerstaat längst bankrott.



Frankreich: Protestaktionen

Paris. Das obere Bild zeigt Fische auf der Straße. Die Fische wurden von Fischern dorthin gekippt. Sie stammen aus dem Ausland. Die französischen Fischer haben die Transport-LKWs angehalten und und ausgeräumt. Sie demonstrieren damit für Unterstützungsmaßnahmen der Regierung ihnen gegenüber. In der vorletzten Woche hatten sie bereits alle Atlantikhäfen blockiert. Die Lage der französischen Küstenfischer hat sich durch die steigenden Kosten für die Unterhaltung der Schiffe einerseits und durch die Vergiftung der Fanggründe durch die Industrie so verschlechtert, daß viele Fischer gezwungen sind, den selbständigen Fischfang aufzugeben – Für die selbständigen LKW-Fahrer ist die Lage ähnlich. Sie haben in der letzten Woche die Straßen blockiert, besonders im Norden von Paris. Sie wollen eine Unterstützung gegen die hohen Treibstoffpreise und die Aufgabe der Politik der Regierung, die staatliche Bahn zu begünstigen. –

Streiks in der französischen Autoindustrie

In der vergangenen Woche haben die Arbeiter von Renault und Peugeot an verschiedenen Tagen für mehrere Stunden gestreikt. Bei Renault geht es um neue Tarifverträge, insbesondere darum, die Bedingungen für die angelernten Arbeiter – zumeist ausländische Arbeiter – entscheidend zu verbessern. Bei Peugeot haben in einem Werk die Arbeiter gestreikt um den gleichen Lohn wie die Renault -Arbeiter zu erhalten. In einem anderen Werk haben die Arbeiter gegen eine angekündigte Kurzarbeit von drei Tagen gestreikt.





Chile: Gegen die Teilnahme der Bundesregierung

Umschuldungsverhandlungen

In aller Stille bereiten die Staaten, bei denen Chile verschuldet ist und die sich 'Club von Paris' nennen, eine Konferenz mit der chilenischen Militärjunta vor. Sie soll Anfang März in Paris stattfinden: die Junta bittet um Stundung der fällig gewordenen Schulden. Nach den USA ist der westdeutsche Imperialismus mit ca. 100 Mio Dollar der größte Gläubiger und die Bundesregierung die bedeutendste Teilnehmerin dieser "Gläubigerversammlung".

Die chilenische Zahlungsbilanz hat ein Defizit von 900 Millionen Dollar. Die wirtschaftliche Krise des Landes hat sich ungeheuer verschärft und gefährdet unmittelbar die Existenz der Militärjunta. Immer mehr geraten frühere Anhänger der Junta in Opposition zu ihr, weil ihre Geschäfte nicht gut gehen. In Paris will die Junta ihren imperialistischen Gläubigern einen Plan vorlegen, wie sie die wirtschaftliche Lage verbessern will. Damit will sie sich das Einverständnis der Imperialisten erkaufen, auf die Rückzahlung ihrer Kredite zunächst verzichten. Rede ist von 300 Millionen Dollar. Mit diesem Geld will die Junta "Stabilisierungsmaßnahmen" einleiten. Die Gläubiger Chiles sind allesamt imperialistische Staaten, die im heutigen Chile ungehindert Zugang zu den Reichtümern des Landes finden. Sie sind an der Erhaltung und dem Ausbau dieser Verhältnisse interessiert und sie wollen der Junta bei diesen Umschuldungsverhandlungen – wie auch bereits bei früheren – diese verschleierten Kredite gewähren. Zum Glück aber hat die Bundesregierung erklärt, sie werde keine neuen Kredite mehr an die Junta geben. Die SPD-Fraktion wollte nach der großen Chile-Demonstration in Frankfurt einen Beschluß im Bundestag durchsetzen, der Regierung jede Unterstützung der Junta zu verbieten. Bis heute ist nichts geschehen. In England zum Beispiel hat dagegen die Labour-Regierung auf den Druck des linken Parteiflügels und der breiten Solidaritätsbewegung hin bereits erklärt, nicht an den Verhandlungen in Paris teilzunehmen. Damit ist die Richtung angegeben: Fordern wir von der Bundesregierung: Keine Unterstützung der Junta, keine Teilnahme an den Gläubiger-Verhandlungen in Paris.

P.f./Red.

Der KZ-Plan

Das rhodesische Siedlerregime geht gegen Befreiungsbewegungen vor

Für den Fall, daß die Verhandlungen scheitern, die das Smith-Regime von Rhodesien mit den im "Afrikanischen Nationalkongreß" (ANC) zusammengefaßten Befreiungsorganisationen des Volkes von Zimbabwe führen will, sollen zwei Millionen Afrikaner in besondere "Internierungsdörfer" zusammengepfercht werden. Bei diesen Dörfern handelt es sich um Konzentrationslager. Es sind freie Plätze, mit Stacheldraht umzäunt, die in der Nacht durch Scheinwerfer erleuchtet werden. Das Smith-Regime verfolgt damit das Ziel, den Kontakt der Afrikaner mit den Befreiungskämpfern zu unterbinden.

Derzeit hat das Smith-Regime über 80 000 Menschen in solche Lager gebracht, die von schwerbewaffneten Polizeieinheiten bewacht werden. Ein alter Mann aus so einem Lager berichtete: "Abgeurteilte Gefangene werden besser behandelt als wir, weil Strafgefangene wenigstens ein Dach über dem Kopf haben und sauberes Wasser und Aborte." In diesen Lagern fehlen Nahrungsmittel und Wasser, es gibt keinerlei ärztliche Betreuung, Seuchen sind ausgebrochen. Mit solchen Plänen versucht das Smith-Regime derzeit, die Befreiungsbewegungen unter Druck zu setzen, auf seine Vorschläge einzugehen.

nach: "Frankfurter Rundschau"

Saigon: „Die Bevölkerung erhebt sich..."

"Die Bevölkerung erhebt sich... selbst in den Städten gibt es Viertel, in denen die Bevölkerung die Kontrolle des Volkes errichtet hat. Sie schützt Deserteure und die Polizei wagt es nicht, diese Viertel zu betreten. Dies trifft sogar für einige Arbeiterviertel in Saigon zu."

Dies erklärte ein Vertreter der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) am 26.11.74. (Aus Focal Point, Organ der amerikanischen Anti-Kriegsbewegung Indochina Peace Campaign vom 6. Januar)

Inzwischen ist der Kampf der Bevölkerung unter Saigoner Kontrolle zum Sturz des Thieu-Regimes weiter fortgeschritten. Die verschiedenen Bewegungen haben sich am 10.12. in Saigon getroffen, um auf Grundlage eines gemeinsam zu erstellenden Programms den Kampf zum Sturze Thieus zu koordinieren.

Mitte Februar erschien zu ersten Mal ein Flugblatt der 'Front für den Rücktritt Thieus und der Errichtung einer Friedensregierung'.

Darin werden *"die Bevölkerung, die Bewegungen für den Kampf um Frieden, die Studenten und die Schüler (aufgefordert), einen Generalstreik vom 20.2. an durch(zu)führen, um den Rücktritt Thieus zu fordern, die Saigoner Verantwortlichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens und zur Beendigung der Einziehung der Jugend zum Militärdienst und zur Freilassung der gefangenen Patrioten zu zwingen."* (Le Monde, 21.2.)

Gleichzeitig forderte der Generalsekretär der Buddhistischen Kirche in einem Interview die Einstellung der amerikanischen Militärhilfe an Saigon, die "immer nur der Fortsetzung des Krieges gedient hat". Alle Versuche der USA und Thieus, diese Bewegung durch brutale Unterdrückung einzuschüchtern, oder durch ihre Agenten wie den katholischen Priester Thanh zu spalten, sind bisher gescheitert. Die buddhistischen Mönche der An Quang Pagode, lehnten zum Beispiel eine Einladung auf einer Versammlung Thanhs ab, da dieser, entgegen der Forderung der Bevölkerung nicht für den Sturz Thieus eintritt, sondern vielmehr für die Gründung eines "Beirates", in dem alle oppositionellen Kräfte vertreten sein sollen und der zur Aufgabe haben soll, das Thieu -Regime zu "beraten" und zu unterstützen.

Die Bevölkerung in den Saigoner Gebieten kämpft aber nicht für eine 'Reformierung' des Thieu-Regimes, sondern für die Forderungen, wie sie bereits von der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) im Oktober letzten Jahres aufgestellt worden:

Sturz des Thieu-Regimes

Bildung einer Saigoner Verwaltung, die gewillt ist, das Pariser Abkommen einzuhalten und

Beendigung jeglicher US-Einmischung in Südvietnam

N.F.

Die Supermächte verstärken die Unruhe im Indischen Ozean

Seit dem Oktoberkrieg 1973 zwischen Israel auf der einen und den arabischen Nahost-Staaten auf der anderen Seite sind der Indische Ozean und seine Küstenstaaten zu einem Gebiet geworden, in dem die beiden Supermächte USA und UdSSR auf das heftigste um Einfluß und Vorherrschaft ringen. Demgegenüber haben die Völker in einigen Küstenstaaten entscheidende Siege gegen den Imperialismus und Kolonialismus errungen: Im Indischen Ozean und um ihn herum ist es keineswegs ruhig. Im Gegenteil, die Unruhe steigert sich von Tag zu Tag.

Der portugiesische Kolonialismus hat Mozambique an der Südostküste Afrikas im vergangenen Jahr aufgeben müssen. Eine Übergangsregierung wurde eingesetzt, und in wenigen Monaten wird Mozambique unter der Führung der Befreiungsorganisation des Volkes von Mozambique, der FRELIMO, ein antiimperialistischer, unabhängiger Staat sein.

Der Indische Ozean: strategische Flanke Europas

An Mozambique waren nicht nur die portugiesischen Kolonialherren interessiert. Mozambique in der Hand der Portugiesen war zugleich ein wichtiger strategischer Stützpunkt für die US-Imperialisten im südlichen Indischen Ozean, zum Beispiel zur Kontrolle der Kap-Route. Das ist jene Schiffahrtsroute um die Südspitze Afrikas herum, die seit der Schließung des Suez-Kanals von allen Tankern benutzt werden muß, die das Öl des Arabischen Golfes nach Europa transportieren. Das macht gegenwärtig
portieren. Das macht gegenwärtig
rund 80 % des in den westlichen kapitalistischen Staaten Europas verbrauchten Öls aus.
Die Rivalität der beiden Supermächte im Indischen Ozean ist deshalb ein Kampf auf Biegen und Brechen um die Kontrolle dieser internationalen Schiffahrtsstraßen, von denen die westlichen kapitalistischen Staaten Europas ganz und gar abhängig sind. Wer diese Tankerstraße beherrscht, der kann tatsächlich umso leichter über Europa seine Kontrolle errichten. Von Europa her gesehen sind die Seewege des Indischen Ozeans also eine strategische Flanke. Und wer diese Flanke aufzureißen in der Lage ist, verwundet Europa entscheidend. Deshalb ist die Rivalität der beiden Supermächte um die Vorherrschaft über den Indischen Ozean und seine Küstenstaaten letzten Endes Teil des Kampfes um die Vorherrschaft über Europa.

Stützpunkte und Flottenaufmarsch der Supermächte

In dieser Auseinandersetzung stehen sich die Supermächte absolut feindlich gegenüber. Das sieht man schon daran, daß sie beide ihre militärische Stärke im Indischen Ozean unaufhörlich vergrößern. Immer mehr Kriegsschiffe und immer größere Schiffseinheiten schicken sie in den Indischen Ozean. Zugleich versuchen sie, die Zahl ihrer festen Stützpunkte und Landerechte zu vergrößern. Die US-Imperialisten haben kürzlich den Ausbau der Insel Diego Garcia nördlich von Madagaskar zu einem großen Flotten- und Luftwaffenstützpunkt abgeschlossen. Mit dem Sultan von Oman haben sie ein Abkommen geschlossen, das ihnen die Insel Mashira vor der südarabischen Halbinsel zur Verfügung stellt für einen Stützpunkt. In Bahrein, einem Staat des Arabischen Golfes, besitzen sie einen weiteren großen Flotten- und Luftwaffenstützpunkt. Die Radarüberwachung betreiben sie seit Jahren mit riesigen Anlagen von Eritrea am Roten Meer aus, wo sich auch Marine- und Luftwaffeneinheiten der USA befinden.

Die Rüstungsanstrengungen der Sozialimperialisten im Indischen Ozean

Die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, hält dabei nicht still. Sie ließ im vergangenen Jahr, als die US-Imperialisten den Ausbau der Insel Diego Garcia mitteilten, über ihre Nachrichtenagentur TASS erklären, das "könnte zu einem gefährlichen Ansteigen des Wettrüstens in diesem Teil der Welt führen und letztlich die Interessen der Vereinigten Staaten in diesem Teil der Welt schädigen". (Peking Rundschau Nr.7/75) Was ist von einer solchen Erklärung zu halten? Bedeutet sie nicht, daß die UdSSR damit ihre militärischen Anstrengungen im Indischen Ozean nur noch weiter verstärken will? Genau das ist seitdem geschehen.
Die Zahl der ständig im Indischen Ozean operierenden sowjetischen Schiffseinheiten hat sich im Jahr 1974 enorm vergrößert. Der australische Minister für Landesverteidigung, Barnard, wies zum Beispiel darauf hin, daß in den 16 Monaten bis November des vergangenen Jahres insgesamt 74 sowjetische Schiffseinheiten im Indischen Ozean aufgetaucht seien (Peking Rundschau 7/75). Auch haben die Sozialimperialisten die Zahl ihrer Stützpunkte nach Kräften zu vermehren versucht: Sie können heute über Flottenstützpunkte in Somali südlich von Äthiopien an der Ostküste Afrikas, im Irak am Arabischen Golf und auf der Insel Mauritius mitten im Indischen Ozean verfügen (Le Monde, 1.3.75). Außerdem wurden ihnen Landerechte von einer Reihe von weiteren Küstenstaaten eingeräumt. Zum Beispiel wies die indische Wochenzeitschrift "March of the Nation" darauf hin, daß die sowjetischen Schiffe "nicht etwa in gebührender Distanz vor unserer Küste herumschleichen, sondern direkt in unsere Häfen fahren." (Peking Rundschau 7/75)
Noch dreister verhalten sich die Sozialimperialisten gegenüber Bangla Desh. Ihre Unterstützung für die Lostrennung dieses Gebietes von Pakistan im Jahre 1971 haben sie sich mit der Verfügungsgewalt über einen Hafen bezahlen lassen.

Eritrea: Volksbefreiungskämpfer auf einer Dorfversammlung in den befreiten Gebieten

Die Supermächte mischen sich verstärkt und fortgesetzt in die inneren Angelegenheiten der Küstenländer ein

Neben der Verstärkung und Aufrüstung ihrer Flotten im Indischen Ozean versuchen die beiden Supermächte, im Bestreben um die Vorherrschaft über den Indischen Ozean in die Küstenländer weiter einzudringen und ihre Herrschaft und Kontrolle über diese Länder zu errichten oder wieder zu errichten. Die revisionistischen Führer der Sowjetunion werden dabei nicht müde, gegenüber Indien und einer Reihe weiterer asiatischer Küstenländer das Projekt eines sogenannten Asiatischen Sicherheitspaktes zu betreiben, in dem sich diese Küstenstaaten des Indischen Ozeans mit der Sowjetunion zusammenschließen sollen. Die Stützen dieses Projektes der Sozialimperialisten sind Afghanistan, wo die Sowjetunion 1973 einen Putsch inszenierte, und Bangla Desh, das unter Betreiben der Sozialimperialisten von Pakistan in einem Sezessionskrieg losgetrennt wurde.

Besonders solche inneren Gegensätze in den Küstenländern versuchen beide Supermächte für sich und die Stärkung ihrer Herrschaft auszunutzen. Deshalb schüren sie diese Gegensätze auch nach Kräften. Das beste Beispiel dafür ist gegenwärtig Äthiopien. Weitere Beispiele sind Madagaskar und Oman am Ausgang des Arabischen Golfes in den Indischen Ozean.

Die Supermächte schüren den Gegensatz zwischen Eritrea und Äthiopien

In Äthiopien ist die Lage heute so, daß der Befreiungskampf des eritreischen Volkes, der auf die Autonomie innerhalb des äthiopischen Staates ausgerichtet war, in einen Sezessionskrieg umzuschlagen droht. Eine separate Staatengründung in Eritrea mit der Hauptstoßrichtung gegen die Zentralregierung in Addis Abeba wird das Eritrea-Problem selber aber kaum lösen können. Das wird deshalb nicht möglich sein, weil damit die Aussicht, die US-Imperialisten aus Eritrea und Äthiopien zu vertreiben, insgesamt sich verschlechtert statt verbessert. Die separate Staatengründung, die derzeit gefördert wird von Staaten wie Saudi-Arabien und Kuweit, die eng mit dem US-Imperialismus verbunden sind, schafft gerade beiden Supermächten günstige Möglichkeiten, sich erneut und stärker einzumischen, indem sie den Gegensatz und die Zwietracht unter den Völkern Eritreas und Äthiopiens ausnutzen können. Die Supermächte haben deshalb gerade an einer solchen Lösung ein Interesse und sie unterstützen deshalb alles, was den Befreiungskampf Eritreas zum Sezessionskrieg macht.

Die Völker Eritreas und Äthiopiens haben daran aber kein Interesse. Sie haben ein Interesse daran, gemeinsam den Kampf zu führen gegen diejenigen Regierungen, die sie den Imperialisten ausliefern.

Die Zersplitterung der Kräfte dient also den Imperialisten in ihrem Streben nach der Herrschaft über die Einmündung vom Indischen Ozean zum Roten Meer und zum Suezkanal. Mit der von Ägypten angekündigten Wiedereröffnung des Suezkanals bekommt die Einmündung zum Roten Meer ihre alte strategische Bedeutung für die Schiffahrt und die Öltransporte wieder. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich die Anstrengungen der Imperialisten auf diesen Punkt konzentrieren, sei es nun in Gestalt der Saudi-Arabischen Armee oder der französischen Truppen, die in der französischen Kolonie Djibouti auf dem Afrikanischen Horn stationiert sind und derzeit verstärkt werden. Oder sei es in Gestalt der sozialimperialistischen Militärs, die im Süden Äthiopiens, an den somalischen Häfen nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um im Trüben zu fischen.

Die Auseinandersetzung um die Volksdemokratische Republik Jemen

Große strategische Bedeutung hat schließlich der gesamte Süden der arabischen Halbinsel, so daß gerade dort die Einmischung beider Supermächte am stärksten zur Geltung kommt. Gegenstand der Auseinandersetzung ist die Volksdemokratische Republik Jemen und der Oman, in dessen Provinz Dhofar die iranische Armee dabei ist, alle Errungenschaften des Befreiungskampfes des Volkes von Oman unter Führung der Volksfront für die Befreiung des Oman (PFLO) zu zerstören.



Seit Fertigstellung der Karte haben die US-Imperialisten auf der Insel Mashira und in Oman weitere Stützpunkte errichtet.

ren. Der Schah vom Iran erweisst sich damit als Stütze für die Interessen des US-Imperialismus, weil der Schah selber Angst hat vor der revolutionären Bewegung im Oman und den Bestrebungen der Volksdemokratischen Republik Jemen, ihre Unabhängigkeit zu wahren und den Sozialismus aufzubauen.

Während die US-Imperialisten zusammen mit ihren Verbündeten so vom Land her die Volksdemokratische Republik Jemen eingekreist haben – die iranischen Truppen sind von Oman her in der Provinz Dhofar an der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen aufmarschiert und Saudi-Arabien schickt von Norden her durch den Nordjemen Sabotageeinheiten zur Durchführung von Kommandounternehmen in die Volksdemokratische Republik Jemen – haben die Sozialimperialisten den Hafen Aden an der Südspitze der Arabischen Halbinsel in ihrer Kontrolle. Obwohl sie dort offiziell keinen Flottenstützpunkt unterhalten, können ihre Kriegsschiffe doch dort anlegen und ankern. Sie können Vorräte aufnehmen und Instandsetzungsarbeiten durchführen.

An diesen Beispielen sieht man, daß die Lage im Indischen Ozean und in
die Lage im Indischen Ozean und in
den Küstenregionen keineswegs friedlich ist, daß der Indische Ozean weit davon entfernt ist, ein "Meer des Friedens" zu sein, wie es in einer Resolution des "Ersten Ausschusses" der letzten UNO-Vollversammlung heißt. Bei der Abstimmung dieser Resolution hat sich denn auch der Vertreter der Sowjetunion enthalten, weil diese Resolution zur Folge hat, daß alle fremden militärischen Einrichtungen, daß die Flotten der beiden Supermächte aus dem Indischen Ozean restlos verschwinden müssen.

Alle fremden militärischen Einrichtungen und Flotten raus aus dem Indischen Ozean!

Damit sind die Sowjetunion und ihr amerikanischer Rivale nicht einverstanden. Das wiederum zeigt, daß die Völker in den Küstenländern des Indischen Ozeans ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit nur im Gegensatz zu beiden imperialistischen Supermächten durchsetzen können. Und die einmal erlangte Unabhängigkeit werden die Völker am Indischen Ozean nur dann verteidigen können, wenn sie sich fest zusammenschließen gegen die Hegemoniebestrebungen der Imperialisten, statt ihre Kräfte aufzusplittern. Das aktuelle Verhältnis zwischen Eritrea und Äthiopien zeigt, wie richtig diese Lehre der ge-
zeigt, wie richtig diese Lehre der ge-
genwärtigen Lage und Entwicklung in der Welt ist.

–g.j.–



USA setzen Putsch-Experten in Afrika ein / Resolution auf der OAU-Tagung

Addis Abeba. Die Außenminister von 43 Mitgliederstaaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) faßten auf Initiative des Präsidenten Mobutu von Zaire eine Resolution, in der sie ein weiteres Komplott des US-Imperialismus aufdeckten. Sie protestierten gegen die Ernennung von Nathaniel Davis zum US-Unterstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten.

Davis war Botschafter in Chile während der CIA-Vorbereitungen für den Sturz der Unidad-Popular-Regierung unter Präsident Allende. Davis war in Chile Nachfolger von Deane Roesch Hinton, der ein höherer CIA-Agent und Chef der amerikanischen Verwaltung für Entwicklungshilfe (USAID) in Guatemala 1966–1968 war. Er hatte die Leitung der Niederschlagung der Volksaufstände gegen die Herrschaft des US-Imperialismus gehabt und diese dann an Davis weitergegeben. Hinton ging von Guatemala nach Chile, wo er den Sturz Allendes zu organisieren begann und dann gleichfalls von Davis abgelöst wurde. Währenddessen organisierte Hinton in den USA als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates den Wirtschaftsboykott gegen Chile.

Hinter der Ernennung von Davis als Verantwortlichem der US-Außenpolitik für Afrika und Hinton als Botschafter in Zaire steht der Versuch des US-Imperialismus, sich nach dem Sturz des portugiesischen Kolonialismus im Südlichen Afrika verstärkt einzumischen. Die Spezialisten Davis und Hinton haben dafür ihren Auftrag erhalten.
Durch die OAU-Staaten bei den neuen Einmischungsplänen ertappt, reagiert der abgehalfterte Ränkeschmied des US-Imperialismus mit Geschrei des ertappten Diebes: die Protesterklärung gegen die geplante US-Einmischung sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA!

–H.L.–

Südafrika:, 10,5 Mill. im Gefängnis

Ein kürzlich angesetzter Prozeß gegen zwei Afrikaner wegen Verletzung der "Paßgesetze" mußte verschoben werden, weil die Angeklagten nach vier Wochen Folter nicht vernehmungsfähig waren.
Die sogenannten "Paßgesetze" sind von dem weißen Kolonialisten-Regime zur Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung erlassen. Sie sollen verhindern, daß diese sich zu ihrer Befreiung zusammenschließen können. Nach diesem Gesetz muß jeder Afrikaner einen 90-Seiten-Paß ständig bei sich tragen, in dem festgehalten ist, in welchem der Afrikanern erlaubten Gettos, den sogenannten Bantustans, er sich aufhalten darf. Wird er ohne Paß oder in einem anderen Gebiet angetroffen, wird er eingekerkert.

Nach dem "Institut für Rassenbeziehungen" in Johannesburg wurden von 1948 bis 1973 10,5 Millionen Afrikaner, also über zwei Drittel der schwarzen Bevölkerung, ins Gefängnis geworfen.
Aber nach dem Fall der portugiesischen Kolonialherrschaft wird das weiße Rassistenregime auch mit diesen Terrormethoden die afrikanische Bevölkerung nicht länger niederhalten können.

Das Volk von Kambodscha besiegt den Imperialismus

Lage der Arbeiter auf den Kautschuk-Pflanzungen vor und nach der Befreiung / Die Arbeiter sind zur führenden Kraft geworden / Bericht aus den befreiten Gebieten

In Kambodscha mit seinen vielfältigen natürlichen Reichtümern bilden die Kautschuk-Plantagen, die sich über Hunderttausende von Hektar erstrecken, eines der wichtigsten nationalen Güter. Die Pflanzungen brauchen Zehntausende Arbeiter für die Herstellung des Latex (Rohgummi). Vor der Befreiung dachten manche Menschen angesichts der Bedeutung der Produktion und der riesigen Menge von Latex, der an das Ausland verkauft und vom Ausland versucht wurde wegen seiner guten Qualität, daß die Arbeiter, die das Latex herstellen, eigentlich annehmbar entlohnt und ein besseres Leben haben müßten. Aber im Gegensatz dazu waren die Verräterbande Lon Nol / Sirik Matak / Son Ngoc Than / In Tam und die ausländischen Kapitalisten, die Besitzer dieser Pflanzungen, sich einig, die Arbeiter zu unterdrücken und auszubeuten.

Vielfältige Formen der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung vor der Befreiung

Mit Ausnahme der Leibdiener der Verräterbande mußten die Arbeiter vor der Befreiung viele Schwierigkeiten auf sich nehmen, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden, sie mußten einer großen Zahl von Leuten Schmiergelder zahlen und die erniedrigendsten Dienste leisten. So waren die Arbeitssuchenden – im allgemeinen arme Bauern, deren Felder verwüstet oder von den Verrätern geraubt worden waren, oder Schüler und Studenten, die keine Arbeit fanden – gezwungen, zu Wucherzinsen Geld zu leihen, um die Geschenke machen zu können.

Einmal als Arbeiter angestellt, waren sie der Ausbeutung noch in einer anderen Form unterworfen. Sie mußten auf eigene Rechnung alle Arbeitsinstrumente kaufen, Stahlmesser, Körbe usw. Diejenigen, die weit von den Pflanzungen entfernt wohnten, mußten außerdem ein Fahrrad kaufen, um zur Arbeit fahren zu können. Kamen sie zu spät, wurden sie zurückgeschickt. Sie mußten also wieder Geld leihen oder einen Schuldschein unterschreiben, um ein Fahrrad kaufen zu können. Was die Geldverleiher angeht, so waren das Kreaturen des Kapitalisten, der Plantagenbesitzer und der Verräter, die Geld zu [illegible] einem sehr hohen Zinssatz verliehen. Der Tageslohn eines Arbeiters betrug damals zwischen 20 und 30 Riel – eine Summe, die nicht einmal dazu reichte, die Schulden abzubezahlen. Deshalb mußten die Arbeiter Wasser und Blut schwitzen und noch außerhalb der Arbeitszeit sich abschuften als Sklaven für die ausländischen Kapitalisten oder die Verräter, gegen die sie immer mehr tief in ihrem Herzen einen unauslöschlichen Haß trugen. Waren die Arbeiter krank oder wurden sie durch irgendetwas zurückgehalten und mußten sie selbst einen Tag fernbleiben, erhielten sie keinen Lohn. Sie hatten nicht einmal Zeit, um etwas Gemüse für sich selber anzubauen.

Die Frauen befanden sich in der gleichen Lage: Waren sie zum Beispiel schwanger oder mußten sie entbinden, dann bekamen sie keinen Lohn. Zusätzlich zu dieser unverschämten Ausbeutung vergewaltigten die Aufseher die Frauen in einer äußerst barbarischen Weise und zerstörten ihre ganze Zukunft. Kurz, das Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen war ohne jeden Schutz. Ein Sprichwort sagt: "Sie lebten wie Frösche und starben wie Schlangen."

Keinerlei Rechte

Außerdem haben die Handlanger der ausländischen Kapitalisten die Plantagenbesitzer und die Verräter in politischer Hinsicht den Arbeitern die Augen verbunden, die Ohren verstopft und sie mundtot gemacht. Sie haben ihnen nicht erlaubt, zu sehen, zu hören oder ihre Meinung zu vertreten. Wenn jemand wagte, sich ihnen entgegenzustellen, und sei es auch nur, um nach einer Erklärung zu fragen, ohne überhaupt nur von Protesten gegen die Ausbeutung oder gegen die Verbrechen zu sprechen, wurde er sofort daran gehindert, mundtot gemacht. Die Aufseher schlugen die Arbeiter mit allem, was ihnen in die Hände kam, sie folterten sie zu Tode, sie entließen sie, wie es ihnen in den Sinn kam, sie beschuldigten sie, "Rote Khmer" zu sein.

Götzenkultur und Verdorbenheit: Die Zerstörung des Volkes

Es gab weder Schule noch Unterricht. Die Kinder der Arbeiter lernten die eigene kambodschanische Kultur nicht kennen, schlimmer noch: Die Handlanger der Plantagenbesitzer und die Verräter löschten bis ins letzte die nationale Kultur aus und machten die ausländische, amerikanische Kultur zum Götzen. Sie zwangen die Arbeiter, bei ihrer täglichen Arbeit eine fremde Sprache zu benutzen, Französisch zum Beispiel. In medizinischer und sozialer Hinsicht haben sie für die Arbeiter überhaupt nichts gemacht.

Wenn die Arbeiter nicht die Hilfe der Arbeiter der Stadt und überhaupt ihrer Klassenbrüder gehabt hätten, wären sie einfach krepiert.

Darüberhinaus verbreiteten die Verräter und die Imperialisten fieberhaft und systematisch Prostitution, Trunksucht, Glücksspiel, um die Arbeiter zu vergiften.

Nach der Befreiung

Auch die Kautschukpflanzungen haben sich radikal verändert. Mit der Revolution haben sich die Arbeiter befreit. Was die ausländischen kapitalistischen Blutsauger, die Besitzer der Pflanzungen, betrifft, so haben sie ihre Pflanzungen verschlossen und sind abgehauen. Sie verbringen ihre Tage woanders und verprassen ihre großen Reichtümer, die sie seit vielen Jahren aus den Arbeitern herausgepreßt haben. Die Verräter, die Kambodscha verschachern wollen, sind vernichtet, aus den Dörfern, Gemeinden und Pflanzungen vertrieben. Die Arbeiter sind die Herren der Dörfer, der Gemeinden und der Felder geworden. Durch die Unterstützung der Organisation der FUNK (Nationale Befreiungsfront), durch die Erziehung und Bildung, die sie den Arbeitern gab, sehen die Arbeiter, daß sich ihr politisches Bewußtsein ständig erhöht und daß ihre heiße Wut gegen die Verräter, die amerikanischen Imperialisten und die ausländischen Kapitalisten, die Besitzer der Kautschuk-Pflanzungen, zum Ausdruck kommt. Die Volksmacht ist aufgebaut.

Die Arbeiter, die am meisten gelitten haben, haben sich in der Volksbefreiungsarmee vereinigt, um den Feind, den US-Imperialismus, bis zu seiner vollständigen Vertreibung zu bekämpfen und zugleich die Kautschuk-Pflanzungen vor seinem Zugriff zu retten.

Seitdem hat sich unter der Führung der revolutionären Macht im Feuer des nationalen Befreiungskrieges gegen die amerikanischen Imperialisten, die Aggressoren, das Leben der Arbeiter Stück für Stück verändert. Die Organisation der FUNK hat den Arbeitern annehmbare Löhne und Unterstützung im Verhältnis zu den entlassenen Arbeitskräften gegeben. Die Arbeiter arbeiten jetzt nach einem vorgegebenen Programm. Sie verfügen über vernünftige Arbeitspausen. Außerdem opfern sie organisiert ihre Freizeit der Produktion: Sie bauen Mais an, Bananen, Kartoffeln, Zuckerrohr und Gemüse auf den Feldern, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Der Reis, der Fisch, das Fleisch werden gerecht verteilt zu festgesetzten Zeiten und zu stabilen Preisen verkauft.

Die Entwicklung der breitesten Demokratie: Die Arbeiter werden zur führenden Kraft

Die Arbeiter erhalten eine umfassende Erziehung durch die FUNK. Sie sind stolz im wahrsten Sinne des Wortes auf die revolutionäre Organisation von Kambodscha und sie haben festes Vertrauen in ihre eigene Kraft. Sie können frei reden und ihre Meinungen und Auffassungen in den täglichen Versammlungen zu allen Fragen kundtun, die ihr Leben betreffen. Das gleiche gilt für solche Versammlungen, die periodisch organisiert werden, um die Erfahrungen auszuwerten. Sie organisieren selber den politischen Unterricht, wo sie ihre Rolle als Herren der Felder und Gewässer und der Kautschuk-Plantagen fest in den Griff bekommen. Sie sind fest überzeugt von der wirtschaftlichen Linie der FUNK, sie sind erfüllt von der Hoffnung auf Unabhängigkeit und Souveränität, sich selber zu helfen, entsprechend ihren Bedürfnissen. Sie wollen sich zu den Herren des Schicksals ihres Landes machen und eine klare Grenze ziehen zwischen Freund und Feind.

So ausgerüstet und bewaffnet, sind die Arbeiter selber dabei, die abscheulichen Manöver des Feindes ohne jede Illusion zu zerschlagen. Auch in kultureller Hinsicht verzeichnen die Arbeiter befriedigende Erfolge. Jene, die vor der Befreiung Analphabeten waren, können jetzt auf Grund großer Anstrengungen lesen und schreiben. Ihre Kinder gehen zur Schule, die für sie alle offensteht. Dank einer vernünftig geregelten Arbeitszeit können sie ebenso am Unterricht teilnehmen wie an der Haus- und Feldarbeit. Die fremden Sprachen haben keine bevorrechtigte Stellung mehr. Die kambodschanische Sprache ist die offizielle Sprache geworden. Sprache, Kultur und Literatur Kambodschas leben wieder auf.



In Kambodscha beteiligen sich alle Teile des Volkes am Volksbefreiungskrieg gegen die US-Imperialisten und ihre Lon Nol-Marionette. – Eine weibliche Einheit der Volksbefreiungsarmee.

Das neue Kambodscha

Jedes Dorf besitzt eine Gesundheitsstation, deren Aufgabe es ist, über die Gesundheit der Arbeiter und ihrer Familien zu wachen. Die Arbeiter, ebenso wie die Kämpfer und Kämpferinnen und Kader sind zu einem festen Block verschmolzen, der von dem selben Fleisch und Blut ist. Brüderlich helfen sie sich gegenseitig in den schwierigen Augenblicken bei Krankheit oder bei der täglichen Arbeit, der Herstellung des Latex. Die kranken Arbeiter, die schwangeren oder gebärenden Arbeiterinnen erhalten regelmäßig und vollständig ihren Lohn, wodurch das Leben der Arbeiter vollständig gesichert ist.

Aber, was noch wichtiger ist, die Quellen der Beraubung, wie die Korruption, die Prostitution, das Glücksspiel, sind vollständig, schnell und radikal beseitigt. Heute findet man keine Spielhöllen mehr, keine Bordelle, keine Tanzbars, keine Orte, an denen Orgien und Ausschweifung vorkommen. Überall herrscht ein neues, sauberes, gesundes, kräftiges und starkes Leben. Im Monat Juli 1974 hat die GRUNK entschieden, alle Kautschuk-Plantagen der Ausländer zu verstaatlichen gemäß den Bitten der FUNK, der Befreiungsarmee und des Volkes von Kambodscha aller Schichten und sozialen Klassen. Dieses Ereignis hat eine neue glorreiche Seite in der Geschichte aufgeschlagen. Das ist das Ergebnis eines Kampfes voller Opfer. Mit großer Begeisterung haben die Arbeiter und das kambodschanische Volk die Verstaatlichung der Kautschuk-Plantagen begrüßt. Sie sind entschlossen, den Kampf gegen alle Manöver, Sabotage und Kommandounternehmen des Feindes bis zum endgültigen Sieg über den Imperialismus fortzusetzen.

(Übersetzt aus: Bulletin d'Information Nr. 185/74, herausgegeben von der Mission der GRUNK in Paris)

Erklärung der GRUNK

Die folgende Erklärung wurde vom Informationsminister der GRUNK am 15.2. herausgegeben. Am 18.2. wurde die Erklärung von der Demokratischen Republik Vietnam und am 19. 2. von der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam unterstützt.

"Die Lage der Verräter in Phnom Penh ist katastrophal, besonders seit Beginn der Offensive des Volkes von Kambodscha und seiner Volksbefreiungsstreitkräfte am 1. Januar 1975. Die amerikanischen Imperialisten versuchen verzweifelt das Überleben ihrer Knechte zu verlängern. Diese sind ein willfähriges Instrument des amerikanischen Neokolonialismus.

Verbissen betreiben die US-Imperialisten die Kambodschanisierung ihres Aggressionskrieges. Ungeachtet und im Gegensatz zur Ablehnung durch die Weltmeinung und besonders durch die amerikanische öffentliche Meinung ist die Ford/Kissinger-Regierung mit Verbissenheit und wilder Entschlossenheit bestrebt, die Aggressionen und Interventionen in Kambodscha zu verstärken. Diese sind:

1. So drohen, betteln und erpressen sie zugleich, um durch den Kongreß eine zusätzliche Militär- und Wirtschaftshilfe von 220 Millionen Dollar für die Verräter in Phnom Penh bewilligt zu bekommen.
2. Sie verstärken die Luftbrücke, die sie von den amerikanischen Militärbasen in Thailand aus errichtet haben. Die Einsätze der amerikanischen Transportflugzeuge steigen Tag und Nacht, um die Verräter in Phnom Penh zu versorgen mit Waffen, Munition, Treibstoff, Lebensmitteln usw. ...
3. Sie erhöhen die Zahl ihrer immer unmenschlicher werdenden Verbrechen, Massaker und Zerstörungen gegen das Volk von Kambodscha. Sie gebrauchen dabei neue barbarische und volkermordende Waffen, die niemals zuvor in der Welt eingesetzt wurden. Die neueste Entwicklung ist die Bombe CBU 55, die jedes menschliche Leben auf mehr als 3 000 Quadratmetern Fläche durch Entzug von Sauerstoff zerstört. In dem Krieg, den die Ford/Kissinger-Regierung gnadenlos gegen das kambodschanische Volk führt, betreibt sie eine ungeheure Steigerung des Schreckens und des Völkermords. Sie bedient sich Kambodschas als eines Experimentierfeldes für neue Vernichtungswaffen.

Gleichzeitig mit dieser Steigerung der direkten Einmischungen befiehlt die Ford/Kissinger-Regierung den Verrätern in Phnom Penh, die friedlichen Dörfer in dem befreiten Gebiet zu bombardieren und die kostbaren Tempel von Angkor, die Pagoden, die Moscheen zu zerstören, die Zivilbevölkerung umzubringen und die bestellten Felder durch Versprühen von giftigen Chemikalien zu zerstören.

Die Ford/Kissinger-Regierung und die Verräter in Phnom Penh bringen immer mehr Zerstörung, Leiden und Trauer über die Nation und das Volk von Kambodscha.

Diese wahnsinnige Steigerung der Verbrechen der Ford/Kissinger-Regierung und der Verräter in Phnom Penh gegen die elementarsten Grundsätze des internationalen Rechts und der Menschenrechte decken das wahre, äußerst kriminelle und barbarische Wesen der amerikanischen Imperialisten auf. Das beweist klar und deutlich, daß ihre Erklärungen über 'Frieden' nichts weiter sind als heimtückische Manöver, um die internationale und nationale Öffentlichkeit zu täuschen.

Sie wollen verbergen, daß sie wild entschlossen sind, ihren Aggressionskrieg in Kambodscha fortzusetzen und zu verstärken, das neokolonialistische Joch der amerikanischen Imperialisten – koste es, was es wolle – aufrechtzuerhalten und das kambodschanische Volk daran zu hindern, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Um allen diesen Einmischungen, um dem Aggressionskrieg ein Ende zu setzen, um in Kambodscha einen wirklichen und dauerhaften Frieden in Unabhängigkeit, Neutralität und Demokratie wiederherzustellen, um die territoriale Einheit wiederzugewinnen, führt das Volk von Kambodscha seine Volksbefreiungsstreitkräfte, seine Nationale Befreiungsfront (FUNK) und seine Königliche Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) seit bald fünf Jahren einen schweren, entschlossenen und siegreichen Kampf gegen die Verräter in Phnom Penh und ihre Herren, die amerikanischen Imperialisten. Daß der Feind seine barbarischen Verbrechen verstärkt fortsetzt, kann nur die Entschlossenheit des Volks von Kambodscha, seiner Volksbefreiungsarmee, seiner FUNK und seiner GRUNK steigern, keine Anstrengung und kein Opfer zu scheuen, den gerechten Kampf für die nationale Befreiung bis zum vollständigen Sieg fortzusetzen ...

Der Krieg wird beendet sein und das Kambodscha-Problem wird zu dem Zeitpunkt gelöst sein, an dem die Ford/Kissinger-Regierung jede Einmischung und jede militärische Hilfe für die Verräterbande um Lon Nol einstellt. Damit das Unglück, die Leiden und die Zerstörungen schnell ein Ende finden, damit ein wahrhafter und dauerhafter Frieden in Kambodscha wiederhergestellt wird, richten wir einen dringenden Appell an alle befreundeten Länder, an alle Völker der Welt und besonders an das amerikanische Volk, an diejenigen seiner Senatoren und Repräsentanten im Kongreß, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, an alle demokratischen nationalen und internationalen Organisationen, in ihren vielfältigen Aktionen fortzufahren und sie zu steigern, um die verbrecherischen Einmischungen der Ford/Kissinger-Regierung in Kambodscha aufzudecken und zu verurteilen, ihre sofortige und vollständige Einstellung zu fordern, damit unser Volk selbst seine eigenen Angelegenheiten ohne jede äußere Einmischung regeln kann. Mit aller Dringlichkeit rufen wir auf, die politische, materielle und moralische Hilfe und Unterstützung für unseren gerechten nationalen Befreiungskampf zu verstärken ..."

So bestimmt die Arbeiterklasse in China über die Universität

Interview mit Angehörigen der Peking-Universität. Anwesend waren der Vorsitzende und weitere Mitglieder des Revolutionskomitees, der Vizepräsident des Studentenverbandes, zwei Lehrer und ein Philosophiestudent. In ihren Antworten legten sie dar, wie die Arbeiterklasse ihre Macht im Erziehungswesen ausübt.

Vor der Kulturrevolution wurde in den chinesischen Hochschulen Wert gelegt auf Buchwissen, und die praktische Arbeit wurde mißachtet. Die Studenten waren isoliert von den Massen und beteiligten sich nicht am proletarischen Klassenkampf. Das damalige Ausbildungssystem vergrößerte den Abstand zwischen Arbeitern und Bauern, zwischen Stadt und Land und zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Es wurden keine Revolutionäre ausgebildet, sondern Nachfolger für die Bourgeoisie. Die durchschnittliche Studiendauer von fünf Jahren war zu lang. Das, was die Studenten zu lernen hatten, war zu weitschweifig und konzentrierte sich nicht auf das Wesentliche. Studenten und Lehrer strebten nach persönlicher Karriere und materiellen Gewinnen.

Die Revisionisten versuchten, insbesondere vom Bildungswesen her, die Wiederherstellung des Kapitalismus in China anzugehen. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde die grundlegende Revolutionierung des Bildungswesens begonnen. Der bürgerliche Einfluß ist hartnäckig, die Kraftprobe zwischen den zwei Klassen ist scharf und wird noch lange dauern. Die gegenwärtige Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius weitet die Siege des Proletariats aus. Es werden heute in den chinesischen Hochschulen Menschen ausgebildet, die in der Revolution und beim Aufbau des Landes eine nützliche Rolle spielen.

Frage: *In China ist die Arbeiterklasse die herrschende Klasse. Wie sichert das Proletariat seine Macht in der Hochschule?*

Antwort: Diese Frage ist auch für uns eine wichtige Frage, die sehr entscheidend ist. In der Geschichte können wir feststellen, daß jede Klasse, die an der Macht ist, auch Erziehung und Ausbildung leiten will, um für ihre Interessen Intellektuelle auszubilden. Das Erziehungswesen ist Teil des Überbaus, der eine wichtige Rolle bei der Diktatur einer Klasse spielt. Das Proletariat muß im Erziehungswesen die Macht ausüben, um revolutionäre Nachfolger heranzubilden. Vor der Kulturrevolution waren nur bürgerliche Intellektuelle in der Universität. In der Kulturrevolution wurde durchgesetzt, was der Vorsitzende Mao gesagt hat, daß das Erziehungswesen den Revisionisten aus den Händen gerissen werden muß und die Arbeiter voll die Macht in der Universität ausüben müssen. 1968 kamen Arbeiterpropagandatrupps an die Peking-Universität, und seitdem ist die Durchführung der Linie des Vorsitzenden Mao gesichert. 1970 wurde das neuorganisierte Parteikomitee eingesetzt und die Partei hat die alleinige Führung inne. Die Revolutionskomitees, die in der Folge auf den verschiedenen Ebenen gebildet wurden und Universitätsmitglieder der verschiedenen Arbeitsbereiche umfassen, sichern außerdem die proletarische Macht.

Frage: *Wie setzt sich das oberste Revolutionskomitee der Universität zusammen?*

Antwort: Das Revolutionskomitee der Peking-Universität hat 47 Mitglieder. 13 davon sind Professoren und andere Mitarbeiter der Universität, 5 Studenten und 15 Arbeiter der Propagandagruppe. Das Revolutionskomitee untersteht der allgemeinen Führung durch das Parteikomitee.

Frage: *Es kamen also Arbeiter aus Fabriken an diese Universität, und zwar als Arbeiter der Propagandagruppe. Welche Aufgaben hat diese Gruppe?*

Antwort: Die Arbeiterpropagandagruppe hat an der Hochschule politische Leitungs- und Verwaltungsaufgaben. Durch ihre Arbeit und Propaganda stärkt sie die Führung durch die Partei und das Proletariat. Ihre Mitgliederzahl ist heute geringer als in den ersten Jahren der Kulturrevolution. Einige Mitglieder sind zurück in die Fabrik gegangen. Aber es gibt da ein rotierendes System: wenn welche gehen, werden sie durch neue Arbeiter ersetzt. Die Arbeiter, die hier an der Universität sind, unterhalten weiter eine enge Verbindung zu ihrer Fabrik. Alle wichtigen Fragen der Universität werden von der Parteiorganisation der Universität entschieden. Ein Teil der Arbeiter der Propagandagruppe ist Mitglied im Parteikomitee der Universität. Die Arbeiter aus der Fabrik behalten ihre Position an ihrer Arbeitsstelle während der Zeit ihres Aufenthaltes in der Hochschule bei. Wenn es in ihrer Fabrik wichtige Versammlungen gibt, gehen sie dorthin, auch zeitweise zur Produktionsarbeit. Aber ihre Hauptarbeit ist in der Universität.

Die Aufnahmeprinzipien

Frage: *Wie erfolgt die Aufnanme der Studenten an die Peking-Universität?*

Antwort: Da gibt es vier Schritte: Zuerst die Kandidatur. Dann muß derjenige durch die Massen empfohlen werden. Als nächstes muß ihn die Führung seiner Arbeitseinheit zur Aufnahme an der Universität vorschlagen und dann erfolgt nach Begutachtung die Bestätigung durch die Universitätsleitung.

Frage: *Aus welchen gesellschaftlichen Klassen kommen die Studenten?*

Antwort: Unser Prinzip ist, Studenten aus Familien der Arbeiter, Bauern und Soldaten auszuwählen. Es werden jedoch auch aus Familien, die nicht Arbeiter, Bauern oder Soldaten sind, Studenten aufgenommen. Als Arbeiter und Bauern bezeichnen wir diejenigen, die mehr als zwei Jahre in der Fabrik oder in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Studenten, die über 5 Jahre gearbeitet haben, erhalten während ihres Studiums weiter ihren regelmäßigen Lohn. Wir legen den Schwerpunkt auf die Produktionstätigkeit und nicht auf die Schulbildung. Jeder Kandidat muß zwei Jahre in der Fabrik oder in der Volkskommune gearbeitet haben. Wenn ein Mittelschüler zwei Jahre gearbeitet hat, ist er Arbeiter. Wenn er in die Universität aufgenommen wird, wird er als Arbeiter und nicht als Mittelschüler aufgenommen. Wir sehen jedoch in der Klassenzugehörigkeit nicht das einzige Kriterium für die Aufnahme. Wichtig ist die Haltung, das Verhalten und die Praxis der Kandidaten.

Frage: *Was ist das Merkmal für eine richtige Haltung, entsprechendes Verhalten und die Praxis?*

Antwort: Das politische Unterscheidungsmerkmal ist, ob derjenige gut mit den Arbeitern, Bauern und Soldaten zusammenarbeitet und ob er eine gute politische Arbeit leistet.

Frage: *Welche Kriterien müssen die Kandidaten erfüllen, die nicht aus Familien von Arbeitern, Bauern oder Soldaten kommen?*

Antwort: Sie müssen versuchen, sich von ihrer Klassenherkunft zu lösen. Sie müssen eine neue Klassenposition annehmen. Wenn sie sich richtig verhalten und die Arbeiter, Bauern und Soldaten sie als Kandidaten vorschlagen, werden sie angenommen. Selbstverständlich müssen sie auch zwei Jahre in der Produktion gearbeitet haben. Dann gehören sie auch zu den Arbeitern, Bauern und Soldaten.

Frage: *Wieviele Studenten an der Peking-Universität haben Eltern, die Arbeiter, Bauern oder Soldaten sind?*

Antwort: Das sind über 90 Prozent.

Frage: *Gibt es unter den einzelnen Studenten das Streben nach Karriere?*

Antwort: Es ist unsere Aufgabe, das Karrieredenken zu kritisieren. Die Arbeit an der Universität muß dem Volke dienen und nicht dem persönlichen Glück. In der Sowjetunion kehren die Studenten, die vom Land in die Stadt in die Universität gelangten, nicht zurück aufs Land. Sie nutzen ihre Hochschulausbildung, um nicht mehr ins Dorf zu gehen, denn sie mögen das Dorf und die Landwirtschaft nicht. Früher gab es bei uns sehr oft Karrieredenken. Und nach drei Jahren Studium an der Universität mochten die Studenten ihre Eltern nicht mehr und schauten auf sie herab. Deshalb müssen wir im ideologischen Bereich kämpfen. Es gibt noch Klassen und Klassenkampf. Auch bei den Studenten. Wir müssen darum den Marxismus-Leninismus propagieren und ihn erklären.

Beteiligung der Hochschule am Klassenkampf in der Gesellschaft

Frage: *Die Hochschule hat die Aufgabe, aktiv am Klassenkampf in der Gesellschaft teilzunehmen und das Proletariat zu unterstützen. Können Sie einige Beispiele geben, was die Studenten und Professoren der Peking-Universität in dieser Hinsicht unternommen haben?*

Antwort: Lenin sagte, daß die alte Erziehung fern von der gesellschaftlichen Praxis und der Produktion geschah. Durch die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius werden wir uns hierüber noch mehr bewußt. Wir müssen unsere wissenschaftliche Forschung in der Gesellschaft betreiben. Z. B. haben wir eine Gruppe von Studenten zu Konfuzius' Geburtsort Tjüfu geschickt, damit sie dort Forschungen anstellen und die Lehren von Kofuzius besser kritisieren können. Konfuzius wurde früher als Weiser betrachtet. Durch die geschichtliche Erforschung seiner Familie, ihres Ursprungs usw. wurde deren üble Vergangenheit aufgedeckt, und wir erkannten besser Konfuzius' Charakter. Auch haben wir mit den Massen unsere Erfahrungen und Erkenntnisse beim politischen Studium ausgetauscht. Im ersten Halbjahr 1974 haben wir durch Veranstaltungen mit 650 000 Menschen unsere Erfahrungen ausgetauscht, auch haben wir einen ständigen Kontakt mit bestimmten Fabriken und Volkskommunen. Agrarwissenschaftler gingen in die Produktionsbrigade Dadschai. Sie haben dort mit den Bauern gemeinsam gearbeitet und dabei gelernt. Naturwissenschaftler gehen in verschiedene Fabriken und arbeiten in der Produktion und lernen von den Arbeitern. Es kommen Arbeiter an die Universität und sie leiten Lehrveranstaltungen. Die Studenten werden so besser ausgebildet und besser befähigt, die Theorie praktisch anzuwenden. Studenten und Lehrer in bestimmten Fakultäten leisten wichtige Arbeit in der Produktion. Beispielsweise bei der Herstellung des Produktes, das im Film die Farbe erscheinen läßt. Früher mußte dieses Produkt importiert werden. Die Imperialisten ließen es sich teuer bezahlen. Chemiestudenten gingen in die chemische Fabrik mit dem Ziel, dieses Produkt herzustellen. Mit den Arbeitern führten sie die Forschung durch. Am Ende hatten sie die Herstellungsmethode herausgefunden und dabei außerdem mit den Arbeitern ihr Studium verbessert. Und sie haben bestimmte chemische Produktionsvorgänge verbessert, also verkürzt.



Die Studenten kommen aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Der Student Sun Dö-yü, ein Kohlenkumpel, berichtet aus eigenem Erleben über den Kampf gegen die Versuche Lin Biaos zur Restauration des Kapitalismus.



Verbindung von Unterricht und Produktionspraxis. Ein Professor mit Studenten in der Hsinhua Druckerei, wo sie zusammen mit den Arbeitern technische Neuerungen erarbeiten.

Frage: *Können Sie noch ein Beispiel nennen?*

Antwort: Wir haben viele derartige Beispiele. Es wurde ein Medikament gegen Bronchitis bei Erwachsenen hergestellt. Dieses Medikament wird aus der Azaleenpflanze gewonnen. Für eine geringe Menge brauchte man viele Azaleen. Die Studenten und Lehrer setzten sich die Aufgabe, mehr aus den Azaleen herauszuholen. Während der Forschungsarbeit gab es Explosionsgefahr, aber sie stellten ihre Versuche nicht ein. Nach über 500 Versuchen hatten sie Erfolg und ihr Ziel erreicht. Außer, daß sie eine neue Produktionsmethode herausgefunden hatten, haben sie auch viel dabei gelernt. Es gibt ein Mittel gegen Würmer, das wir früher aus der Sowjetunion importiert haben. Jetzt haben wir selbst ein neues Produkt hergestellt. Es ist viel besser als das aus der Sowjetunion. Wir exportieren es in bestimmten Mengen. Das alles beweist, daß unsere Universität dem Proletariat und der Produktion dient. Früher verfügten nur bestimmte Klassen über Bildung. Wir können die Universität nicht wie einen Elfenbeinturm verschließen. Wir müssen von der Gesellschaft und in ihr lernen. Wir laden Arbeiter, Bauern und Soldaten in die Universität ein. Entweder kommen sie, um Lehrveranstaltungen zu halten, d. h. um selber zu lehren, oder sie kommen, um mit den Studenten und Lehrern ganz bestimmte Aufgaben zu lösen.

Frage: *Also Arbeiter, Bauern und Soldaten kommen an die Hochschule, um die Intellektuellen zu unterrichten, und andererseits richten die Intellektuellen – wie Sie sagten – Schulungen für die Massen ein.*

Anwort: Ja. Außerdem gibt es hier für Arbeiter, Bauern und Soldaten aus den Städten und vom Land kurze Schulungen. Sie werden nach Bedarf eingerichtet.

Gesellschaftliche Praxis beim Fremdsprachenstudium

Frage: *Können Sie am Beispiel des Studiums der Fremdsprachen erklären, wie die Studenten ihr Studium mit gesellschaftlichen Aufgaben verbinden? Bei Chemie-, Physik- oder Agrarstudenten sind die gesellschaftlichen Aufgaben wohl klar, da ihr Studium direkt mit der Arbeit in der Fabrik oder in der Landwirtschaft verbunden ist. Wie aber sieht es bei Studenten aus, die Fremdsprachen lernen?*

Antwort: Vor der Befreiung war China ein halbkoloniales Land. Das Erlernen von Fremdsprachen diente der Unterwerfung unter die Imperialisten. Dieses Haus zum Beispiel, in dem wir sind, gehörte dem letzten amerikanischen Botschafter unter Tschiang Kai-schek. Nach der Befreiung gab es den Einfluß von der Sowjetunion. Im sowjetischen Fremdsprachenstudium wird hauptsächlich Wert auf Grammatik gelegt. Der Einfluß der damaligen sowjetischen Lehrer wirkt teilweise heute noch. Tatsächlich konnten die Studenten die Fremdsprachen, die sie lernten, nicht sprechen. Einige betrachteten die Fremdsprache nur als ein literarisches Forschungsobjekt. Nach der Kulturrevolution wurde dies alles verändert. Die Aufnahmebedingungen waren früher sehr hart. Nur Leute wurden aufgenommen, die aus der Stadt kamen. Leute vom Land hatten keine Chance. Jetzt sind wirklich die Arbeiter, Bauern und Soldaten in der Universität. Es gab Bauern, die sagten, sie kämen vom Land und seien deshalb unfähig zum Erlernen einer Fremdsprache. Solche Auffassungen haben wir kritisiert. Vor der Kulturrevolution war das Studium unglaublich hart. Manche lernten so sehr, daß sie Blut spuckten. Eine große Zahl von Französischstudenten kam kürzlich vom Land zurück. Auf dem Land haben sie Untersuchungen angestellt. Und über diese Untersuchungen haben sie dann in Französisch Berichte gegeben, Theater aufgeführt, Lieder und Gedichte geschrieben usw.. Andere Studenten aus dem Fremdsprachenbereich sind in Fabriken gegangen, in eine Autofabrik, eine Wirkwarenfabrik usw.. Solch ein Aufenthalt dauert etwa drei Monate. Einige dachten früher, auf dem Land könne man keine Fremdsprache lernen. Andere sagten, daß man auf dem Land zwar viel Politik, nicht aber Sprachen lernen könne. Einige meinten, daß die Bauern keine Fremdsprachen sprechen und uns deshalb bei ihnen nicht gerne sehen würden. Und einige meinten, eine Fremdsprache sei nur in großen Räumen mit Tonbandgeräten usw. zu lernen. Wir waren in der Volkskommune "Freundschaft zwischen China und Albanien". Dort haben wir Untersuchungen über die Klassenkampfgeschichte dieser Volkskommune angestellt. Wir haben z. B. den Parteisekretär eingeladen, uns darüber zu erzählen. All dies ist dann übersetzt worden. Die Studenten haben den Bauern ein bekanntes Theaterstück in der Fremdsprache vorgeführt, und die Bauern dort waren begeistert. Die Kinder saßen auf den Bäumen und schauten zu.

Das alte Prüfungssystem radikal verändert

Frage: *Wie werden die Studenten geprüft?*

Antwort: Wir müssen radikal das alte Examenssystem verändern. Wir sind jedoch nicht für die völlige Abschaffung der Prüfungen. Das ist noch sehr im Versuchsstadium und in der Diskussion. Es ist schwierig, eine konkrete und allgemeine Antwort zu geben. Früher waren Prüfungen – wie der Vorsitzende Mao gesagt hat – wie Überfälle auf die Studenten. Die Studenten wurden zu Leseratten erzogen. Heute können die Professoren ebenso wie die Studenten das Prüfungsthema stellen. Man will bei den Prüfungen nicht nur wissen, wieviel die Studenten wissen, wie hoch ihr theoretisches Niveau ist, sondern man will während des Examens auch Probleme lösen. Biologiestudenten sollten z. B. die Zusammensetzung der Erde analysieren. So gingen sie in Volkskommunen in der Nähe und analysierten dort die Erde. Jeder ließ sich außerdem aus seiner Heimat eine bestimmte Menge Erde schicken und analysierte sie. So kamen sie zu wichtigen Ergebnissen. Mathematikstudenten gingen in die Fabrik und beschäftigten sich dort mit Problemen, die mit ihrem Studium in Verbindung standen. Sie berechneten z. B. die für eine bestimmte Maschine zu schaffende Geschwindigkeit. Die Literaturwissenschaftler schreiben in den Prüfungen oft Artikel, deren Themen von den Professoren oder von den Studenten selber vorgeschlagen werden. Die Fremdsprachenstudenten schreiben für die schriftliche Prüfung auch einen Artikel. In der mündlichen Prüfung sprechen sie mit dem Professor über eine bestimmte Fabrik, eine Volkskommune u. a.. Manchmal übersetzen sie als Prüfungsarbeit auch Bücher.

Unsere Arbeit ist erst am Anfang. Es wird noch einige Generationen dauern, bis die Lage wirklich gut ist. Bei all unserer Arbeit herrscht das Prinzip, gegen den Revisionismus zu kämpfen.

Uwe Kräuter, Peking

Bilder aus China im Bild 5/1974